

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Republik Moldau

Andrea Diefenbach
MOLDAU AUS
FOTOGRAFISCHER PERSPEKTIVE

*Florian Kühner-Wielach ·
Svetlana Suveica*
IDENTITÄTEN, IDEOLOGIE
UND MENSCHEN IN DER
MOLDAUISCHEN GESCHICHTE

Anastasia Pociumban
FRAGILE STABILITÄT

Nadja Douglas
ZUM POLITISCHEN SYSTEM
DER REPUBLIK MOLDAU

Yelizaveta Landenberger
SEPARATISMUS UND
RUSSISCHE EINFLUSSNAHME

Barbara Lippert
EU-ERWEITERUNGSPOLITIK IN
SÜDOST- UND OSTEUROPA

Jana Stöxen
MOLDAU ON THE MOVE.
MIGRATIONSBEWEGUNGEN
GESTERN, HEUTE UND
MORGEN

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



Republik Moldau

APuZ 28–29/2024

ANDREA DIEFENBACH

MOLDAU AUS FOTOGRAFISCHER PERSPEKTIVE

Seit etwa 30 Jahren befindet sich die Republik Moldau in einem Transformationsprozess, der sich in widersprüchlichen Identitäten äußert. Wer die Gesellschaft, die zwischen der EU und Russland zerrissen ist, verstehen will, sollte raus aufs Land in die Dörfer fahren.

Seite 04

FLORIAN KÜHRER-WIELACH ·

SVETLANA SUVEICA

**IDENTITÄTEN, IDEOLOGIEEN UND MENSCHEN
IN DER MOLDAUISCHEN GESCHICHTE**

Vom 18. bis ins 20. Jahrhundert wurde das Gebiet der heutigen Republik von inneren und äußeren Umbrüchen geprägt. Der Einfluss verschiedener Großreiche und Nachbarstaaten, etwa Rumäniens, des russischen Zarenreichs oder der Sowjetunion ist bis heute spürbar.

Seite 06–13

ANASTASIA POCIUMBAN

FRAGILE STABILITÄT

Sicherheit und wirtschaftlicher Aufschwung sind die zwei größten politischen Herausforderungen, die die Republik Moldau derzeit umtreiben. Desinformationskampagnen Russlands und schwindender Konsens im Land schwächen den proeuropäischen Kurs der Regierung.

Seite 14–20

NADJA DOUGLAS

ZUM POLITISCHEN SYSTEM

DER REPUBLIK MOLDAU

Auf politisch-institutioneller Ebene haben sich in der moldauischen Demokratie verschiedene Veränderungen vollzogen, die sich in Regierung, Parteien und Justiz widerspiegeln. Nicht zuletzt der langjährige Einfluss von Oligarchen war für ihre schwierige Lage verantwortlich.

Seite 21–27

YELIZAVETA LANDENBERGER

SEPARATISMUS UND

RUSSISCHE EINFLUSSNAHME

Ähnlich wie im Nachbarland Ukraine sind historische und ethnonationale Konflikte in Moldau das Einfallstor für russische Propaganda. Im Fokus stehen dabei die autonome Region Gagausien und das seit den 1990er Jahren isolierte Transnistrien.

Seite 30–36

BARBARA LIPPERT

EU-ERWEITERUNGSPOLITIK

IN SÜDOST- UND OSTEUROPA

Bedingt durch außen- und sicherheitspolitische Gründe, will die EU die Beitrittsprozesse der Republik Moldau, der Ukraine oder des Westbalkans beschleunigen, ohne auf bewährte Kriterien zu verzichten. Eine schrittweise Integration soll Zielkonflikte abmildern.

Seite 38–45

JANA STÖXEN

MOLDAU ON THE MOVE.

**MIGRATIONSBEWEGUNGEN GESTERN,
HEUTE UND MORGEN**

Seit den 1990er Jahren prägt Arbeitsmigration die Realität in der Republik Moldau entscheidend. Die Frage, was berufliche, soziale und politische Zugehörigkeit in einem transnationalen Raum bedeutet, wirkt sich auch auf politische Richtungsentscheidungen aus.

Seite 46–53

EDITORIAL

Am 24. Oktober in diesem Jahr wird die Bevölkerung in der Republik Moldau zu den Wahlen gebeten. Nicht nur will sich die proeuropäische Staatspräsidentin Maia Sandu nach einer vierjährigen Amtszeit zur Wiederwahl stellen, sondern es soll auch ein Referendum über die Frage abgehalten werden, ob die moldauischen Beitrittsbestrebungen zur Europäischen Union zum verbindlichen Verfassungsziel erhoben werden. Beiden Richtungsentscheidungen kommt eine wesentliche Bedeutung zu, sind sie doch eng mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Zukunft des südeuropäischen Landes verknüpft. Die Debatte über die politische und wirtschaftliche Bündnisfrage wird dabei von schrillen, kremlnahen Kräften übertönt und zum Kulturkampf zwischen Ost und West ausgeweitet.

Die Republik Moldau, die an Rumänien und die Ukraine angrenzt, erklärte im Sommer 1991 ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Bereits in den Gründungsjahren rang das Land um seine territoriale Integrität: Die Region Transnistrien sagte sich in einem kurzen bewaffneten Konflikt völkerrechtswidrig von der Zentralregierung in Chişinău los; seitdem sind dort russische „Friedenstruppen“ stationiert. Die Region Gagausien verblieb im Staat, sicherte sich aber weitgehende Autonomierechte. Zum Zugehörigkeitskonflikt kamen Armut, Auswanderungswellen und der Übergriff von Oligarchen auf die junge, nicht konsolidierte Demokratie hinzu. Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine suchten 2022 Tausende Geflüchtete Schutz im Land, die Energiepreise stiegen, die Sicherheitslage bleibt weiterhin angespannt.

Die Menschen in Moldau werden im Narrativ der machtpolitischen Zwänge und Transformationsschmerzen oft vergessen. Viele treten trotz widriger Bedingungen für gesellschaftliche Verständigung, Toleranz und Freiheit ein. Sie nehmen das Schicksal ihres Landes in die Hand.

Martin Schiller

REALITATEA

Moldau aus fotografischer Perspektive

Andrea Diefenbach

Auf der Suche nach der sozialen Identität der Republik Moldau bin ich für beinahe zehn Jahre immer wieder durch die ländlichen Regionen des kleinen südosteuropäischen Landes gereist, habe einzelne Orte oder Veranstaltungen besucht, bin auf außergewöhnliche Orte und Begebenheiten gestoßen und habe verschiedene Menschen getroffen. Die Aufenthalte wurden zu einer Zeitreise in ein Land, das seit seiner Unabhängigkeit vor 30 Jahren in einer anhaltenden Identitätskrise steckt.

Die Serie „Realitatea“, aus der verschiedene Bilder in dieser APuZ-Ausgabe zu sehen sind, ist mein zweites Fotobuch über die zwischen EU und Russland, Stillstand und Fortschritt, Korruption und Rechtsstaatlichkeit hin- und hergerissene Republik. 2007 war ich zum ersten Mal dort, um eine kurze Magazin-Reportage über Frauenhandelsopfer zu fotografieren. Dabei erfuhr ich, dass damals etwa ein Viertel – heute ist es mehr als ein Drittel – der erwachsenen Bevölkerung das Land verlassen hatte, um im Ausland zu arbeiten. Von 2008 bis 2010 habe ich daraufhin an meinem Buchprojekt „Land ohne Eltern“ über die getrennten Familien in Moldau gearbeitet und mich mit den zurückgelassenen Kindern und deren Eltern befasst, die in Italien als Arbeitsmigranten lebten.

Auch im Anschluss an dieses Projekt hat mich das Land nicht losgelassen. Nach der Abwahl der kommunistischen Regierung 2009 und den zunächst aufkeimenden Hoffnungen auf Wandel wurde relativ schnell klar, dass das Land politisch instabiler denn je würde. Premierminister wurden in kurzen Intervallen ausgetauscht, eine Milliarde Dollar verschwand von den Konten der staatlichen Banken, und Moldau drohte im Würgegriff der Oligarchen zu ersticken. Der Strukturwandel vollzog sich nur schleppend, nicht zuletzt bedingt durch den eingefrorenen Konflikt mit der prorussischen separatistischen Region Transnistrien sowie durch staatliche Korruption und organisierte Wirtschaftskriminalität. Die seinerzeit 180 Euro monatlicher Durchschnittslohn schienen kaum glaubhaft, wenn

man Chişinău besuchte. Teure Geländewagen fuhr – und fahren heute noch – durch die Straßen der moldauischen Hauptstadt, und im Zentrum schossen neue Wohnblöcke mit exklusiven Eigentumswohnungen in die Höhe. Doch diesen sichtbaren Reichtum teilten sich nur wenige Vermögende und die Gefolgsleute der politischen Eliten. Bei genauem Hinsehen waren auch schon vor 15 Jahren all jene Defizite zu erkennen, die ein Land in einem stagnierenden Transformationsprozess kennzeichnen. Noch deutlicher wird dies, wenn man Chişinău hinter sich lässt und dorthin fährt, wo das Herz des Landes schlägt – in die Dörfer.

Die Republik Moldau ist auch ein Land, das bessere Zeiten kannte, dessen Kultur und Menschen davon zeugen. Es ist eine einzigartige Region in Europa, in der eine bewegte geostrategische Geschichte zugleich eine Brücke zwischen den EU-Ländern und Russland bildet, wohl aber auch ein Grund für die Zerrissenheit der Gesellschaft ist. Man trifft auf ein Land und eine Gesellschaft an der Peripherie des Kontinents, das im kollektiven Bewusstsein Westeuropas immer noch ein blinder Fleck ist.

Der rumänische Titel des Bildbandes „Realitatea“ – die Realität – stammt aus der Rubrik einer lokalen Tageszeitung (*siehe S. 5*) und bezieht sich einerseits auf die politische Situation Moldaus während des vergangenen Jahrzehnts bis zur Wahl der aktuellen Präsidentin Maia Sandu 2020 und andererseits auf den Alltag außerhalb von Chişinău, wo die Menschen ungeachtet der unzähligen Wahlen und politischen Konstellationen mit dem Überleben beschäftigt sind.

Schließlich ist der Titel eine Anspielung auf die vermeintliche Authentizität des Mediums Fotografie.

ANDREA DIEFENBACH

ist Fotografin. Ihre Arbeiten wurden vielfach ausgezeichnet und ausgestellt, etwa in der Hamburger Kunsthalle oder im Museum Folkwang in Essen. Seit 2022 ist sie Professorin für Fotografie an der Hochschule für Künste in Bremen.

ZWISCHEN DEN MÄCHTEN

Identitäten, Ideologien und Menschen in der moldauischen Geschichte

Florian Kühner-Wielach · Svetlana Suveica

Die Geschichte der Moldau (rumänisch Moldova) ist von offenem kulturellem Austausch, aber auch permanenten Bedrohungen durch die Großmächte in der Region geprägt. Mit der russischen Aggression gegen die Ukraine im Frühjahr 2022 ist das kleine, aber in geopolitisch bedeutender Lage befindliche Land in den Fokus der medialen und politischen Aufmerksamkeit gerückt. Seit ihrer staatlichen Unabhängigkeit 1991 ringen die Republik und ihre Bürgerinnen und Bürger um eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Damit eng verbunden ist die Suche nach einer eigenständigen moldauischen Identität, die sich von der rumänischen abgrenzt, ohne die Gemeinsamkeiten zu verleugnen, und gleichzeitig einen adäquaten Umgang mit dem russischen beziehungsweise sowjetischen Erbe findet. Die komplexe Situation der Republik Moldau lässt sich mit einem Blick in die bewegte Vorgeschichte dieses Landes und seiner Gesellschaft besser verstehen. Sie ist bestimmt durch eine die gesamte Region prägende historische Dynamik, die sich zwischen Fremdherrschaft und Selbstbestimmung sowie wirtschaftlicher Rückständigkeit und kulturellem Reichtum entfaltet.

DAS FÜRSTENTUM MOLDAU

Mit der dem Woiwoden Bogdan I. zugeschriebenen Loslösung aus der ungarischen Herrschaft und der Gründung eines selbstständigen Fürstentums entstanden im 14. Jahrhundert die Grundlagen einer Staatlichkeit, auf die sich heute sowohl die Republik Moldau als auch die gleichnamige Region im heutigen Rumänien beziehen. Bogdans Herrschaftsbereich erstreckte sich von den Ostkarpaten bis zum Dnister, im Süden grenzte er an die Walachei und an die Dobrudscha.⁰¹

Der Name Moldau beziehungsweise Moldova leitet sich vom gleichnamigen Fluss in der heu-

tigen Südbukowina ab. Die Herkunft des Toponyms „Moldau“ ist nicht eindeutig geklärt, die Sprachforschung verweist auf dakische, deutsche und slawische Etymologien.⁰² Als das Fürstentum Moldau entstand, siedelten in der Region verschiedenen Gruppen, unter anderem Ungarn, Tartaren, Walachen und Kumanen.⁰³ Im Laufe der Jahrhunderte schrieben sich auch deutsche Siedler in die moldauische Regionalgeschichte ein – unter ihnen Ritter, Handwerker und Händler.⁰⁴

Das Fürstentum stand die meiste Zeit unter polnischer und ungarischer, später unter osmanischer Oberhoheit.⁰⁵ Als seine Hochblüte wird die Herrschaft Stefans des Großen (1457–1504) betrachtet, da er der Moldau eine gewisse Selbstständigkeit gegenüber den dominierenden Mächten in der Region verschaffen konnte.⁰⁶ Gleichzeitig entwickelte sich das Gebiet zu einem Zentrum des orthodoxen Christentums. Architektur und Malerei der Kirchen und Klöster verweisen auf starke byzantinische, aber auch westliche Einflüsse.⁰⁷ Dieses kulturell-konfessionelle Selbstverständnis prägt weite Teile der moldauischen Gesellschaft bis in die Gegenwart.

Mit der Expansion des Osmanischen Reiches im 16. Jahrhundert wurde das Fürstentum Moldau zu einem Vasallenstaat der Hohen Pforte. Die Bevölkerung des Fürstentums litt unter den hohen Tributzahlungen, Kriegen und Plünderungen. 1775 fiel der Nordwesten des Fürstentums an Österreich und entwickelte sich zum sogenannten Kronland Bukowina.⁰⁸

TEIL DES ZARENREICHES (1812–1917)

Infolge der russisch-türkischen Kriege annektierte das Zarenreich 1812 den östlichen Teil des Fürstentums Moldau zwischen Pruth und Dnister. Der westliche Teil Moldaus sollte sich schritt-

weise der benachbarten Walachei annähern. 1859 ging aus der Vereinigung dieser beiden Fürstentümer der erste rumänische Staat hervor.

Der vom Russischen Reich annektierte Teil der Moldau erhielt den Namen Bessarabien, angelehnt an die walachische Fürstendynastie *Basarab*. Das Russische Reich förderte die Ansiedlung von Bulgaren, Gagausen sowie Deutschen, Franzosen und Schweizern in Südbessarabien, indem diese von Steuern und Militärdienst befreit wurden.⁰⁹ Der Anteil der „ethnischen“ Moldauer sank somit von 86,8 Prozent im Jahr 1817 auf 47,58 Prozent im Jahr 1897. Jüdische Zuwanderer waren vor allem in den Städten präsent, sie stellten zum Ende des 19. Jahrhunderts fast die Hälfte der Bevölkerung Chişinău.

In den ersten Jahren nach der Annexion genoss Bessarabien administrative Autonomie. Alte moldauische Gesetze und die Verwendung der moldauischen, also der rumänischen Sprache in der Verwaltung, blieben erhalten. Die lokalen Eliten erhielten wirtschaftliche und soziale Privilegien für ihre Loyalität zum Zaren. Ab 1828 wurde jedoch die zaristische Gesetzgebung eingeführt, ein russischer Gouverneur eingesetzt und Russisch als Verwaltungssprache etabliert. Der Versuch, das Russische auch in der Liturgie der neugegründeten Eparchien Chişinău und Hotin durchzusetzen, blieb allerdings ohne Erfolg. Auch das schwach entwickelte Schulsystem führte dazu, dass sich die Russifizierung tendenziell auf den Bereich der Verwaltung beschränkte.

Der südliche Teil Bessarabiens war nach dem Krimkrieg (1853–1856) an die rumänischen Fürs-

tentümer gefallen. Hier wurde die rumänische Sprache in Verwaltung, Rechtssystem und Bildungswesen wieder eingeführt, im Gegensatz zum Rest der Region, wo sie 1871 endgültig verboten wurde. Modernisierungsbestrebungen kamen im russischen Teil Bessarabiens auch im Vergleich zu anderen Regionen Russlands verspätet zum Tragen: 1869 wurde das *Zemstvo* als lokales Selbstverwaltungsorgan mit Zensuswahlrecht eingeführt und für rund 20 000 Roma die Leibeigenschaft aufgehoben.

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts war Bessarabien Gegenstand konkurrierender politischer und intellektueller Elitendiskurse zwischen dem Russischen Reich und Rumänien.¹⁰ Mit der Auflösung des Russischen Reiches infolge der Februarrevolution 1917 wurden in Bessarabien Forderungen nach Selbstbestimmung laut. Nach dem Oktoberputsch der Bolschewiki erklärte ein regionaler Landesrat die Autonomie innerhalb Russlands. Im Frühjahr 1918 wurde jedoch die Vereinigung des Gebiets mit Rumänien beschlossen und umgesetzt.¹¹

TEIL „GROBRUMÄNIENS“ (1918–1940)

Infolge des Ersten Weltkriegs konnte das Königreich Rumänien sein Territorium und seine Bevölkerung de facto verdoppeln, indem es die von Rumänen mitbesiedelten Gebiete Ostungarns, der österreichischen Bukowina und des zaristisch geprägten Bessarabiens anschloss. Die von der internationalen Gemeinschaft nur in Teilen anerkannte neue Ostgrenze Rumäniens, die nun bis zum Dnister reichte, sollte unter anderem als Pufferzone gegen den Bolschewismus fungieren.¹²

Insbesondere die Sowjetunion weigerte sich, die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien anzuerkennen. Um den Anspruch auf dieses Gebiet deutlich zu machen, wurde 1924 am Ostufer des Dnister eine Moldauische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (MASSR) als Teil

01 Vgl. Konrad Petrovsky, *Das Fürstentum Moldau*, in: Klaus Bochmann et al. (Hrsg.), *Die Republik Moldau – Republica Moldova*. Ein Handbuch, Leipzig 2012, S. 25–37, hier S. 25.

02 Vgl. Hans-Christian Maner, *Moldau*, Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 11.5.2021, <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/54141.html>.

03 Vgl. Charles King, *The Moldovans. Romania, Russia, and the Politics of Culture*, Stanford 2000, S. 13.

04 Vgl. Maner (Anm. 2).

05 Vgl. Petrovsky (Anm. 1), S. 25.

06 Vgl. Edda Binder-Iijima/Vasile Dumbrava (Hrsg.), *Stefan der Große. Fürst der Moldau. Symbolfunktion und Bedeutungswandel eines mittelalterlichen Herrschers*, Leipzig 2005.

07 Vgl. Ionel Popescu, *Orte der Kultur, der Kunst und des Glaubens. Klöster im Norden der rumänischen Region Moldau*, in: *Ost-West. Europäische Perspektiven* 1/2020, S. 26–34.

08 Vgl. Maner (Anm. 2).

09 Vgl. Simon Schlegel, *Making Ethnicity in Southern Bessarabia: Tracing the Histories of an Ambiguous Concept in a Contested Land*, Leiden 2019, S. 37f.

10 Vgl. Andrei Cuşco, *A Contested Borderland. Competing Russian and Romanian Visions of Bessarabia in the Second Half of the 19th and Early 20th Century*, Budapest–New York 2018.

11 Vgl. Svetlana Suveica, *Post-imperial Encounters. Transnational Designs of Bessarabia in Paris and Elsewhere, 1917–1922*, Berlin–Boston 2022, S. 140–156.

12 Vgl. Marcel Mitrasca, *Moldova. A Romanian Province Under Russian Rule. Diplomatic History From the Archives of the Great Powers*, New York 2002.

der Ukrainischen SSR gegründet. Während der von Stalin gezielt herbeigeführten Hungersnot (Holodomor) von 1932–1933 starben in der MASSR etwa 38 000 Menschen, was rund 8 Prozent der Bevölkerung entspricht. Ein Teil der lokalen Eliten fiel zudem Stalins Großem Terror von 1937–1938 zum Opfer.¹³

Die bessarabische Bevölkerung versprach sich hingegen Vorteile vom Anschluss an Rumänien und den in der „großrumänischen“ Verfassung von 1923 verankerten Grundrechten und Reformen. Eine Agrarreform brachte den Bauern jedoch weniger Land als erhofft. Die immer schwieriger werdende wirtschaftliche Lage veranlasste Mitte der 1920er Jahre mehr als 10 000 Bauern, darunter mehrheitlich Bulgaren, nach Brasilien auszuwandern. Steigende Unzufriedenheit war auch im politischen und im administrativen Bereich zu spüren: der Parlamentarismus erschien substanzlos, der alles auf Bukarest ausrichtende Zentralismus verstärkte die aufgrund der peripheren Lage schlechte Situation der Bessarabier zusätzlich. In die ohnehin nur schwach ausgebaute Industrie wurde kaum investiert. Teile der Eliten begannen sich zunehmend gegen diese Verhältnisse zu wehren.¹⁴

1930 war Bessarabien nach der Bukowina die Region mit dem höchsten Anteil an Minderheiten: 56,2 Prozent Rumänen standen 12,3 Prozent Russen, 10,9 Prozent Ukrainern, 7,1 Prozent Juden, 5,7 Prozent Bulgaren, 3,4 Prozent Gagausen und 2,8 Prozent Deutschen gegenüber. Das zaristische Erbe galt dabei als Hindernis für die Errichtung eines rumänischen Nationalstaates. Die regierenden Parteien entwickelten kaum Integrationsstrategien und setzten auf eine immer radikalere Rumänisierung, um die „historischen Rechte“ der Rumänen zu verwirklichen. Den Minderheiten wurden – in Abstufungen – mangelnde Loyalität und die Verfolgung „fremder“ Interessen vorgeworfen.¹⁵ Ab den 1930er Jahren erhielten rechtsradikale Parteien und Bewegungen, die

die gesellschaftliche Unzufriedenheit zu nutzen wusste, immer breitere Unterstützung. Besonders betroffen von Vorwürfen und Verdächtigungen war die jüdische Bevölkerung, von denen Tausende 1919 vor den Pogromen in der Ukraine nach Bessarabien geflohen waren.

ZWEITER WELTKRIEG

Der Zweite Weltkrieg begann für die Bewohner Bessarabiens am 28. Juni 1940, als die Rote Armee infolge des Stalin-Hitler-Pakts dieses Gebiet, die Nordbukowina und das Gebiet Herța besetzte. Viele Bewohner, darunter Beamte und Intellektuelle, flohen aus Angst vor dem bolschewistischen Regime nach Rumänien, während Juden von den Evakuierungen ausgeschlossen wurden. Sie wurden des Verrats beschuldigt, um vom Versagen der rumänischen Politik und der Armee abzulenken. Viele Juden flohen deshalb in die UdSSR. Der damit verbundene, pauschal erhobene Vorwurf der Sowjetfreundlichkeit sollte unter anderem als Rechtfertigung der Massaker an etwa 60 000 Juden durch die rumänische Armee und die Einsatzgruppe D der deutschen Wehrmacht nach dem 22. Juni 1941 dienen.¹⁶

Mit der Vereinigung von weiten Teilen Bessarabiens mit der MASSR links des Dnisters wurde im August 1940 eine neue, größere Moldauische SSR (MSSR) geschaffen. Die lokale Bevölkerung wurde politisch stark unter Druck gesetzt, unter den Eliten fanden Säuberungen statt. Im Juni 1941 wurden 32 000 Personen nach Sibirien und Kasachstan deportiert, Privateigentum abgeschafft und Kolchosen sowie Sowchosen gegründet. Bereits im Oktober 1940 waren zudem gemäß eines Abkommens zwischen Berlin und Moskau 95 352 Bessarabiendeutsche in den vom „Dritten Reich“ besetzten Warthegau in Polen umgesiedelt worden.

Am 22. Juni 1941 erklärte Rumänien als Verbündeter der Achse seine Teilnahme am „heiligen Krieg“ zur Rückeroberung der von den Sowjets besetzten Gebiete, was ethnische Säuberungen gegen „verräterische“ Juden rechtfertigte. Von den 11 525 Juden, die im Juni 1941 ins Ghetto Chișinău gebracht worden waren, wurden bis auf

13 Vgl. Igor Cașu, *Dușmanul de clasă. Represiuni politice, violență și rezistență în R(A)SS. Moldovenească, 1924–1956*, Chișinău 2013, S. 348.

14 Vgl. Alberto Basciani, *La difficile unione. La Bessarabia e la Grande Romania, 1918–1940*, Rom 2007.

15 Vgl. Hans-Christian Maner/Reiner Ulrich (Hrsg.), *Ethnische Minderheiten in Rumänien im 20. und 21. Jahrhundert*, Mainz 2024.

16 Vgl. Mariana Hausleitner, *Deutsche und Juden in Bessarabien 1814–1941*, München 2005, S. 178–184; Simon Gessbühler, *Blutiger Juli. Rumäniens Vernichtungskrieg und der vergessene Massenmord an den Juden 1941*, Leiden 2013.

einige Hunderte, die verhungerten oder an Typhus starben, alle nach Transnistrien deportiert.¹⁷ Im August 1941 übertrug Deutschland Rumänien die Verwaltung Transnistriens. Diese Bezeichnung bezog sich in dieser Phase auf das ganze Gebiet zwischen Dnister und Südlichem Bug. Angehörige der rumänischen Verwaltung, darunter viele Bessarabier, profitierten von den Enteignungen und Plünderungen insbesondere von deportierten und getöteten Juden.¹⁸

Schätzungen zufolge fanden in Transnistrien zwischen 280 000 und 380 000 Juden aus verschiedenen Teilen Rumäniens den Tod. Neben der rumänischen Armee und der Einsatzgruppe D nahmen auch viele aus den etwa 250 Dörfern im Süden Transnistriens stammende „Volksdeutsche“ am Holocaust teil. Im Oktober 1942 wurden 78 000 Überlebende Transnistriens befreit, viele emigrierten nach Palästina oder in andere Länder.¹⁹ Der Einmarsch der Roten Armee im März 1944 in Transnistrien und im August desselben Jahres in Bessarabien und der Nordbukowina bedeutete das Ende des Krieges und die Wiedereinsetzung des sowjetischen Regimes.

SOWJETISCHE PERIODE

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Moldauische SSR innerhalb der UdSSR wiederhergestellt, wobei etwa 2,4 Millionen beziehungsweise 85 Prozent ihrer Bewohner auf dem Land lebten, wo die Folgen des Krieges besonders zu spüren waren. 1946 und 1947 forderte eine Massenhungersnot in der MSSR mindestens 123 000 Menschenleben.²⁰ Wie andere Sowjetrepubliken erlebte die MSSR unter stalinistischer Herrschaft Zwangsdeportationen und politische Repression. Ethnische und religiöse Minderheiten, politische Dissidenten und Intellektuelle wurden verfolgt,

was zu Inhaftierungen sowie zu massenhaften Deportationen nach Sibirien und in andere entlegene Regionen führte.

In der Sowjetzeit wurde auf der „transnistrischen“ Seite des Dnisters in die Industriewirtschaft investiert, während die „bessarabische“ Seite vor allem als Lieferant landwirtschaftlicher Produkte diente. 1989 produzierte das weit aus kleinere Transnistrien rund 40 Prozent des BIP der MSSR.²¹ Die Industriearbeiter stammten meist aus Russland und der Ukraine. Im Gegenzug wurden Moldauer zum Arbeitseinsatz in die Donbas-Minen und nach Kasachstan verbracht.

Die russische Sprache dominierte in öffentlichen Einrichtungen, im Bildungswesen und im kulturellen Leben. Gleichzeitig wurde die Bildung einer moldauischen Identität, die sich von der rumänischen deutlich unterscheiden sollte, in besonderem Maße gefördert. Das Moldauische/Rumänische musste nun in kyrillischer Schrift geschrieben werden. Nationalistische Tendenzen in der MSSR wurden konsequent bekämpft, insbesondere in jener Phase zwischen 1964 und 1971, als sich das kommunistische Rumänien von Moskau zu emanzipieren versuchte.

1989 lebten in der MSSR etwa 4,3 Millionen Menschen, von denen 64,5 Prozent „ethnische“ Moldauer/Rumänen, 13,8 Prozent Ukrainer, 13 Prozent Russen, 3,5 Prozent Gagausen, 2 Prozent Bulgaren und 1,5 Prozent Juden waren. Wie in anderen Sowjetrepubliken löste die Perestroika auch in der MSSR nationalistische Tendenzen aus. Jedoch entschied sich die moldauische Führungselite für einen weniger radikalen Weg, der die Emanzipation vom sowjetischen Zentrum befördern sollte, aber angesichts der sprachlichen und interethnischen Spannungen nach Kompromissen innerhalb der Region suchte.²²

Am 27. August 1989 fand eine „Große Nationalversammlung“ (*Marea Adunare Națională*) mit rund 500 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.²³ Unter dem Druck der Massen ver-

17 Vgl. Paul A. Shapiro, *The Kishinev Ghetto, 1941–1942*.

A Documentary History of the Holocaust in Romania's Contested Borderlands, Tuscaloosa 2015, S. 83; ders., *Food Supply, Starvation, and Food as a Weapon in the Camps and Ghettos of Romanian-Occupied Bessarabia and Transnistria, 1941–44*, in: *East/West: Journal of Ukrainian Studies* 1/2021, S. 43–80.

18 Vgl. Svetlana Suveica, *Pianos and Paintings from Transnistria: The Plunder of „Cultural Trophies“ During the Romanian Occupation (1941–1944)*, in: *The Journal of Holocaust Research* 4/2022, S. 261–280.

19 Vgl. Diana Dumitru, *The State, Antisemitism, and Collaboration in the Holocaust: The Borderlands of Romania and the Soviet Union*, New York 2016.

20 Vgl. Cașu (Anm. 13), S. 232.

21 Vgl. Octavian Șofranksy, *Republica Moldova: capital geopolitic*, Chișinău 1999, S. 19.

22 Vgl. Petru Negură/Svetlana Suveica, *Everyday Ethnicity and Popular Responses to Nation-Building Projects in Moldova After 1989*, in: *Comparative Southeast European Studies* 4/2023, S. 465–487.

23 Vgl. Keith Harrington, *The Rise and Fall of the Popular Front of Moldova: The Activities of Local Branches of the Popular Front of Moldova from 1989 to 1992*, in: *Journal of Romanian Studies* 1/2024, S. 71–94.

abschiedete die Sowjetführung daraufhin ein Gesetz, das die moldauische Sprache in lateinischer Schrift zur alleinigen Staatssprache erklärte. Am 23. Juni 1990 erließ der Oberste Sowjet der MSSR eine Souveränitätserklärung für die Sozialistische Sowjetrepublik Moldawien. Als Reaktion darauf riefen fünf mehrheitlich von etwa 153 000 Gagausen bewohnte Bezirke im südlichen Teil des Landes eine Gagausische SSR aus. Im September wurde zudem eine autonome Transnistrische SSR gegründet, die sich als legitime Nachfolgerin der 1924 gegründeten Moldauischen ASSR betrachtete. Die transnistrische Bevölkerung teilt sich, neben verschiedenen Minderheitengruppen, in je ein Drittel Moldauer, Russen und Ukrainer. Beide SSRs wurden in ihrem Separatismus von Moskau unterstützt. Unter diesen schwierigen Umständen erklärte die Republik Moldau am 27. August 1991 ihre Unabhängigkeit.²⁴

UNABHÄNGIGKEIT UND SYSTEMTRANSFORMATION

Die moldauische Unabhängigkeitserklärung berief sich auf eine „tausendjährige Vergangenheit unseres Volkes“, eine „ununterbrochene Staatlichkeit“ sowie auf die historische Präsenz der Moldauer in Transnistrien. Als Staatssprache wurde „die rumänische Sprache“ festgelegt, das lateinische Alphabet wieder eingeführt. Gleichzeitig wurden die Freiheitsrechte aller Bürger der Republik Moldau, einschließlich „ethnischer, sprachlicher und religiöser Gruppen“²⁵ garantiert.

Die Republik Moldau wurde Mitglied in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).²⁶ Rumänisch-nationalistische Kräfte plädierten jedoch für einen Anschluss an Rumänien. Die traditionelleren, in den alten sowjetischen Zusammenhängen verhaftete Bevölkerungsteile und insbesondere die Minderheiten begegneten dieser Forderung mit äußerster Ablehnung.²⁷

24 Vgl. Igor Cașu, *Independență*, in: Dorina Roșca/Lidia Cotovanu (Hrsg.), *Republica Moldova: 30 de ani în 30 de cuvinte*, Chișinău 2022, S. 32–42, hier S. 34.

25 *Declarația de independență a Republicii Moldova*, 27.8.1991, <https://old.parlament.md/img/pdf/declaratia.pdf>.

26 Vgl. Sergei Khabarov, *Commonwealth of Independent States: Treaty on Creation of Economic Union*, in: *International Legal Materials* 5/1995, S. 1298.

27 Vgl. Rebecca Haynes, *Moldova. A History*, London–New York 2020, S. 158–163.

Die Polarisierung spiegelt sich auch in der Situation der in der Moldau nach wie vor einflussreichen Orthodoxie wider: Während die größere Kirche, die „Metropolie von Chișinău und der ganzen Moldau“ unter der Jurisdiktion der Russisch-Orthodoxen Kirche steht und entsprechend als prorussisch gilt, ist die kleinere die 1992 wiedergegründete „Metropolie von Bessarabien“, eng mit der Rumänisch-Orthodoxen Kirche verbunden und gilt als „rumänisch-national“.

Während mit dem Beitritt der Moldau zu den Vereinten Nationen im März 1992 die internationale Anerkennung als unabhängiger Staat gelang,²⁸ führte der transnistrische Separatismus zu einer bewaffneten Auseinandersetzung. Moldauische und transnistrische Truppen, unterstützt von der nach wie vor in der Region stationierten, ehemals sowjetischen 14. Gardarmee, standen sich gegenüber. Der mehrmonatige Waffengang forderte über 1000 Todesopfer, bis einige Monate später ein Waffenstillstand vereinbart wurde, der bis heute hält.²⁹ Die internationale Staatengemeinschaft und selbst Russland sehen bis heute von einer offiziellen Anerkennung Transnistriens ab.³⁰

Die 1994 verabschiedete Verfassung versuchte der komplexen sprachlichen, kulturellen und ethnischen Gemengelage im Land gerecht zu werden, indem das Russische wie auch die anderen auf dem Gebiet der Republik Moldau gesprochenen Sprachen einen Schutzstatus erhielten. Die Staatssprache wird, im Gegensatz zur Unabhängigkeitserklärung, in Artikel 13 als „Moldauische Sprache“ bezeichnet.³¹ Transnistrien und Gagausien wird außerdem eine Autonomie in Aussicht gestellt.³² So konnte der gagausische Separatismus mit der Realisierung einer Territorialautonomie innerhalb der Republik Moldau friedlich beendet werden.³³ In Gagausien existieren seither mit

28 Vgl. Cașu (Anm. 13), S. 490.

29 Vgl. Martin Malek, *Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova)*, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 7/2006, Wien 2006.

30 Vgl. Helge Blakkisrud/Pål Kolstø, *From Secessionist Conflict Toward a Functioning State: Processes of State- and Nation-Building in Transnistria*, in: *Post-Soviet Affairs* 2/2013, S. 178–210, hier S. 178 f.

31 Vgl. Cașu (Anm. 24), S. 40. Rund zwei Jahrzehnte später sollte der Verfassungsgerichtshof wiederum entscheiden, dass die Sprache als „Rumänisch“ zu bezeichnen sei.

32 Ebd., S. 49.

33 Vgl. Haynes (Anm. 27), S. 165 f.



Lalova, 24. Juli 2016

© Andrea Diefenbach

Russisch, Rumänisch und Gagausisch drei gleichberechtigte Verwaltungssprachen.

1998 schlossen die Republik Moldau und die Europäische Union (EU) ein erstes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen.³⁴ Der Loslösungsprozess aus dem sowjetischen System und der angestrebte Übergang zur Marktwirtschaft führten jedoch in eine äußerst schwierige sozioökonomische Lage. Das erste Jahrzehnt der Unabhängigkeit war von Hyperinflation, Produktionsrückgängen und hoher Arbeitslosigkeit geprägt.³⁵ Arbeitsmigration wird in dieser Zeit zu einem kontinuierlichen Merkmal der moldauischen Transformation.³⁶

HINWENDUNG ZUM WESTEN

2001 konnte die 1991 verbotene und 1994 wiedergegründete Partei der Kommunisten (PCRM) mit ihrem Vorsitzenden Vladimir Voronin die Parlamentswahlen mit einer knappen absoluten Mehrheit für sich entscheiden. Voronin, der in der Folge vom Parlament zum Präsidenten gewählt wurde, hatte im Wahlkampf die Versprechen, Korruption und Armut zu bekämpfen, mit dem Ende der Privatisierungen, einer stärkeren Hinwendung zu Russland und der Beilegung des Transnistrienkonflikts verknüpft.

In den nachfolgenden Jahren kam es zu einem leichten Wirtschaftswachstum, jedoch zum Preis einer stärkeren Abhängigkeit von Russland. Auf identitätspolitischer Ebene setzte die Regierung auf eine Stärkung einer eigenständigen moldauischen Identität, um sich von den historischen und sprachlichen Gemeinsamkeiten mit dem Nachbarland Rumänien abzugrenzen.

Nach einem erneuten Wahlsieg 2005, der mitunter auf dem Versprechen basierte, sich stärker Richtung Westen zu wenden,³⁷ konnte die PCRM unter Voronins Führung 2009 erneut die Mehrheit im Parlament gewinnen. In der Folge gingen viele Tausende Moldauerinnen und Moldauer auf die Straße, um gegen eine vermutete Wahl-

fälschung zu protestieren. Im Zuge der Proteste, die im Kontext der globalen Finanzkrise zu sehen sind, kam es auch zu gewaltsamen Ausschreitungen sowie zur Erstürmung des Präsidentenpalasts und des Parlamentsgebäudes. Nicht zuletzt die überzogen gewaltsame Reaktion auch gegenüber friedlichen Protestierenden führte bei den rasch vorgezogenen Neuwahlen zum Sieg eines Bündnisses proeuropäischer Oppositionsparteien.³⁸

Die nun regierende Allianz für Europäische Integration wollte den Weg zur EU-Mitgliedschaft konsequent vorantreiben. Obgleich das politische System instabil blieb, gelang es wenige Monate nach der russischen Annexion der zur Ukraine gehörenden Krim, im Juni 2014 ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, das vor allem die wirtschaftlichen Verflechtungen mit dem Westen, aber auch Reformen im Inneren fördern sollte.³⁹ Russland, ein wichtiger Markt für moldauische Landwirtschaftsprodukte und insbesondere für moldauischen Wein, reagierte auf diese Entwicklung mit Handelsembargos und Desinformationskampagnen.

Eine weitere, im Verhältnis zu Russland einschneidende Zäsur bildete die russische Völlinvasion in der Ukraine im Februar 2022. Nur wenige Tage danach stellte die Republik Moldau unter ihrer proeuropäischen Präsidentin Maia Sandu einen offiziellen EU-Mitgliedsantrag; bereits im Juni darauf erhielt sie den Beitrittskandidatenstatus.⁴⁰ Im selben Jahr beschloss die Regierung in Chişinău, an keinen Sitzungen und Aktivitäten der GUS mehr teilzunehmen, was faktisch einem Austritt aus der postsowjetischen Organisation gleichkommt.⁴¹

Russlands hybrider Krieg hatte zu diesem Zeitpunkt längst auch die Republik Moldau erreicht, mit Desinformation und personeller Unterwanderung versucht Moskau, die Bevölkerung auf die Seite Russlands zu ziehen. Insbesondere in den ethnisch gemischten Gebieten und bei den

34 Vgl. Das Abkommen über Partnerschaft und Kooperation mit der Republik Moldau tritt in Kraft, Pressemitteilung vom 30.6.1998, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_98_582.

35 Vgl. United Nations Development Programme (UNDP), National Human Development Report. Republic of Moldova 1999. Transition and Human Security, Chişinău 2012.

36 Vgl. The World Bank, Migration and Remittances Factbook 2011, Washington, D.C. 2011, S. 180.

37 Vgl. Haynes (Anm. 27), S. 168–173.

38 Vgl. Henry E. Hale, Explaining Moldova's „Twitter Revolution That Wasn't“, 7.5.2013, www.ponarseurasia.org/explaining-moldova-s-twitter-revolution-that-wasn-t.

39 Vgl. Assoziierungsabkommen mit Moldawien, 28.8.2023, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=LEGIS-SUM:4314918>.

40 Vgl. Amanda Sonesson/Ion Manole, Three Focus Areas for Moldova's EU-Integration, 27.11.2023, <https://neweasterneurope.eu/2023/11/27/three-focus-areas-for-moldovas-eu-integration>.

41 Vgl. Robert Schwartz, Moldau: „Raus aus dem russischen Würgegriff“, 22.5.2023, www.dw.com/de/a-65694453.

Transformationsverlierern zeigt die Einflussnahme Wirkung.⁴²

Wegen der Bedrohung durch die Moskauer Expansionspläne, aber auch das überproportionale Engagement für ukrainische Flüchtlinge bekommt die Republik Moldau so viel Aufmerksamkeit von der internationalen Gemeinschaft wie noch nie. Das kleine Land wird mittlerweile als wichtiger geopolitischer Faktor wahrgenommen, die materielle und moralische Unterstützung seitens des Westens massiv ausgebaut.⁴³ Rumänien, das sich bereits seit den 1990er Jahren auf kultureller und bildungspolitischer Ebene in der Republik Moldau engagiert hatte, kommt dabei eine strategische Schlüsselposition zu.⁴⁴ Über eine Million Moldauer besitzen auch die rumänische Staatsbürgerschaft.⁴⁵ Die prowestlichen Kräfte in der Republik Moldau setzen auf die Stärkung einer vom sowjetischen Erbe distanzierenden, jedoch eigenständigen moldauischen Identität, was sie von früheren Reformkräften unterscheidet, die in der Regel zum rumänischen Nationalismus tendierten.

SCHWIERIGES ERINNERN

Nach der Unabhängigkeitserklärung Moldaus 1991 setzte eine intensive Debatte über die Identität des Landes und der Moldauerinnen und Moldauer ein. Die Flagge, die der rumänischen Trikolore ähnelt, verweist auf die starken kulturellen und historischen Verbindungen mit Rumänien. Vor der Statue Stefans des Großen, die bereits 1989 am Eingang des Chişinău Zentralparks wiedererrichtet worden war, finden immer wieder Kundgebungen für die Vereinigung mit Rumänien statt. Wie in anderen

postkommunistischen Ländern wurden kommunistische Symbole entfernt und der öffentliche Raum neugestaltet. Im Gegensatz zu den baltischen Staaten fand jedoch keine radikale Entsowjetisierung statt.

Eine 2010 gegründete Kommission für die Untersuchung des totalitären kommunistischen Regimes legte den Fokus auf die Opfer sowjetischer Deportationen und Hungersnöte, während die Verbrechen unter dem rumänischen Regime, an denen auch die lokale moldauische Bevölkerung beteiligt war, kaum behandelt wurden. In dieselbe Kerbe schlägt das 2015 aufgelegte staatliche Programm zur „Wiederherstellung und historischen Aufwertung der Erinnerung an die Opfer des totalitären kommunistischen Regimes in der Moldauischen SSR (1940–1941, 1944–1953)“, das zur Gründung eines Museums für die Opfer von Deportationen und politischen Repressionen führte.

Am 22. Juli 2016 verabschiedete das moldauische Parlament eine Erklärung, die die systematische Verfolgung und Vernichtung der Juden durch den Nationalsozialismus und seine Kollaborateure sowie jeden Versuch, den Holocaust zu ignorieren oder zu leugnen, verurteilte. Die Erinnerung an die rumänischen Gräueltaten im Holocaust und die sowjetischen Verbrechen kann sich ihrer Politisierung kaum entziehen. Die Situation von „konkurrierenden Opferrollen“ bleibt wie in vielen Ländern, deren Geschichte von beiden Totalitarismen betroffen ist, ein Hauptmerkmal der moldauischen Erinnerungskultur.⁴⁶

Wie gespalten diese Erinnerungskultur ist, wird jedes Jahr am 9. Mai besonders deutlich: Während die einen diesen Tag als Triumph der Sowjetunion über den Faschismus feiern, verweisen andere auf die sowjetische Unterdrückung. Auch beim Gedenken an die Toten des Transnistrienkrieges im Jahr 1992 treten die politischen Lager stets getrennt auf. Die Suche nach einem erinnerungspolitischen Konsens in der moldauischen Gesellschaft ist überfällig, scheint jedoch noch in weiter Ferne.

FLORIAN KÜHRER-WIELACH

ist promovierter Historiker. Er leitet das Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

SVETLANA SUVEICA

ist außerplanmäßige Professorin im Fach Geschichte Ost- und Südosteuropas am Institut für Geschichte an der Universität Regensburg und Projektkoordinatorin am dortigen Department for Interdisciplinary and Multiscalar Area Studies (DIMAS).

42 Vgl. Marc Scott, *Moldova Fights to Free Itself From Russia's AI-Powered Disinformation Machine*, 7.5.2024, www.politico.eu/article/moldova-fights-free-from-russia-ai-power-disinformation-machine-maia-sandu.

43 Vgl. Europäische Kommission, *EU Reaffirms Trade Support for Ukraine and Moldova*, 31. 1. 2024, https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/news/eu-reaffirms-trade-support-ukraine-and-moldova-2024-01-31_en.

44 Vgl. RFE/RL's Moldovan Service, *Romania, Moldova's New President Vow Fresh Start After Pro-Russia Leader's Exit*, 30. 12. 2020, www.rferl.org/a/31025937.html.

45 Vgl. Mădălin Necșuțu, *Moldova-Romania Relations and the Issue of the „Gentle Calf Sucking From Two Cows“*, 21. 12. 2021, www.veridica.ro/en/analyses/moldova-romania-relations-and-the-issue-of-the-gentle-calf-sucking-from-two-cows.

46 Vgl. Vasile Dumbrava/Igor Șarov (Hrsg.), *Erinnerungsorte und konkurrierende Erinnerungskulturen. Geschichtspolitische Konflikte in der Ukraine und der Republik Moldau*, Leipzig 2023.

FRAGILE STABILITÄT

Anastasia Pociumban

Der russische Einmarsch in die Ukraine 2022 hat die Republik Moldau mit ihren rund 2,6 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in eine prekäre Lage gebracht.⁰¹ Nach der Corona-Pandemie und der 2021 einsetzenden Energiekrise bestand für das Land die reale Gefahr, dass Russland bis an seine Grenzen vordringen und sich die abtrünnige Region Transnistrien einverleiben würde.⁰² Auch wenn eine direkte militärische Invasion ausblieb, hat der bereits vorhandene russische Einfluss im Land drastisch zugenommen und hält auf einem neuen Niveau an. Darüber hinaus erlebte Moldau in der ersten Woche der russischen Aggression gegen die Ukraine einen noch nie dagewesenen Zustrom von Geflüchteten aus dem Nachbarland. Seit Beginn der Invasion überquerten mehr als eine Million Menschen die Grenze. In Moldau halten sich nach wie vor rund 118 000 Geflüchtete auf, was etwa 3 Prozent der Landesbevölkerung entspricht.⁰³ Dabei handelt es sich in erster Linie um besonders schutzbedürftige Gruppen wie Frauen, Kinder und betagte Erwachsene, was für die moldauischen Ämter und Einrichtungen eine besondere Herausforderung darstellt.

Überdies hat sich die Energiekrise im Land nach der Drosselung der russischen Gaslieferungen 2022 und den Verhandlungen der moldauischen Regierung mit Transnistrien über die Stromversorgung weiter verschärft. Bestimmte Akteure, die dem Kreml nahestehen, instrumentalisierten seinerzeit die Sicherheits-, Energie- und Regionalkonflikte mit dem Ziel, die innenpolitische Lage weiter zu destabilisieren. Die moldauische Regierung konnte die Herausforderungen – insbesondere bei der Energieversorgung, der Bewältigung der Flüchtlingskrise und dem Umgang mit Sicherheitsbedenken bei hybrider Bedrohungslage – nur dank Unterstützung von außen bewältigen, etwa aus Rumänien und anderen EU-Ländern.

Inmitten dieser Entwicklungen und Krisen hat die Republik Moldau im März 2022 einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt und, wie die

Ukraine kurz zuvor, den Kandidatenstatus erhalten. Im Dezember 2023 empfahl der Europäische Rat dann die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Chişinău. Es wird erwartet, dass der weitere Fahrplan im Juni 2024 vereinbart wird, woraufhin dann eine Regierungskonferenz in Moldau ansteht.

Die nächsten anderthalb Jahre sind für die Republik entscheidend. Im Oktober 2024 stehen Präsidentschaftswahlen an, verbunden mit einem Referendum über einen möglichen EU-Beitritt, und im Herbst 2025 folgen dann Parlamentswahlen.

AUSTRAGUNGSPORT FÜR HYBRIDE DROHGEBÄRDEN

Territorialkonflikte haben Russland bereits in der Vergangenheit als Plattform gedient, um die hybriden Drohgebärden gegen Moldau zu verstärken. Die nicht anerkannte Republik Transnistrien und die autonome Region Gagausien wurden dabei zur Projektionsfläche für verschiedene Destabilisierungsversuche. Während es der moldauischen Regierung in Bezug auf Transnistrien gelungen ist, eine Eskalation zu verhindern und die Kommunikation mit den transnistrischen Behörden aufrechtzuerhalten, gestaltete sich die Lage in Gagausien zunehmend schwierig.

Der 2017 wegen Finanzbetrugs verurteilte und seit 2019 flüchtige Oligarch und Politiker Ilan Şor, der die moldauische, israelische und russische Staatsbürgerschaft besitzt, von der EU und den USA mit Sanktionen belegt ist und sich in Russland aufhält, instrumentalisiert derzeit die Spannungen im Land, etwa in der Region Gagausien, um Propaganda des Kremls zu verbreiten. Zusammen mit seinen Verbündeten setzt er aus dem russischen Exil heraus Methoden der hybriden Kriegsführung gegen die moldauische Regierung unter Präsidentin Maia Sandu ein, etwa durch die Initiierung regierungsfeindlicher Kampagnen, die Verbreitung von Desinformation und den Einsatz illegaler Finanzmittel zum

Anheizen von inneren Unruhen. Die Partei des Oligarchen wurde im Sommer 2023 zwar für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst, was seine Bemühungen, die politische Landschaft aufzumischen, teilweise erschwerte. Seinem Einfluss hat dies jedoch keinen Abbruch getan – es entstanden neue Parteien, die mit ihm in Verbindung stehen, und die Gefahr einer Destabilisierung bleibt hoch, solange es einen Zustrom von Finanzmitteln aus Moskau gibt.

NEUAUFLAGE DER TRANSNISTRIEN-FRAGE

Die nicht anerkannte Republik Transnistrien mit ihren rund 300 000 Einwohnern, etwa 1500 seit 1992 als „Friedenstruppe“ stationierten russischen Soldaten und dem Munitionsdepot beim Dorf Cobasna ist für die Republik Moldau ein wunder Punkt. In der Vergangenheit nutzte der Kreml die Abhängigkeit des Landes von russischem Gas und transnistrischem Strom erfolgreich als politisches Druckmittel. Der Krieg in der Ukraine hat diese Dynamik erheblich verändert.

Nach Ausbruch des Krieges sah sich Chişinău gezwungen, seine Energieimporte zu diversifizieren, wodurch sich die Hebelwirkung Transnistriens faktisch abschwächte. Das von Gazprom gelieferte Gas kommt nun in Transnistrien an, und im Gegenzug beliefert das transnistrische Cuciurgan-Kraftwerk Moldau mit Strom. Russland könnte diese Gaslieferungen nach wie vor jederzeit unterbrechen, was sich drastisch auf die wirtschaftliche Lage der Region auswirken und im Falle von Fluchtbewegungen zu einer humanitären Katastrophe in der Republik führen würde.

Die Bemühungen Moldaus um eine Diversifizierung der Energiequellen des Landes, darunter auch der Bau der Hochspannungsleitungen Vulcăneşti-Chişinău und Suceava-Bălţi, die

Transnistrien umgehen, werden den Einfluss der abtrünnigen Region auf die übrigen Landesteile weiter verringern. Die Abhängigkeit Transnistriens von der Republik Moldau nimmt hingegen zu, und zwar insbesondere bei Handel und Mobilität. Viele transnistrische Unternehmen profitieren vom DCFTA (Deep and Comprehensive Free Trade Agreement), das zwischen der EU und Moldau 2014 vereinbart wurde und auch die Wiedereingliederung Transnistriens auf wirtschaftlicher Ebene fördern soll. Darüber hinaus hat die Schließung der moldauisch-ukrainischen Grenze auf transnistrischer Seite dazu geführt, dass Transnistrien bei Exporten, Importen und im Personenverkehr vollständig von der Zentralregierung abhängig geworden ist. Das hat auch zur Folge, dass der EU-Markt für Transnistrien mit 70 Prozent der Exporte entscheidend an Bedeutung gewonnen hat.⁰⁴

Schätzungsweise 90 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner Transnistriens besitzen einen moldauischen Pass, und auch die Anzahl der beantragten moldauische Führerscheine steigt beständig. Die Loyalität der transnistrischen Bevölkerung gegenüber den Behörden in ihrer Hauptstadt Tiraspol oder gegenüber Russland scheint zudem fraglich zu sein, was sich auch daran festmachen lässt, dass es Menschen gab, die die abtrünnige Region verließen, nachdem eine Meldung über eine Mobilmachung in Umlauf geriet, was sich später als Fehlinformation herausstellen sollte. In der in Transnistrien stationierten russischen „Friedenstruppe“ gibt es keine Rotation, und die meisten „Friedenschützer“ bestehen aus in Transnistrien ansässigen Personen mit russischer Staatsbürgerschaft.⁰⁵ Dennoch ist die Bevölkerung nach wie vor empfänglich für Desinformation, und es steht zu befürchten, dass der Kreml dies weiter ausnutzt. Ein Beispiel dafür war etwa der Abgeordnetenkongress in Tiraspol im Februar 2024, der internationale Spekulationen darüber auslöste, ob Transnistrien Russland um formale Anerkennung und eine militärische „Schutzintervention“ bitten würde. Es kam nicht dazu, die Delegierten beschäftigten sich in

01 Vgl. National Bureau of Statistic of the Republic of Moldova, Moldova Population, 5.5.2024, https://statistica.gov.md/en/statistic_indicator_details/25.

02 Transnistrien ist die in der Republik Moldau gebräuchliche Bezeichnung für die abtrünnigen Gebiete auf dem linken Ufer des Flusses Dnister (Nistru auf Rumänisch und Moldauisch, Dnestr auf Russisch). Die russische Bezeichnung für die abtrünnige Region, die auch von den transnistrischen Behörden verwendet wird, lautet Pridnestrowien.

03 Vgl. UNHCR, Ukraine Refugee Situation/Republic of Moldova, laufend aktualisiert, <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine/location/10784>.

04 Vgl. Over 70 % of Transnistrian Entrepreneurs' Exports in 2023 Went to EU, 22.1.2024, www.ipn.md/en/over-70-of-transnistrian-entrepreneurs-exports-in-2023-went-to-7966_1102212.html.

05 Vgl. Die „Kolbasna-Frage“: Was die russische Friedenstruppe in Transnistrien erwartet (russisch), 30.11.2020, www.bbc.com/russian/news-55133211.

erster Linie mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage. Hintergrund war die Entscheidung der Behörden in Chişinău, die Zollbefreiungen für transnistrische Unternehmen aufzuheben und sie damit den Unternehmen am rechten Ufer des Dnister-Flusses gleichzustellen. Der Kongress übte außerdem Druck auf die moldauische Regierung aus, insbesondere im Hinblick auf ihre Bemühungen um Wiedereingliederung.

Die Regierung in Chişinău hält daran fest, dass die Wiedereingliederung nur auf friedlichem Wege erfolgen kann, und betrachtet sie als einen langfristigen Prozess. Transnistrien und Russland treten für die Beibehaltung des sogenannten 5+2-Verhandlungsformats ein (Republik Moldau, Transnistrien, Russland, Ukraine, OSZE, EU, USA), doch dessen Wirksamkeit bei der Beilegung des Konflikts wird seit langem infrage gestellt. Ursprünglich zur Handhabung praktischer Fragen gedacht, diente er nie als Plattform zur Ausarbeitung einer dauerhaften Lösung, sondern wurde vielmehr zur Aufrechterhaltung des Status quo genutzt. Vor dem Hintergrund der russischen Aggression in der Ukraine ist dieses Format dysfunktional, die Treffen wurden in einem 1+1-Format zwischen Chişinău und Tiraspol fortgesetzt. Diese neuen Rahmenbedingungen veranlasste die moldauische Regierung dazu, ihre Reintegrationsstrategie, einschließlich möglicher Szenarien und der damit verbundenen Kosten, neu zu bewerten. Die Beibehaltung des Status quo, bei dem Russland weiterhin Einfluss auf die Republik Moldau ausübt und mit militärischer Präsenz in Transnistrien eine ständige Bedrohung für die Ukraine darstellt, ist nicht mehr praktikabel.

Die derzeitige Situation in den Beziehungen zwischen Chişinău und Tiraspol ist äußerst heikel, da die Republik Moldau mit Sicherheitsproblemen, begrenzten Regierungskapazitäten und einer angespannten sozioökonomischen Lage zu kämpfen hat. Hinzu kommt, dass die begrenzte Anzahl von Kontakten und ein geringes öffentliches Interesse den kulturellen und sozialen Austausch über den Dnister-Fluss hinweg behindert. Die Unterstützung von Programmen zur Förderung des kulturellen, bildungsbezogenen und sportlichen Austauschs zwischen beiden Seiten ist daher von großer Bedeutung. Der Aufbau von Vertrauen und Verständnis zwischen den Menschen ist für einen allmählichen Wiedereingliederungsprozess eine zentrale Komponente, da es

gerade die fehlende Vertrautheit ist, die derzeit Fortschritte hemmt. In diesem Zusammenhang sollte die Reintegration Transnistriens als langfristige Strategie zur Stärkung der Resilienz der Republik insgesamt betrachtet werden.

ILAN ŞOR UND GAGAUSIEN

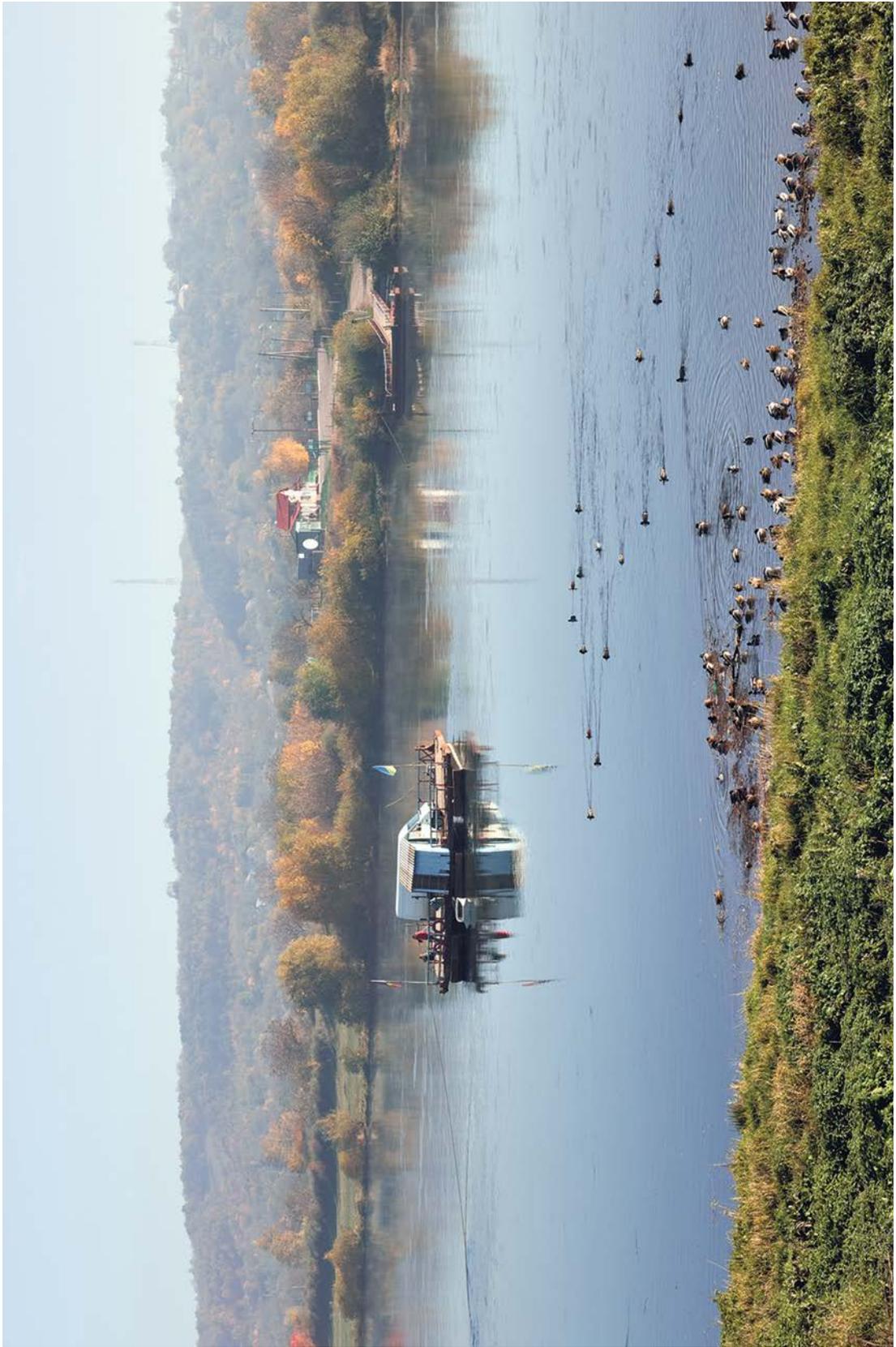
Obwohl Transnistrien anfangs als potenzieller Ausgangspunkt eines Destabilisierungsversuchs angesehen wurde, ist es der moldauischen Regierung gelungen, den Dialog mit den dortigen Behörden aufrechtzuerhalten und eine nennenswerte Eskalation zu verhindern. Eine große Herausforderung stellen jedoch der im russischen Exil lebende Oligarch Ilan Şor und seine Verbündeten in Gagausien dar.

Im Juli 2023 gewann die Şor nahestehende Kandidatin Evghenia Guţul, die wie aus dem Nichts auf der politischen Bühne aufgetaucht war, die Gouverneurswahlen in der autonomen Region, in der etwa 4,7 Prozent der Bevölkerung Moldaus leben, und versprach ihren Wählerinnen und Wählern billiges Gas. Getrübt wurde dieser Sieg allerdings durch den Vorwurf der Wählerbeeinflussung über dubiose Wahlkampffinanzierung. Die Antikorruptionsstaatsanwaltschaft beschuldigte Guţul und eine weitere Führungskraft aus dem Büro von Şor, zwischen 2019 und 2022 illegale Gelder aus Russland zur Unterstützung der Şor-Partei weitergeleitet sowie Gelder aus dem Umfeld des organisierten Verbrechens erhalten zu haben.⁰⁶

Im Anschluss an den Besuch von Guţul und anderen politischen Vertreterinnen und Vertretern aus Moldau in Moskau im Frühjahr 2024, bei denen sie sich unter anderem auch mit Şor trafen und die Gründung der neuen prorussischen Partei „Pobeda“ (russisch: Sieg) ankündigten, wurden rund 100 Millionen moldauische Lei (rund 5 Millionen Euro) bei den etwa 150 aus Russland zurückkehrenden Personen beschlagnahmt. Dieser Beschlagnahmung ging der Verdacht voraus, dass illegale Finanzmittel eingeführt werden sollten, ohne sie zu deklarieren.

Die Destabilisierungsbemühungen aus Gagausien werden wahrscheinlich anhalten. Fragen zur wirtschaftlichen Lage und zur EU-Integration

⁰⁶ Vgl. Yevgenia Guţul to Appear Before Judges, 24. 4. 2024, www.ipn.md/en/yevgenia-gutul-to-appear-before-judges-7965_1104172.html.



Soroca, 28. Oktober 2015
© Andrea Diefenbach

sind in diesem Zusammenhang dafür prädestiniert, propagandistisch ausgeschlachtet zu werden. Außerdem könnte die neue prorussische Partei einen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr aufstellen beziehungsweise eine krenmlfreundliche Stimme unterstützen und finanzieren. Diese Entwicklung stellt ein erhebliches Risiko für die amtierende Regierung dar. Es ist daher entscheidend, den Zufluss illegaler Gelder zu unterbinden, um bezahlte Kampagnen und manipulierte Abstimmungen sowie gekaufte Demonstrationen einzudämmen. Das gestaltet sich jedoch alles andere als einfach und stellt die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden vor beträchtliche Herausforderungen.

PREKÄRE SICHERHEITSLAGE

Wegen des russischen Krieges gegen die Ukraine hat das Thema Sicherheit für die Republik Moldau höchste Priorität. Mit einer Streitkraft von nur rund 6000 Mann steht das Land im weltweiten Militärstärkeindex an vorletzter Stelle.⁰⁷ In der moldauischen Öffentlichkeit ist dieses Thema sichtbar in den Fokus gerückt. In Umfragen wurde 2022 die Kriegsgefahr in der Region als zweitgrößte Sorge nach den hohen Preisen für die Lebenshaltung genannt.⁰⁸ Obwohl diese Besorgnis inzwischen auf den vierten Platz zurückgefallen ist und von wirtschaftlichen Ängsten überholt wurde, ist sie in der Gesellschaft weiterhin sehr präsent.⁰⁹

Die Sorgen der Menschen haben einen realen Hintergrund: 2022 erlebte die Republik Moldau eine Welle von Bombenalarmen, Explosionen und Cyberangriffen. Aufgrund des Krieges in der Ukraine und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Spannungen und der Energiekrise stieg die Inflation bis Ende 2022 auf über 30 Prozent. Diese Situation und die wachsende Unbeliebtheit des vorherigen Kabinetts, das wäh-

rend seiner eineinhalbjährigen Amtszeit mehrere Krisen zu bewältigen hatte, machte im Februar 2023 eine Regierungsumbildung erforderlich. Dorin Recean, der ehemalige Sicherheitsberater von Präsidentin Maia Sandu und frühere Innenminister, wurde zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Die Ernennung Receans spiegelt auch den Wunsch wider, die Popularität der regierenden proeuropäischen Partei *Partidul Acțiune și Solidaritate* (PAS) zu steigern und den Themen Sicherheit und Wirtschaft mehr Raum zu geben.

Das Sicherheitsbudget ist in den vergangenen zwei Jahren aufgrund der politischen Bedeutungsverlagerung erheblich gestiegen. 2024 ist es fast viermal so hoch wie noch 2013, der Verteidigungssektor macht etwa 96 Milliarden moldauische Lei (rund 100 Millionen Euro) aus. Dieser Betrag entspricht allerdings nur 0,6 Prozent des BIP und fällt damit deutlich geringer aus als die angestrebten ein bis zwei Prozent.¹⁰ Um die Armee angemessen zu modernisieren, bräuchte die Republik Moldau tatsächlich rund 250 Millionen Euro pro Jahr.¹¹ Das Land hat in diesem Kontext von EU-Unterstützung profitiert. Die neue EU-Partnerschaftsmission (EUPM) stellt etwa technisches Fachwissen zur Bekämpfung von Desinformation und Cyberangriffen bereit und stärkt so die Verteidigung des Landes gegen hybride Bedrohungen. Darüber hinaus unterstützt die Europäische Friedensfazilität (EFF) die Republik Moldau bei der Modernisierung ihres Militärs und stärkt so die Fähigkeit, sich gegen potenzielle Angriffe von außen zu wehren.

Ferner zielt die im Oktober 2023 verabschiedete neue nationale Sicherheitsstrategie darauf ab, die Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten des Landes weiter zu stärken, Fortschritte bei der Lösung des Transnistrien-Konflikts zu erzielen und die Partnerschaften mit der EU, ihren Mitgliedstaaten und den NATO-Verbündeten zu festigen. Die Strategie erklärt die Angleichung an EU-Standards zum Ziel und unterstreicht den er-

07 Vgl. 2024 Moldova Military Strength, o.D., www.globalfirepower.com/country-military-strength-detail.php?country_id=moldova.

08 Vgl. Institutul de Politici Publice, Präsentation der Ergebnisse der soziologischen Umfrage „Öffentliches Meinungs-Barometer“ (rumänisch), November 2022, <https://ipp.md/2022-12/prezentarea-rezultatelor-sondajului-sociologic-barometrul-opinieipublice-noiembrie-2022>.

09 Vgl. dass., Öffentliches Meinungs-Barometer (rumänisch), September 2023, <https://ipp.md/2023-09/barometrul-opinieipublice-septembrie-2023>.

10 Vgl. Denis Dermenji, Wie sich die Republik Moldau im Jahr 2024 „verteidigt“ und wie sie ihre Armee im Jahr 2023 modernisiert (rumänisch), Radio Europa Liberă, 19. 12. 2023, <https://moldova.europalibera.org/a/cat-de-aparata-intra-r-moldova-in-2024-si-cum-si-a-modernizat-armata-in-2023/32737083.html>.

11 Vgl. ders., Für das Modernisierungsprojekt „Armee 2030“ benötigt die Republik Moldau jährlich 5 Milliarden Lei, Radio Europa Liberă, 18. 4. 2023, <https://moldova.europalibera.org/a/r-moldova-are-nevoie-de-5-milarde-de-lei-anual-pentru-proiectul-de-modernizare-armata-2030-/32368846.html>.

klärten proeuropäischen Kurs. Man bezeichnet Russland ausdrücklich als Feind und unterlässt jede Andeutung auf eine Neutralität der Republik Moldau. Gleichzeitig steht der NATO-Beitritt nicht ausdrücklich auf der Agenda der Regierung, da er in der Bevölkerung unpopulär ist und sich 69 Prozent für eine Neutralität des Landes aussprechen.¹² Die Herausforderungen sind nach wie vor groß, da die Verwaltungs- und Finanzkapazitäten im Sicherheitsbereich an ihre Grenzen stoßen.

GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

Präsidentin Maia Sandu bereitet sich derzeit nach einer schwierigen vierjährigen Amtszeit, die vor allem durch die anhaltende russische Aggression in der Ukraine geprägt war, auf ihren Wahlkampf vor. 2020 sicherte sie sich im zweiten Wahlgang den Sieg gegen den ehemaligen Präsidenten Igor Dodon, mit 57,7 Prozent der Stimmen und bei einer Wahlbeteiligung von fast 53 Prozent.¹³ Fast 93 Prozent der moldauischen Diaspora unterstützten Sandu. Auch ihre Partei, die PAS, erreichte bei den Parlamentswahlen mit 52,8 Prozent der Stimmen und 63 von 101 Mandaten eine absolute Mehrheit im Parlament.¹⁴ PAS und Sandu setzten im Wahlkampf damals vor allem auf die Themen wirtschaftlicher Wohlstand, Korruptionsbekämpfung und den Abbau oligarchischer Strukturen, die unter anderem von dem berüchtigten, auch international sanktionierten Oligarchen und ehemaligen Parlamentspräsidenten Vladimir Plahotniuc geschaffen worden waren.

Drei Jahre später ist die moldauische Gesellschaft angesichts der inneren Schwierigkeiten und der Auswirkungen des Ukraine-Krieges nach wie vor anfällig für russische Desinformationskampagnen. Sie leidet unter der schlechten Wirtschaftslage, und im täglichen Leben scheint es keine sichtbaren Veränderungen zu geben. Viele Menschen halten die Wahlversprechen der Präsidentin für nicht erfüllt, und die Regierung geht zu wenig auf die Bedenken in der Bevölkerung ein. Ange-

sichts der Tatsache, dass 59 Prozent der Meinung sind, das Land bewege sich in die falsche Richtung, und zwar vor allem aufgrund wirtschaftlicher Sorgen, wird es für die PAS schwierig werden, nach den Parlamentswahlen an der Macht zu bleiben.¹⁵ Der gesellschaftliche Zusammenhalt bleibt damit eine entscheidende Herausforderung für die Republik Moldau.

Hybride Angriffe gibt es an verschiedenen Fronten und über verschiedene Kanäle. Während der Krieg im Nachbarland und der Flüchtlingszustrom aus der Ukraine zunächst ein Gefühl der Einheit im Land förderten und die Bürgerinnen und Bürger bei der Unterstützung der Geflüchteten tatkräftig mit anpackten (nur 4 Prozent kamen in Flüchtlingslagern unter), war die Situation nicht völlig frei von Desinformation. In russlandnahen Medien kursierte die Behauptung, die Ukrainer nähmen Arbeitsplätze weg, und auch wenn diese Meldungen keine nennenswerte Wirkung erzielten, trugen sie doch zur allgemeinen Unruhe in der Gesellschaft bei. Weite Verbreitung fanden außerdem Ansichten wie diejenige, dass die moldauische Regierung mit ihren EU-Ambitionen das Land zu einem Beitritt zum Sanktionsregime gegen Russland bewegen und in den Krieg hineinziehen wolle.

Die Entscheidung, parallel zu den Präsidentschaftswahlen im Herbst 2024 ein Verfassungsreferendum über den EU-Beitritt abzuhalten, hat aufgrund der gespaltenen öffentlichen Meinung zur EU-Integration eine Kontroverse ausgelöst. Eine Umfrage vom April ermittelte eine Zustimmung von 56,5 Prozent,¹⁶ wohingegen eine frühere Umfrage eine geringere Zustimmung von 48 Prozent ergeben hatte.¹⁷ In diesen Zahlen ist die EU-freundlich gesinnte Diaspora nicht enthalten, deren Einbeziehung die Position der Beitrittsbefürworter erheblich stärken könnte. Obwohl das Referendum darauf abzielt, die Agenda der EU-Integration zu festigen, könnte dieses Ziel verfehlt werden. Denn die Zahlen machen deutlich, wie nötig ein landesweiter Konsens in dieser Frage wäre, der aber bislang fehlt. Ihn zu erreichen hat die amtierende Regierung bislang

¹² Vgl. International Republican Institute, National Survey of Moldova, Januar-Februar 2024, 28. 3. 2024, www.iri.org/resources/national-survey-of-moldova-jan-feb-2024.

¹³ Vgl. Alegeri în Moldova, Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2020 (rumänisch), o. D., http://alegeri.md/w/Rezultatele_alegerilor_preziden%C8%9Biale_din_2020.

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Vgl. International Republican Institute (Anm. 12).

¹⁶ Vgl. Umfrage zur Wahrnehmung politischer Präferenzen und zur Auswirkung von Desinformation (rumänisch), 16. 4. 2024, <https://watchdog.md/polls/208121/comunitatea-watchdog-md-si-cbs-research-au-prezentat-rezultatele-unui-sondaj-de-opinie-privind-perceptia-preferintelor-politice-si-impactul-dezinformarii>.

¹⁷ Vgl. International Republican Institute (Anm. 12).

nicht vermocht. Dabei richten sich die vorherrschenden Anti-EU-Narrative gar nicht so sehr gegen die EU selbst, als vielmehr gegen mutmaßliche Korruption innerhalb der Regierung und dass sie die EU-Agenda für ihre eigenen Interessen nutze. Außerdem herrscht Skepsis darüber, ob die EU Moldau überhaupt aufnehmen würde, und es sorgt für Irritation, dass man selbst in Brüssel in manchen Punkten gespalten ist, zum Beispiel bezüglich der Unterstützung der Ukraine.¹⁸

Die Parteien, die Ilan Șor nahe stehen, werden das Referendum wahrscheinlich zum Anlass nehmen, Desinformation über die EU zu verbreiten, indem sie sich vertraute Narrative zunutze machen, die die Gemeinschaft als Ursache von Flüchtlingsströmen, hohen Energiekosten und einer Propagierung von LGBTQI-Lebensmodellen darstellen. Eine solche Kampagne könnte durchaus die öffentliche Meinung in Moldau beeinflussen, insbesondere Menschen, die kulturelle Veränderungen oder wirtschaftliche Instabilität mit großer Sorge betrachten.

Hauptziel des angesetzten Referendums im Herbst ist, die Wählerinnen und Wähler für die Präsidentschaftswahlen und die EU-Beitrittsfrage zu mobilisieren. Aktuelle Umfragen deuten zwar darauf hin, dass Maia Sandu Spitzenkandidatin für die Wahl bleiben wird, doch sechs Monate Wahlkampf bieten reichlich Gelegenheit für neue Hemmnisse. Vor dem Hintergrund knapper Verwaltungsressourcen werden kremlnahe Parteien wahrscheinlich versuchen, aus etwaigen Fehlern der Regierung Kapital zu schlagen oder die Wirkung von Desinformationen zu verstärken, um das Ergebnis in ihrem Sinne zu beeinflussen. Nicht zuletzt wurde der Regierung bereits auf internationaler Ebene vorgeworfen, bei ihren Versuchen, den Einfluss der Șor-Partei zu beschneiden, die Rechte auf Vereinigungsfreiheit und freie Meinungsäußerung im Land zu verletzen.¹⁹

Die Parlamentswahlen 2025 werden voraussichtlich ein weiterer Anlass sein, um die Regierungspartei zu schwächen. Jüngsten Umfragen

¹⁸ Vgl. Bericht: Mapping von Anti-EU-Narrativen in der Republik Moldau (rumänisch), 17. 11. 2023, <https://watchdog.md/studies/207981/raport-de-totalizare-a-monitorizarii-si-cartografiarii-imaginii-ue-in-moldova>.

¹⁹ Vgl. Amnesty International, Moldova 2023, o.D., www.amnesty.org/en/location/europe-and-central-asia/eastern-europe-and-central-asia/moldova/report-moldova.

zufolge liegt die PAS bei etwa 30 Prozent der Stimmen, was bedeutet, dass sie ihre Mehrheit im Parlament in Chișinău höchstwahrscheinlich einbüßen wird und eine Koalition gebildet werden müsste.

Eine anhaltende internationale Unterstützung für den Weg zu einem moldauischen EU-Beitritt und wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch bei der Bekämpfung von Desinformation und Cyber-Bedrohungen ist daher entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land. Im Falle eines Scheiterns dieses Weges könnte die Republik Moldau finanzieller Instabilität und einer verstärkten russischen Einflussnahme schutzlos ausgeliefert sein, wodurch das Land in eine Grauzone geriete und die Gefahr bestünde, dass sich eine kleptokratische Regierung etabliert. Durch langfristige und kontinuierliche Unterstützung durch ihre westlichen Partner kann die Republik Moldau hingegen ihre Widerstandsfähigkeit stärken, der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken und den Weg zur EU-Integration erfolgreich beschreiten.

Aus dem Englischen von Birthe Mühlhoff, Dresden

ANASTASIA POCIUMBAN

ist Research Fellow und Projektmanagerin am Zentrum für Ordnung und Governance in Osteuropa, Russland und Zentralasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt auf der EU-Erweiterung und den Beziehungen der EU zu ihren östlichen Nachbarn sowie auf der Außenpolitik der Länder der Östlichen Partnerschaft.

MACHTFRAGEN UND IHRE AUSHANDLUNG

Zum politischen System der Republik Moldau

Nadja Douglas

Die Republik Moldau ist seit Anfang der 2000er Jahre eine parlamentarische Demokratie, infolge einer Verfassungsänderung 2016 wieder mit einer/einem direkt gewählten Präsident*in. Das Land befindet sich 2024 wieder einmal an einem Scheideweg, denn im Herbst stehen Präsidentschaftswahlen an, im Folgejahr dann Parlamentswahlen. Eine Wiederwahl der amtierenden Staatspräsidentin Maia Sandu ist wahrscheinlich, aber keine Gewissheit. Die Zukunft ihres größten politischen Projektes, der Beitritt der Republik Moldau zur Europäischen Union, soll sich parallel dazu im Rahmen eines Referendums am 20. Oktober entscheiden. Das Ergebnis wird richtungsweisend sein, nicht nur für die politische Zukunft der derzeitigen Regierung, sondern für den gesamten weiteren Transformationsprozess des Landes. Der Wandel des politischen Systems in den nunmehr fast 33 Jahren Unabhängigkeit war stets durch ein Zusammenspiel von internen und externen Faktoren bedingt. Insbesondere der Einfluss Russlands ist noch immer problematisch und eine historische Bürde für das kleine Land. Hinzu kommen separatistische Bestrebungen. Die fehlende Lösung des Konfliktes mit der abtrünnigen Region Transnistrien bedeutet insbesondere für die Annäherung an den Westen ein Hindernis. Noch angespannter ist die Lage in Gagausien. Seit der Wahl der prorussischen Gouverneurin Evghenia Guțul droht sich die autonome Region ideologisch vom Rest des Landes zu entfernen.

VERFASSUNG UND REGIERUNGSSYSTEM

Das moldauische Regierungs- und Parteiensystem zeichnet sich im Vergleich zu anderen postsowjetischen Staaten durch ein relativ starkes Parlament, ein weitgehend pluralistisches Parteiensystem sowie überwiegend demokratische und friedliche Regierungswechsel in den vergangenen Jahrzehnten

aus. Die erste Verfassung des unabhängigen Staates trat am 27. August 1994, nach langwierigen Diskussionen zur Staats- beziehungsweise Nationenbildung, nach der ersten freien und demokratischen Parlamentswahl in Kraft. Sie orientierte sich eng am rumänischen Vorbild, was in einem semipräsidentiellen Regierungssystem zum Ausdruck kam.⁰¹

Das Regierungssystem hat sich seit den 1990er Jahren mehrfach gewandelt. Es oszillierte dabei stets zwischen Parlaments- und Präsidialsystem. Signifikant war insbesondere der Wechsel vom semipräsidentiellen zum klassisch parlamentarischen Regierungssystem im Jahr 2000.⁰² Ziel war es seinerzeit, die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Präsident*in, Regierung, und Parlamentsmehrheit einzudämmen und für stabilere Verhältnisse zu sorgen. Des Weiteren wurde die Direktwahl des/der Präsident*in wieder abgeschafft und erst 2016 wieder eingeführt.⁰³

Zeiten der Stabilität gab es in Moldau immer dann, wenn eine Partei nicht nur die Mehrheit im Parlament stellte, sondern auch den Präsidenten. Dazu kam es etwa nach den vorgezogenen Neuwahlen 2001, als die Kommunistische Partei die absolute Mehrheit errang und mit ihr Staatspräsident Vladimir Voronin eine dominante Rolle einnahm. Dies ist auch seit 2021 wieder der Fall, seitdem die proeuropäische PAS (*Partidul Acțiune și Solidaritate*, „Partei der Aktion und Solidarität“) sowohl Staatspräsidentin als auch Regierung stellt und der präsidiale Machtapparat im verfassungsrechtlich parlamentarischen Regierungssystem wieder an Gewicht gewonnen hat.⁰⁴ Auch während der Phasen, die durch einen starken und personalisierten Führungsstil des Staatsoberhauptes gekennzeichnet waren, bildete das Parlament stets einen relativ starken Gegenpol.⁰⁵

STAATSKRISEN

Prägend für die Entwicklung des Regierungssystems in den zurückliegenden 15 Jahren waren drei

große Krisen, die aufgrund politischer Machtkämpfe zu häufigen Regierungs- beziehungsweise Kabinettswechseln führten.

Die Parlamentswahl im April 2009 war nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich eine Zäsur für die Republik. Aufgrund von Zweifeln an den Wahlergebnissen, dem Vorwurf der Wahlmanipulation und allgemeiner Unzufriedenheit mit den regierenden Kommunisten, insbesondere unter jungen Menschen, brachen Massenproteste aus. Hinzu kam, dass es keine Mehrheit für die Wahl des Staatspräsidenten im Parlament gab, was in der Folge zu einem dauerhaften Problem wurde und die Schwächen des Regierungssystems offenbarte. Gemäß Verfassung war Amtsinhaber Vladimir Voronin gezwungen, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. Die Wahlen im Juni brachten den Verlust der Regierungsmehrheit der Kommunistischen Partei und den Rücktritt Voronins mit sich. Weder die nach Juni 2009 regierende Allianz für Europäische Integration (*Alianța pentru Integrare Europeană*, bestehend aus vier Mitte-Rechts-Parteien) noch die verbliebene Fraktion der Kommunisten verfügten über die notwendige Drei-Fünftel-Mehrheit des Parlaments für die Wahl des/der Staatspräsident*in. Nachdem eine Verfassungsänderung für eine Direktwahl des Amtes ebenfalls gescheitert war, folgte eine erneute Wahl des Parlaments im November 2010. Die verfassungspolitisch notwendige Mehrheit konnte tatsächlich erst im März 2012 nach fast drei Jahren mit der Wahl des parteilosen Nicolae Timofti erreicht und die politische Krise damit beendet werden.⁰⁶

Eine fast zwei Jahre währende Staatskrise wurde durch den sogenannten Bankenbetrug ab 2014 ausgelöst. Rund eine Milliarde US-Dollar verschwand aus dem nationalen Bankensystem ins

Ausland. Die Nationalbank war damals gezwungen, das staatliche Finanzsystem zu stützen, was indirekt zu einem gravierenden Anstieg der Inflation und der ohnehin schon hohen Staatsverschuldung führte. Die Empörung über die Oligarchisierung der Politik⁰⁷ in der Bevölkerung war groß, und es kam wiederum zu einer der größten Protestwellen im Land. Ein ehemaliger Ministerpräsident, Vladimir „Vlad“ Filat, wurde festgenommen und zu einer Haftstrafe verurteilt, während andere mutmaßliche Drahtzieher aus dem Kreis der Oligarchen entweder das Land verließen oder weiterhin das politische Geschehen bestimmten (etwa Vladimir Plahotniuc). Bis Anfang 2016 kam es zu weiteren vier Kabinettswechseln, was zu einer noch größeren Volatilität des politischen Systems führte sowie einen massiven Vertrauensverlust bei der Bevölkerung aber auch bei internationalen Partnern mit sich brachte.⁰⁸

Die jüngste Verfassungskrise 2019 war schließlich Ergebnis der Parlamentswahl im Frühjahr desselben Jahres, die keine klaren Mehrheiten sowie ein viermonatiges politisches Vakuum hervorbrachte. Die prorussische, vom damaligen Präsidenten Igor Dodon geführte Sozialistische Partei (PSRM) und das von der derzeitigen Präsidentin Maia Sandu angeführte proeuropäische Bündnis ACUM („Jetzt“), bildeten schließlich am 8. Juni 2019 überraschend eine Koalition. Ziel war es, das oligarchische Regime Plahotniucs zu entmachten. Das moldauische Verfassungsgericht, das damals aus größtenteils Plahotniuc-treuen Richtern bestand, widersetzte sich und entschied, dass die neue Regierung verfassungswidrig zustande gekommen sei, da die 30-Tage-Frist zur Bildung einer Regierung bereits am Vortag abgelaufen war. Dementsprechend weigerte sich die noch amtierende, von der Demokratischen Partei gestellte Regierung, zurückzutreten. Am 9. Juni veröffentlichte das Gericht eine weitere Entscheidung, die Präsident Dodon zeitweilig suspendierte und den amtierenden Ministerpräsidenten Pavel Filip zum Interims-Präsidenten erklärte. Am 10. Juni hatte das kleine Land plötzlich zwei amtierende Präsidenten und zwei Kabinette, die gleichzeitig in Chișinău tagten. Fi-

01 Vgl. Anna Fruhstorfer, Moldau, in: Arthur Benz/Stephan Bröckler/Hans-Joachim Lauth (Hrsg.), Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte im 20. Jahrhundert. Institutionen und Rechtspraxis im gesellschaftlichen Wandel, Bonn 2019, S. 1479–1505, hier S. 1483.

02 Vgl. Verfassungsänderungsgesetz Nr. 1115-XIV, 5. Juli 2000, zit. nach Fruhstorfer (Anm. 1), S. 1486.

03 Vgl. Denis Cenușa, Back to Direct Presidential Elections in Moldova: From One Political Crisis to Another?, 21.3.2016, www.expert-grup.org/media/k2/attachments/Back_to_direct_presidential_elections_in_Moldova.pdf.

04 Vgl. Moldova: Total Power for Pro-European Forces, 12.7.2021, www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2021-07-12/moldova-total-power-pro-european-forces.

05 Vgl. Fruhstorfer (Anm. 1), S. 1487.

06 Vgl. ebd., S. 1491.

07 Vgl. Ion Marandici, Taming The Oligarchs? Democratization and State Capture: The Case of Moldova, in: *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization* 1/2021, S. 61–88.

08 Vgl. Hrant Kostanyan, Why Moldova's European Integration Is Failing, 3.3.2016, www.ceps.eu/ceps-publications/why-moldovas-european-integration-failing.

lip unterzeichnete daraufhin einen Erlass zur Auflösung des Parlaments und ordnete Neuwahlen für September 2019 an. Die mangelnde Verfassungskonformität der Entscheidungen des Verfassungsgerichts wurden national wie international heftig kritisiert. In der Folge traten Filip, der Verfassungsgerichtspräsident sowie sämtliche Verfassungsrichter zurück.⁰⁹ Die Krise war vorerst beendet, doch die Koalitionsregierung aus PSRM und ACUM mit Dodon als Präsident und Sandu als Ministerpräsidentin hielt nur bis November 2019.

Das politische System des Landes und seine zentralen Verfassungsorgane gingen stark beschädigt aus dieser jüngsten Krise und der vorangegangenen Politisierung der zentralen politischen Institutionen hervor. Diese Episode verdeutlicht überdies, wie schnell ein nicht gefestigtes Verfassungsregime wie das der Republik Moldau, das Anfang der 2010er Jahre als Vorzeigeland der Östlichen Partnerschaft galt, demokratische Rückschritte erleiden und sich in ein autoritäres Regime verwandeln kann.

INSTITUTIONEN UND AKTEURE

Im Folgenden werden die zentralen politischen Institutionen und Akteure kurz vorgestellt und ihre Bedeutung für die politischen Aushandlungsprozesse im Land näher beleuchtet.

Staatspräsident*in

Artikel 77, Absatz 2 der moldauischen Verfassung¹⁰ erklärt den/die Staatspräsident*in zum Garanten für die nationale Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Integrität des Landes. Verfassungsrechtlich war das Amt des Staatsoberhauptes eher repräsentativ konzipiert. Durch die Wiedereinführung der Direktwahl 2016 ist das Amt wieder politischer geworden. Zu den wichtigsten Befugnissen des/der Präsidenten*in gehören neben Nominierungen, Ernennungen und Entlassungen anderer Amtsträger*innen (Artikel 88) das Recht, das Parlament aufzulösen sowie Befugnisse im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik. Die Verfassung eröffnet dem parlamentarischen Ge-

setzgeber jedoch im Rahmen von Artikel 88 Spielraum, durch weitere Gesetze die Rechte und Befugnisse des/der Staatspräsidenten*in auszuweiten. So hat das Staatsoberhaupt aufgrund eines suspensiven Vetos bei Gesetzesvorhaben die Möglichkeit, in die parlamentarische Arbeit einzugreifen und kann bei Fragen von nationalem Interesse ein Referendum ansetzen. Unter Maia Sandu wurde der Präsidialapparat zum eigentlichen Machtzentrum im Land, obwohl die exekutive Gewalt bei der Regierung liegt und obschon auch einige von Sandus Vorgängern sich während ihrer Amtszeiten bemüht hatten, die präsidialen Befugnisse auszuweiten.¹¹ Sandu, die erste Frau in diesem Amt, gewann die Wahl 2020 vor allem mit ihrem Bekenntnis zu Integrität und Kompetenz.¹² Auch die Stimmen der moldauischen Diaspora verhalfen ihr zum Sieg: 93 Prozent der Wähler*innen im Ausland stimmten im zweiten Wahlgang im November 2020 für sie.¹³

Regierung

Die gegenwärtige Regierung besteht aus dem Ministerpräsidenten Dorin Recean und 14 Minister*innen, darunter fünf Vizepremier. Der/die Gouverneur*in (*Başkan*) der autonomen Region Gagausien gehört als ex-officio Mitglied ebenfalls der Regierung an, die derzeitige *Başkan* Guțul wurde wegen ihrer Parteizugehörigkeit bisher ausgeschlossen. Zu den Hauptaufgaben der Regierung gehört die Innen- und Außenpolitik des Landes, sowie die Leitung der öffentlichen Verwaltung. In formaler Hinsicht ist die Stellung der Regierung im politischen System Moldaus durch ihre Abhängigkeit von der Legislative gekennzeichnet.¹⁴ Während den Beziehungen zwischen Parlament und Regierung ein eigenes Kapitel in der Verfassung gewidmet ist (Artikel 104–106), wird das Verhältnis der beiden Pole der Exekutive, also Präsident*in und Regierung, nicht gesondert

09 Vgl. Artur Olechno, Constitutional Aspects of the Government Crisis in Moldova in 2019, in: Przeglad Prawa Konstytucyjnego 5/2020, S. 379–387, hier S. 387.

10 Vgl. Constitution of the Republic of Moldova, o.D., www.constcourt.md/public/files/file/Actele%20Curtii/acte_en/MDA_Constitution_EN.pdf.

11 Vgl. Nadja Douglas, Der moldauische Präsident Dodon und sein russisches Vorbild, ZOIS Spotlight 3/2017, www.zois-berlin.de/publikationen/der-moldauische-praesident-dodon-und-sein-russisches-vorbild.

12 Vgl. Florent Parmentier, Moldova, a Political System Under Pressure: Between European Aspirations and War in Ukraine, *Russie.Eurasie.Visions* 6–7/2023, www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/parmentier_moldova_2023.pdf.

13 Vgl. Sabrina Hernandez, Moldova's Diaspora Flexes Its Political Muscles, 4. 12. 2020, www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/moldovas-diaspora-flexes-its-political-muscles.

14 Vgl. Klemens Büscher, Das politische System Moldovas, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Osteuropas*, Wiesbaden 2009, S. 583–626, hier S. 591.

behandelt.¹⁵ Theoretisch soll ihr Verhältnis durch Kooperation gekennzeichnet sein, da einige Funktionen wie die Abberufung und Ernennung von Minister*innen gemeinsam erfolgt. Auch die Zuständigkeiten im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik sollen gemeinsam wahrgenommen werden. In der bisherigen Verfassungsrealität war es allerdings meist so, dass der/die Präsident*in die Besetzung des Ministerpräsidentenpostens weitgehend autonom bestimmte.¹⁶ Insbesondere nach der Parlamentswahl vom April 2019 kam es zu einer Art „Kohabitation“ moldauischer Art zwischen dem Staatspräsidenten und der Regierung, die aber nicht lange hielt und offen konfrontativ endete. Die in der Realität zwischen 2001 und 2009 sowie seit 2020 bestehende politische Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Präsidenten anstatt dem Parlament ist so in der Verfassung nicht vorgesehen.¹⁷

Parlament und Gesetzgebung

Moldau verfügt über ein Einkammersystem. Das 101-köpfige Parlament ist laut Artikel 60, Absatz 1 der Verfassung das zentrale Gesetzgebungsorgan. Ergänzt wird die legislative Funktion durch Elemente der Volksgesetzgebung (Möglichkeit von Referenden). Unterschieden werden in der Verfassung drei Arten von Gesetzen: verfassungsändernde Gesetze, Organgesetze sowie einfache Gesetze. Die Volksversammlung der autonomen Region Gagausien hat zudem ein Initiativrecht, von dem in der Vergangenheit allerdings äußerst selten Gebrauch gemacht wurde.¹⁸ Der/die Parlamentspräsident*in nimmt im moldauischen parlamentarischen System eine herausgehobene Position, ein: Sie/er ist zugleich Stellvertreter*in des/der Präsident*in und Repräsentant*in der Legislative gegenüber den anderen Staatsgewalten.¹⁹ Die parlamentarische Arbeit war lange Zeit, insbesondere in der Phase des *captured state*,²⁰ geprägt durch das Überlaufen beziehungsweise Bestechen

von Mandatsträger*innen, um sie an einflussreichere politische Blöcke zu binden. Wahlblöcke waren oder sind in diesem Zusammenhang häufig Zweckbündnisse, die kurz nach der Wahl wieder auseinanderbrechen.

Parteiensystem, Wahlen und Referenden

Das moldauische Parteiensystem ist bislang noch wenig konsolidiert. Parteien und Allianzen waren in der Vergangenheit oft kurzlebig. Die ideologische Ausrichtung der einzelnen Parteien war hingegen über all die Jahre recht konstant und verlief entlang verschiedener Trennlinien. Zu nennen sind hier erstens eine geopolitisch/kulturelle Spaltung im Sinne der Orientierung nach Osten oder Westen, zweitens die Trennung zwischen Anhängern einer liberalen Marktwirtschaft und denen einer sozialen Umverteilung und drittens die postmaterialistische Kluft zwischen Verfechtern traditioneller Werte und progressiver Kräfte.²¹

Die derzeit einflussreichste Partei im proeuropäischen Spektrum ist die regierende PAS. Im linken Spektrum ist die geschwächte Sozialistische Partei Moldaus (PSRM) immer noch die dominante Kraft. Sie veränderte mit ihrem Eintritt ins Parlament 2014 das Parteiensystem insofern, als sie die bis dahin mächtige Kommunistische Partei Moldaus (PCRM) verdrängte. Zusammen mit der Partei des Oligarchen Ilan Șor stellen letztere die prorussischen Kräfte dar, die paradoxerweise zum Teil durchaus EU-freundlich eingestellt sind. Zurzeit sondieren die Parteien im linken Spektrum, ob sie sich auf eine/n gemeinsame/n Kandidat*in für die Präsidentschaftswahl einigen können.²² Zum prorussischen Lager gehört ebenfalls die 2021 gegründete MAN-Partei (Alternative Nationale Bewegung), die sich um den Bürgermeister von Chișinău, Ion Ceban, gruppiert. MAN bemüht sich vor allem um proeuropäische Wählerschichten, die nicht PAS wählen wollen.

Moldau hat seit der Unabhängigkeit zehn Parlamentswahlen und neun Präsidentschaftswahlen abgehalten, die trotz wiederkehrender Unregelmäßigkeiten, insbesondere was Parteienfinanzierung, Druck auf unabhängige Kandidat*innen im Wahlkampf, Missbrauch von adminis-

¹⁵ Vgl. ebd.

¹⁶ Vgl. Oleh Protsyk, Prime Ministers' Identity in Semi-Presidential Regimes: Constitutional Norms and Cabinet Formation Outcomes, in: *European Journal of Political Research* 5/2005, S. 721–748, hier S. 736, zit. nach Büscher (Anm. 14), S. 591.

¹⁷ Vgl. Büscher (Anm. 14), S. 592.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 598.

¹⁹ Vgl. Fruhstorfer (Anm. 1), S. 1489.

²⁰ Phase zwischen 2015 und 2019, als staatliche Institutionen und der Regierungsapparat infolge der Machtusurpation durch den Oligarchen Plahotniuc stark politisiert wurden.

²¹ Vgl. Parmentier (Anm. 12).

²² Vgl. Madalin Necsutu, Moldova's Pro-Russian Left Mulls Unity Candidate For Presidential Race, 20.5.2024, <https://balkaninsight.com/2024/05/20/moldovas-pro-russian-left-mulls-unity-candidate-for-presidential-race>.



Fetești, 3. September 2018

© Andrea Diefenbach

trativen Ressourcen, diskriminierende Rhetorik und einen gleichberechtigten Medienzugang betraf, dennoch von internationalen Beobachter*innen, etwa der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), als weitgehend demokratisch eingestuft wurden.

Justiz

Das Justizsystem bleibt eine Achillesferse des Staates und besonders für die reformorientierte PAS-Regierung. Als Schwachpunkte werden neben dem oftmals noch unzureichenden Schutz der Grundrechte vor allem die Organisationsstruktur des Justizwesens und die endemische Korruption genannt. Justiz und Rechtsstaatlichkeit haben vor allem in den Jahren unter Plahotniuc an Unabhängigkeit eingebüßt. Die Entpolitisierung des Justizsystems kommt nur langsam voran.

Die Ernennung, Einsetzung und Entlassung von Richter*innen für alle anderen Gerichte erfolgt durch den/die Präsidenten*in auf Basis einer Empfehlung des Obersten Richterrats (*Consiliul Superior al Magistraturii*). Die Rolle dieses aus elf Richtern bestehenden Gremiums ist wichtig für die Unabhängigkeit des Justizsystems und wurde auf Empfehlung der EU und des Europarats gestärkt. Kritisiert wird jedoch die fehlende Transparenz bei der Ernennung von Richter*innen sowie mangelhafte öffentliche Kommunikation. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen zurzeit das sogenannte Vetting- beziehungsweise Pre-Vetting-Verfahren, Prozesse zur Evaluierung, Verifizierung und Auswahl von Richter*innen und Staatsanwälte*innen sowie anderen Gerichtsbeamte*innen, mit dem Ziel ihre Integrität, Kompetenz und Unparteilichkeit sicherzustellen. Doch viele Richter*innen weigern sich zu kooperieren.²³

Ein Thema für sich ist die seit 2019 anhaltende Auseinandersetzung zwischen den politischen Kräften über die Ernennung des Generalstaatsanwalts.²⁴ Über diese Frage zerbrach auch die Koalition zwischen PSRM und ACUM 2019. Nachdem der umstrittene, unter Dodon ins Amt eingetretene Generalstaatsanwalt Alexan-

dr Stoianoglo 2021 abberufen wurde, konnte bis Mai 2024 keine Einigung auf eine/n geeignete/n Kandidat*in erzielt werden. Nun wurde als Ergebnis eines kompetitiven Verfahrens der bereits kommissarisch eingesetzte Ion Munteanu zum neuen Generalstaatsanwalt ernannt.

Schließlich kommt dem aus sechs Verfassungsrichtern zusammengesetzten moldauischen Verfassungsgericht eine besondere Rolle zu. Ihm wurde in den Jahren seit der Unabhängigkeit bis zur vollkommenen Politisierung unter Plahotniuc eine positive Rolle in den politischen Entwicklungen des Landes attestiert. Es ist gemäß Verfassung unabhängig und formal nicht Teil des moldauischen Rechtssystems (Artikel 134, Absatz 2). Das Gericht spielte überdies eine wichtige Rolle bei der Klärung von Kompetenzabgrenzungen politischer Akteure, die in der Verfassung oft nicht eindeutig festgelegt sind.

ZIVILGESELLSCHAFT UND PROTEST

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich die Zivilgesellschaft des kleinen Landes merklich weiterentwickelt. Für ihre Partizipation am politischen Diskurs sind ein verbesserter Medienzugang beziehungsweise die Etablierung von sozialen Medien sowie Online-Formaten nicht unwesentlich. NGOs werden verstärkt auch politisch vom Parlament und den Ministerien eingebunden und konsultiert. Dauerhafte Konsultationsplattformen für die Zivilgesellschaft werden zwar diskutiert, sind aber noch nicht eingeführt.²⁵ Auch die Verbesserungen in der Ausübung von Grundrechten sind bemerkenswert. Das viel gelobte Versammlungsgesetz von 2008 bietet hierfür wichtige Voraussetzungen. Dennoch wird die allgemeine Menschenrechtslage in der Republik Moldau regelmäßig kritisiert, insbesondere im Bereich Strafvollzug und im Hinblick auf Minderheitenrechte (Roma, LGBTQ etc.).²⁶

²⁵ Vgl. Institutul pentru Politici și Reforme Europene (IPRE), Shadow Report No. 2. On the Action Plan for the Implementation of the Steps Proposed by the European Commission in Its Opinion on Moldova's EU Membership Application, 20.7.2023, <https://ipre.md/2023/07/20/raport-alternativ-nr-2-realizarea-planului-de-actiuni-pentru-implementarea-masurilor-propuse-de-comisia-europeana-in-avizul-sau-privind-cererea-de-aderare-a-republicii-moldova-la-ue/?lang=en>.

²⁶ Vgl. United Nations Human Rights Council, Universal Periodic Review, Republic of Moldova, 18.11.2021, <https://undocs.org/en/A/HRC/WG.6/40/MDA/1>.

²³ Vgl. OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights, Report on the Evaluation (Pre-Vetting) of Candidates for Members of the Superior Council of Magistracy in Moldova, 29.9.2023, www.osce.org/files/f/documents/9/3/553987.pdf.

²⁴ Vgl. Martin Sieg, Moldova in the EU's Eastern Partnership. Lessons of a Decade, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, DGAP Analysis 6/2020, https://dgap.org/sites/default/files/article_pdfs/dgap-analysis-2020-06-en.pdf.

Die in den postsowjetischen Jahren eher schwach ausgeprägte gesellschaftliche Mobilisierung hat spätestens 2009 mit der sogenannten Twitter-Revolution einen grundlegenden Wandel erfahren. Es handelte sich hierbei um die ersten Massenproteste im Land, bei denen soziale Medien und digitale Technologien eine entscheidende Rolle spielten. Vier Menschen starben dabei infolge der brutalen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten.²⁷ 2014 brachen wiederum Proteste anlässlich des bereits erwähnten Bankenskandals aus. Als deutlich wurde, dass die Regierung Steuergelder einsetzen würde, um die gestohlene Milliarde zu kompensieren, gab es ab 2015 längerfristige Protestcamps quer über das politische Spektrum hinweg.²⁸ Sie richteten sich gegen die Regierungspolitik und Oligarchisierung im Land, hatten aber letztlich wenig Erfolg. Die Polizeigewalt erreichte eine neue Dimension, so auch die Politisierung der Polizei und des Innenministeriums unter der von Plahotniuc kontrollierten PDM-Regierung.²⁹

Im Winter 2022/23 kam es infolge des Krieges in der Ukraine, der galoppierenden Inflation, die zeitweilig bei 25 Prozent lag, und vor allem wegen der hohen Energiepreise erneut zu massiven sozialen Protesten, die Tausende auf die Straße brachten. Diese Proteste waren zwar spontan, wurden aber teilweise von prorussischen Kräften im Land, vornehmlich der Șor-Partei, befeuert und gesteuert. Russische Desinformationskampagnen und populistische Forderungen von Șor fielen auf fruchtbaren Boden.

KÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN

Die demokratische Entwicklung der Republik Moldau steht in den kommenden Jahren vor ge-

waltigen Herausforderungen. 2024 werden entscheidende Weichen gestellt. Innenpolitisch steht an oberster Stelle die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Denn eine weitere Fragmentierung der Gesellschaft und Abdriften gesellschaftlicher Gruppen oder gar ganzer Landesteile bedeutet nicht nur eine Schwächung der nationalen Identität, sondern birgt letztlich auch ein Sicherheitsrisiko.³⁰ Russland versucht das Land weiter zu destabilisieren, um es in den eigenen Einflussbereich zurückzuziehen. So wurden im Frühjahr 2023 interne Strategiepapiere aus dem Kreml bekannt, die Pläne offenbarten, wie die russische Einflussnahme in zentralen staatlichen Bereichen ausgeweitet und der Einfluss anderer externer Akteure zurückgedrängt werden könnte.³¹

Zentral für die politische Entwicklung sowie Ausrichtung der moldauischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bleibt die in Artikel 11, Absatz 1 der Verfassung festgeschriebene permanente Neutralität. Verfassungsrechtlich umfasst dies ein ausdrückliches Verbot, ausländische Truppen auf dem Staatsgebiet zu stationieren. Das Neutralitätsgebot wird im Land seit einigen Jahren kontrovers diskutiert. Die regierende PAS bekennt sich nicht mehr öffentlich dazu, erwähnt es auch in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie nicht.³² Eigentlich strebt sie mit Blick auf eine auch militärstrategisch engere Anbindung an den Westen eine Änderung der Verfassung an, ist sich aber bewusst, dass es dafür derzeit keine gesellschaftliche Mehrheit gibt. Analog zu den anderen allgemeinen Verfassungsgrundsätzen der Souveränität, Unabhängigkeit und Einheitlichkeit ist auch die permanente Neutralität nur im Rahmen eines Referendums mit Zustimmung der Stimmenmehrheit aller Bürger*innen änderbar (Artikel 142, Absatz 1). Moldau bleibt durch seine exponierte Rolle im Ukraine-Krieg im Fokus der NATO und der EU, die das Land durch Unterstützungsmaßnahmen, unter anderem im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität, zu stärken versuchen. Letztlich bleibt der Ausgang des Krieges in der Ukraine der entscheidende Faktor für die weitere wirtschaftliche, gesellschaftliche und auch politische Entwicklung des Landes.

NADJA DOUGLAS

ist promovierte Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin.

27 Vgl. Nadja Douglas, *Police and Protest in the Digital Age – A Post-Soviet Comparison of Citizen-Police Relations*, in: *Policing and Society* 5/2024, S. 359–376.

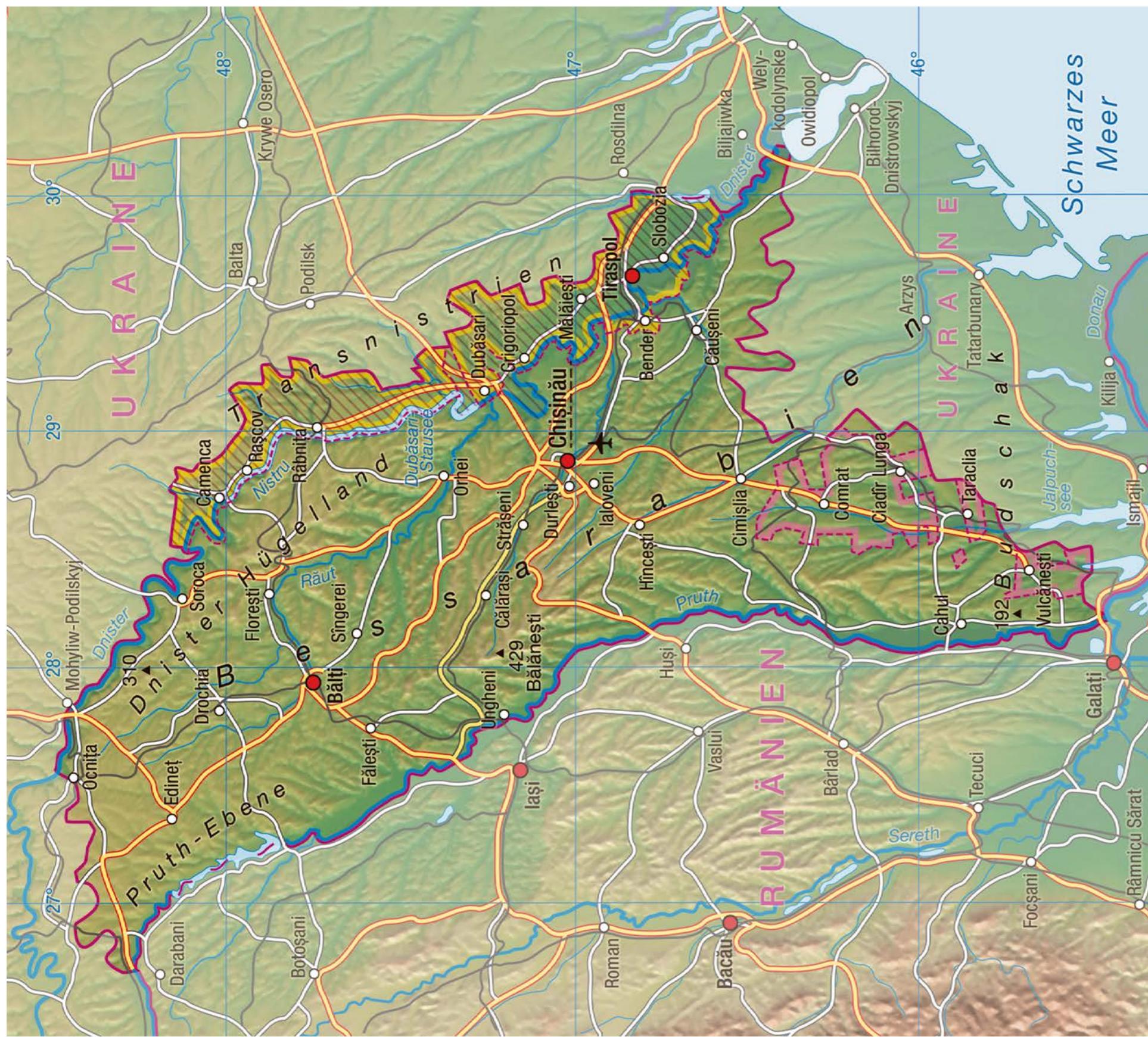
28 Vgl. Kamil Calus, *Moldova: From Oligarchic Pluralism to Plahotniuc's Hegemony*, 7.4.2016, www.osw.waw.pl/sites/default/files/commentary_208.pdf.

29 Vgl. Douglas (Anm. 27).

30 Vgl. Inna Șupac, *Moldova's National Security Strategy and Societal Cohesion*, in: Nadja Douglas (Hrsg.), *Old Fears and New Threats: Insecurity and Societal Cohesion in Russia's Neighbourhood*, KonKoop In:Security Report 1/2024, <https://konkoop.de/index.php/in-security-report-old-fears-new-threats>.

31 Vgl. Manuel Bewarder/Palina Milling, *Putins Pläne für Moldau*, 15.3.2023, www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-kreml-strategiepapier-moldau-101.html.

32 Vgl. Șupac (Anm. 30).



Orte und Einwohnerzahlen

- über 100000
- unter 100000

Chişinău

Grenzen

- Staatsgrenze
- - - Grenze Autonome territoriale Einheit
- ▨ Autonome terr. Einheit Transnistrien
- ▨ Autonome terr. Einheit Gagausien
- ▨ De-facto Regime Transnistrien

Hydrografie

- Fluss
- See

Verkehr

- Fernstraße
- Sonstige Straße
- Eisenbahn
- ✈ Flughafen

Landhöhen in m über NN

- über 1 000
- 500 – 1 000
- 200 – 500
- 100 – 200
- 50 – 100
- 0 – 50

1 : 2 900 000

0 80 km

© mr-kartographie, 2024

TEILE UND HERRSCHE

Separatismus und russische Einflussnahme in der Republik Moldau

Yelizaveta Landenberger

„Pobeda! Pobeda!“, Russisch für „Sieg! Sieg!“,⁰¹ skandieren Dutzende von Menschen, die sich am Morgen des 27. Mai 2024 vor dem Gerichtsgebäude im Zentrum der moldauischen Hauptstadt Chişinău versammelt haben. Sie sprechen damit ihre Unterstützung für die 37-jährige Politikerin Evghenia Guţul von der inzwischen verbotenen kremlnahen Şor-Partei aus, denn Guţul steht an diesem Tag vor Gericht. Knapp über ein Jahr ist es her, dass sie zur Gouverneurin (*Başkan*) des autonomen Territoriums Gagausien im Süden der Republik Moldau gewählt wurde. Es steht eine erste Anhörung zum Fall illegaler Finanzierung der Şor-Partei an.

Bevor sie das Gerichtsgebäude betritt, sagt die Gouverneurin: „Am heutigen Tag wird nicht Evghenia Guţul vor Gericht gestellt, sondern der Başkan von Gagausien. (...) Sie wollen unsere gagausische Autonomie auslöschen. Aber wir lassen das nicht zu.“ Sie spricht über ein mit einem Megafon verbundenen Mikrofon. Die Menschenmenge ruft daraufhin erneut begeistert: „Pobeda! Pobeda!“,⁰² was auch der Name eines neuen politischen Blocks ist, unter dem die verbotene Şor-Partei unter neuem Label fortbesteht. Einige der Demonstrant*innen halten weiße Plakate mit Aufschriften wie „Hände weg vom Başkan Gagausiens“ oder „Sandu [die Präsidentin des Landes], du wirst für alles Rede und Antwort stehen“.⁰³ Dass alle Plakate dabei verdächtig ähnlich aussehen, als wären sie von ein und derselben Person geschrieben worden, legt nahe, dass sie nicht die Teilnehmenden selbst angefertigt haben. Es wäre nicht das erste Mal, dass die Şor-Partei zu unlauteren Mitteln greift, und ironischerweise geht es im heutigen Prozess ausgerechnet um Stimmenkauf und illegale Geldflüsse aus Russland: Von Herbst 2022 bis Juni 2023 organisierte die Partei regelmäßig Kundgebungen gegen den proeuropäischen Kurs der moldauischen Regie-

rung und der Staatspräsidentin Maia Sandu. Dabei wurde die Unzufriedenheit der Bürger*innen über den Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise gezielt ausgenutzt und die Behauptung verbreitet, die Preise seien nicht durch den russischen Angriffskrieg im Nachbarland Ukraine gestiegen, sondern durch die proeuropäische Politik Sandus. Nach Angaben zahlreicher Medienberichte wurden die Demonstrant*innen für ihre Teilnahme an den Kundgebungen bezahlt.⁰⁴

Eigentlich sollte das Gerichtsverfahren gegen Guţul bereits am 30. April stattfinden, wurde dann aber auf Ende Mai verlegt, da der Gouverneurin zunächst kein Russisch-Dolmetscher zur Verfügung gestellt worden war. Die moldauische Antikorruptions-Staatsanwaltschaft wirft ihr vor, während ihrer Tätigkeit als Sekretärin für die Şor-Partei von 2019 bis 2022 systematisch und täglich Geld aus Russland nach Moldau gebracht zu haben, um die Parteitätigkeit so auf illegale Weise zu finanzieren. Insgesamt geht es um eine Summe von 42,5 Millionen Lei, umgerechnet 2,2 Millionen Euro. In dem Dokument der Behörde heißt es außerdem, Guţul habe von Oktober bis November 2022 während der Anti-Regierungsproteste die Verantwortung über Namenslisten innegehabt, die die Bezahlung von Demonstrant*innen für ihre Teilnahme dokumentierten.

Der Gouverneurin drohen eine hohe Geldstrafe oder gar zwei bis sieben Jahre Haft und eine fünfjährige Sperre für politische Ämter. Guţul streitet ihre Schuld ab und behauptet, dass das Verfahren gegen sie von Sandu und ihrer Partei PAS fabriziert sei und der Zerstörung der gagausischen Autonomie diene. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die antieuropäische Gouverneurin von Gagausien angibt, bei einem Schuldspruch gegen sie ausgerechnet vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen zu wollen.⁰⁵

ANGESPANNTE POLITISCHE LAGE

Im Juni 2022 erhielt die Republik Moldau ebenso wie ihr im Krieg befindliches Nachbarland die Ukraine den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Zu diesem Zeitpunkt schien es realistisch, dass nach der Ukraine Moldau das nächste Ziel der imperialen Bestrebungen Russlands sein würde. Obwohl die russischen Truppen immer noch Hunderte Kilometer vom moldauischen Staatsgebiet entfernt sind, bleibt die Gefahr einer militärischen Invasion bestehen: Sollte die russische Armee weiter durch ukrainisches Territorium vorrücken, würde sie nämlich das de facto unabhängige Transnistrien erreichen, wo nach wie vor etwa 1700 russische Militärs stationiert sind.⁰⁶ Auch wenn die Ausstattung dieser Truppen schlecht ist, stellt diese Präsenz zusammen mit der stark prorussischen Bevölkerung eine reale Gefahr dar. Die moldauische Armee ist klein und schlecht ausgerüstet, sie verfügt über keinen einzigen Panzer, und das Land ist kein NATO-Mitglied.

Hinzu kommt ein anderes Risiko: Auch im Kernland der Republik Moldau und insbesondere im autonomen Gagausien ist die Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung krenlfreundlich. Auch wenn sich Moldau nicht im heißen militärischen Konflikt mit Russland befindet, führt Russland schon lange und hartnäckig einen Informationskrieg gegen das kleine osteuropäische Land, den Ex-

pert*innen auch als hybriden Krieg bezeichnen. Der Fall Guțul und die mutmaßliche illegale Finanzierung der Șor-Partei verweisen auf die Ernsthaftigkeit der Lage und die hohen Summen, die Russland in diesen Informationskrieg zu investieren bereit ist.

Am 25. Juni 2024 wurden die EU-Beitrittsverhandlungen mit Moldau aufgenommen. Das Land hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2030 der Union beizutreten. Bis dahin müssen zahlreiche Reformen umgesetzt, und eine Lösung für das de facto unabhängige, aber völkerrechtlich zur Republik gehörende prorussische Transnistrien gefunden werden. Auch muss die breite Bevölkerungsmehrheit dieses Ziel unterstützen. 2024 wird entscheidend für die Zukunft Moldaus sein, da am 20. Oktober neben den Präsidentschaftswahlen auch ein Referendum über den EU-Beitritt stattfinden wird, gefolgt von Parlamentswahlen 2025. Aktuelle Umfragen des moldauischen Thinktanks WatchDog vom April dieses Jahres zeigen, dass 56,5 Prozent der Befragten für einen EU-Beitritt stimmen möchten, was knapp klingt. Allerdings gaben auch nur 25,2 Prozent an, dass sie dagegen stimmen werden. Der Rest ist unentschieden oder plant, nicht zu wählen.⁰⁷ Valeriu Pașa von WatchDog mahnt jedoch zur Vorsicht. Auf Nachfrage hin sagt er: „Ich glaube nicht, dass das Ergebnis völlig sicher ist, weil es eine sehr große, von Russland unterstützte Kampagne gegen den EU-Beitritt gibt. Das Ergebnis hängt stark davon ab, inwieweit es Russland und seinen Lügen gelingt, die moldauischen Wähler*innen mit Desinformation zu beeinflussen.“⁰⁸

„STOPP EU“

Tatsächlich scheinen aktuell die prorussischen Kräfte im Land alles dafür zu tun, dass das ambitionierte Ziel eines EU-Beitritts der Republik Moldau bis 2030 nicht erreicht wird. So fand etwa eine Woche vor der Anhörung Evghenia Guțuls, am 18. Mai, das „Festival der Völkerfreundschaft“ statt, wo die von Russland initiierte Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) als Gegenmodell zur EU beworben wurde. In den moldauischen Städten Taraclia, Bălți, Orhei und Comrat waren Zelte mit den Aufschriften „Russland“, „Belarus“, „Kasachstan“, „Kirgistan“ und „Armenien“ zu se-

01 Vgl. Alexander Nugmanov, Anwälte forderten die Einstellung des Strafverfahrens gegen Evghenia Guțul (russisch), 27.5.2024, <https://newsmaker.md/rus/novosti/advokaty-potrebovali-prekratit-ugolovnoe-delo-protiv-evgenii-gutsul>.

02 Vgl. Stories im Instagram-Kanal von Evghenia Guțul, 27.5.2024.

03 Vgl. Zoya Dubayeva, Die erste Anhörung im Fall Evghenia Guțul fand in Chișinău statt, vor dem Gerichtsgebäude versammelten sich Demonstranten (russisch), 28.5.2024, <https://nokta.md/v-kishinjove-proshlo-pervoe-zasedanie-po-delu-evgenii-gutsul-u-zdaniya-suda-sobrali-mitingujushhhih>.

04 Vgl. Alexander Burakow, Protest in Chișinău: Alte Slogans und Bezahlung für die Teilnahme (russisch), 16.3.2023, www.dw.com/ru/a-65018176.

05 Vgl. Redaktion Nokta, Die Gerichtsverhandlung im Fall Guțul wurde auf Ende Mai verschoben (russisch), 30.4.2024, <https://nokta.md/zasedanie-suda-po-delu-evgenii-gutsul-pere-nesli-na-konets-maya>.

06 Angaben eines Mitarbeiters des Büros für Reintegration der Republik Moldau in einem Gespräch mit der Autorin im April 2024. Es handelt sich um eine Behörde, die mit dem separatistischen Transnistrien über die Wiedereingliederung verhandelt. Bei 90 Prozent der Truppen handele es sich demnach um transnistrische Bürger mit einer zusätzlichen russischen Staatsbürgerschaft.

07 Vgl. Socio-Political Survey, April 2024, https://watchdog.md/wp-content/uploads/2024/04/Survey-WD_April-2024_Eng_short-version_compressed.pdf.

08 Telefoninterview mit der Autorin am 25.5.2024.

hen. Dort boten Menschen in traditionellen Gewändern dieser Länder kostenlose regionale Spezialitäten an. Die Auswahl dieser Länder ist kein Zufall, da sie die Mitglieder der EAWU repräsentieren. Zu Gast – per Videoübertragung – war der bekannte russische Popsänger Filip Kirkorow, der den Teilnehmenden zum Fest der Völkerfreundschaft gratulierte. Den Höhepunkt der Feierlichkeiten bildete allerdings eine andere Videoprojektion, nämlich diejenige von Ilan Şor. Er ist der bekannteste und aktuell einflussreichste prorussische Politiker des Landes und kündigte den Start einer neuen Kampagne seines politischen Blocks „Pobeda“/„Sieg“ an. Das Motto ist eindeutig: „Stopp EU“ und „Nein zum EU-Beitritt!“. Ilan Şor behauptete, dass die EU-Mitgliedschaft für Moldau, entgegen der Meinung von Wirtschaftsexpert*innen, hohe Preise für Gas, Strom und „eine gewaltige Armut“ bedeuten würde. Die von ihm präsentierte Alternative, sich Russland zuzuwenden, schien auf viele verlockend zu wirken. „Wenn wir uns Russland anschließen, werden wir ein reiches Moldau schaffen!“, so Şors Überzeugung, und: „EU bedeutet Krieg, Russland bedeutet Schutz!“

PRORUSSISCHE AKTEURSLANDSCHAFT

Ilan Şor, ein Unternehmer, Oligarch und Politiker, floh 2019 vor der moldauischen Justiz nach Israel und nach Russland. Zusammen mit anderen entwendete er zwischen 2012 und 2014 etwa eine Milliarde US-Dollar aus dem moldauischen Bankensystem. Am 14. April 2023 wurde Şors Gefängnisstrafe in Abwesenheit von ursprünglich siebeneinhalb Jahren auf 15 Jahre angehoben, seine nach ihm benannte Partei wurde nur kurze Zeit später verboten. Die Verfassungsrichter begründeten ihre Entscheidung damit, dass Politiker seiner Partei wiederholt gegen die moldauische Verfassung verstoßen hatten und durch Stimmenkauf sowie illegale Finanzierung die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldau bedrohten. Trotzdem ließ sich der prorussische Oligarch nicht davon abhalten, weiter per Videoübertragung und im Netz Politik in Moldau zu machen. Seine Verbündeten, ehemalige Şor-Partei-Politiker*innen, machen einfach unter dem Banner anderer Parteien und Bewegungen weiter, die neueste davon ist der politische Block „Pobeda“, der am 21. April während eines sogenannten Kon-

gresses oppositioneller moldauischer Parteien in Moskau gegründet wurde. Oppositionell bedeutet in diesem Fall konsequent prorussisch und antieuropäisch, offiziell ist dieser politische Block jedoch nicht registriert. Die Völkerfreundschaftsfeierlichkeiten am 18. Mai, bei denen die Kampagne „Stopp EU“ ausgerufen wurde, fanden ebenfalls im Namen dieses Blocks statt.

Şor verfolgt schon seit Langem die überaus effektive Strategie, Menschen durch kostenlose Freizeitangebote und „soziale Projekte“ von sich und der russischen Desinformation zu überzeugen. Das kommt bei vielen Menschen im armen Moldau gut an, denn sie spüren unmittelbar, was er ihnen bieten kann. Şor betreibt im ganzen Land ein Netzwerk von Sozalläden, in denen Lebensmittel zu günstigeren Preisen als im Supermarkt erworben werden können. 2018 eröffnete er in der Stadt Orhei, wo seine politische Karriere als Bürgermeister begann, einen kostenlosen Freizeitpark namens OrheiLand.

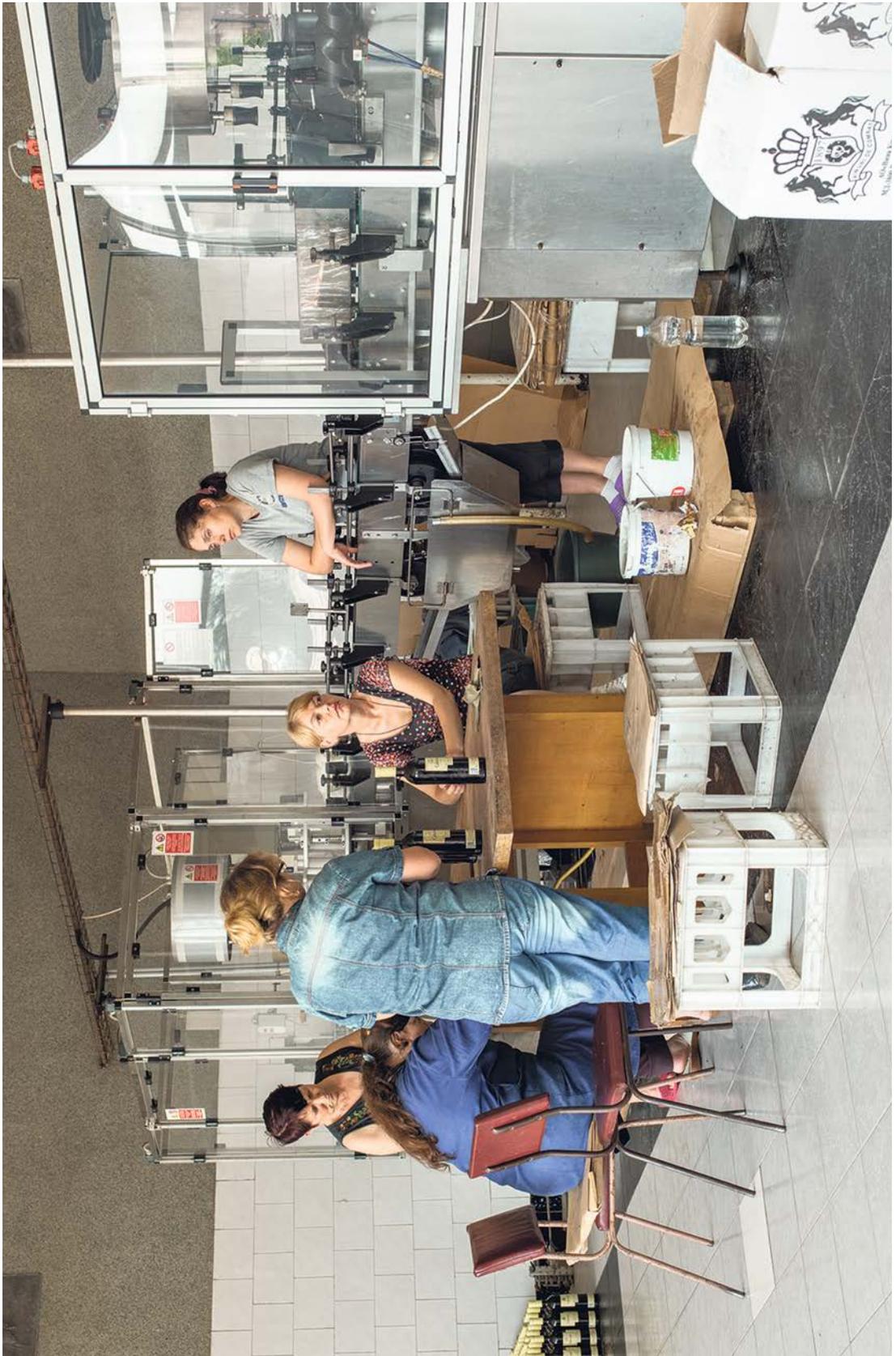
Neben Şor und den mit ihm affilierten Politiker*innen gibt es auch prorussische Akteure aus den Reihen der beiden moldauischen Parteien der Sozialisten und Kommunisten sowie Amtsträger*innen ohne parteiliche Zugehörigkeit wie den gagausischen Abgeordneten Victor Petrov, der mutmaßlich Verbindungen zur russischen Mafia hat und ebenfalls mit sozialen Projekten auf Stimmenfang geht.⁹ Er trat bei den *Başkan*-Wahlen in Gagausien im vergangenen Jahr an, belegte aber nur den dritten Platz.

LEAKS AUS DEM KREML

Ein am 15. März 2023 von einem internationalen Journalistenkonsortium gelecktes Dokument aus der Abteilung für Beziehungen zu Nachbarländern des russischen Präsidialamtes von 2021 offenbart, dass der Kreml tatsächlich Pläne verfolgt, die Republik Moldau bis 2030 mithilfe hybrider Kriegstrategien zu destabilisieren und letztendlich in einen russischen Satellitenstaat zu verwandeln.¹⁰ Das Dokument beschreibt, wie eine „ablehnende Haltung gegen die NATO in der moldauischen Gesell-

⁹ Vgl. Elena Celak, Der Kandidat für das *Başkan*-Amt für Gagausien Victor Petrov: Ein Gehalt von 2,5 Tausend Lei in 2 Jahren und Millionen auf den Namen seiner Frau (russisch), 26. 4. 2023, <https://nokta.md/strong-kandidat-v-bashkany-gagauzii-viktor-petrov-zarplata-v-2-5-tysyachi-leev-za-2-goda-i-milliony-na-imya-zheny-strong>.

¹⁰ Vgl. Marcela Zamosteanu et al., Kremlin's Plan for Moldova, 17. 3. 2023, www.rise.md/english/kremlins-plan-for-moldova.



Comrat, 29. Mai 2014
© Andrea Diefenbach

schaft und in politischen Kreisen“ erzeugt sowie die Beziehungen zu Russland durch die Förderung der Orthodoxen Kirche und der russischen Sprache gestärkt werden sollen. Langfristige Ziele umfassen die Schaffung stabiler prorussischer Einflussgruppen in den politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes sowie die Integration in die EAWU und ein kollektives Sicherheitsbündnis. Es wird auch die Eröffnung eines russischen Konsulats in der gagausischen Hauptstadt Comrat bis 2022 erwähnt, was jedoch bisher nicht erfolgt ist. Das Dokument ähnelt stark einem vergleichbaren, im Februar 2023 geleakten Papier, das Strategien für eine russische Kontrolle über Belarus bis 2030 beschreibt.

GAGAUSIEN: HASS DURCH MINDERHEITENPOLITIK

Das autonome Territorium Gagausien im Süden der Republik Moldau besteht nicht aus einem durchgehenden Gebiet, sondern setzt sich aus einem größeren Territorium mit der Hauptstadt Comrat, einem südlichen Areal um die Stadt Vulcănești sowie zwei kleinen Exklaven zusammen.

Schon vor der offiziellen Unabhängigkeit Moldaus von der Sowjetunion im Jahr 1991, die seinerzeit absehbar war, erklärte sich Gagausien 1990 zur eigenständigen Sowjetrepublik. 1994 einigte man sich dann doch auf die Wiedereingliederung in die Republik Moldau, allerdings unter Wahrung besonderer Autonomierechte. Im Gegensatz zum de facto unabhängigen Transnistrien kam es in Gagausien nie zu einem militärischen Konflikt. Das Misstrauen gegenüber Chișinău blieb hoch: Anfang Februar 2014 wurde in Gagausien ein zweiteiliges Referendum abgehalten. Damals stimmten rund 99 Prozent der Wähler*innen dafür, dass die Region ihre Unabhängigkeit erklären solle, falls die Republik Moldau ihre Souveränität als Staat verliere, sprich sich Rumänien anschließen sollte – ein ziemlich unwahrscheinliches Szenario. 98 Prozent stimmten zudem für einen Beitritt Moldaus zur von Russland geführten Wirtschaftsunion – und 97 Prozent gegen die EU-Integration Moldaus. Das Referendum wurde von der moldauischen Regierung als illegal eingestuft.

Gagausien hat ein eigenes Parlament, eine eigene Regierung und ein eigenes Staatsoberhaupt, den *Başkan*, und unterliegt gleichzeitig der moldauischen Gesetzgebung. Laut offiziellen Anga-

ben der gagausischen Regierung leben in diesem Gebiet 155 646 Menschen, wovon 82 Prozent zur ethnischen Gruppe der Gagausen gehören, einem Turkvolk, das im späten 18. beziehungsweise frühen 19. Jahrhundert aus Bulgarien in das heutige Territorium einwanderte. Neben Gagausisch ist Russisch als Sprache in dieser Region am weitesten verbreitet, es ist als Lingua franca die Sprache der Politik, der Bildung und der meisten Medien vor Ort.

Neben der alltäglichen Verwendung der russischen Sprache sind auch russischsprachige Nachrichtenkanäle populär. Einige davon sind lokal und prorussisch ausgerichtet, wie auch die „öffentliche“ Sendeanstalt Gagauziya Radio Televizionu (GRT). Daneben gibt es lokale prorussische Medien wie beispielsweise das Nachrichtenportal gagauznews.com, das mit Victor Petrov in Verbindung steht. Obwohl das Portal als gagauznews.md aufgrund von Kriegshetze und Befürwortung des russischen Angriffskriegs von den moldauischen Behörden verboten wurde, ist es unter der geänderten Domain weiterhin aktiv und auch in den sozialen Netzwerken präsent. Ein weiterer Informationskanal ist die Direktübertragung aus Russland über Kabelfernsehen, obwohl solche Kanäle eigentlich im Zuge der russischen Invasion in die Ukraine von den moldauischen Behörden verboten wurden. Zusätzlich gewinnen Plattformen wie TikTok und Telegram an Bedeutung.

PRORUSSISCHES MEDIENBILD

Die Wahlen in Gagausien wurden von Vorwürfen der Wählerbestechung begleitet. Obwohl der *Başkan* von Amtes wegen Mitglied der moldauischen Regierung ist, hat Präsidentin Maia Sandu die gewählte Gouverneurin Evghenia Guțul immer noch nicht in die Regierung aufgenommen. Diese Verzögerung ist möglich, da das Gesetz keinen konkreten Zeitrahmen vorgibt, innerhalb dessen die Aufnahme erfolgen muss.

Die Wahlen in dem kleinen Gagausien wurden in russischen Staatsmedien ausführlich und einseitig behandelt. Es waren offensichtliche Parallelen zur russischen Berichterstattung über die Ukraine zu beobachten: Das „Regime Maia Sandus“ wurde beschuldigt, die russischsprachige Bevölkerung in Gagausien zu benachteiligen, politische Gegner zu unterdrücken und „russo-phob“ zu sein. Die staatliche russische Nachrichtenagentur RIA Novosti titelte sogar am 5. Mai:

„Fatale Entscheidung. Moldau bewegt sich auf einen Bürgerkrieg zu.“¹¹ Im März 2023 veröffentlichte Guțul in ihren Social-Media-Kanälen ein Foto mit Putin, das während eines Besuchs in Russland aufgenommen wurde. Vor Guțuls Rückkehr nach Moldau häuften sich Berichte in den (pro)russischen Medien, die die sofortige Verhaftung der Gouverneurin bei ihrer Ankunft in Moldau aufgrund der vermeintlichen „Repressionen“ durch die Regierung Sandu vorhersagten, wozu es aber nicht kam.

TRANSNISTRIEN: SOZIALISTISCHE NOSTALGIE

Transnistrien, ein De-Facto-Staat mit der Eigenbezeichnung „Pridnestrowische Moldawische Republik“ (PMR), liegt auf der Landkarte als schmaler Streifen zwischen der Republik Moldau und der Ukraine. Die Verfassung Transnistriens nennt Moldawisch, Russisch und Ukrainisch als Amtssprachen, wobei Russisch in der Realität dominant ist. Moldawisch, das in kyrillischer Schrift geschrieben wird, ist eine Variante des Rumänischen und ist eine Konstruktion des sowjetischen Nationbuildings. Eine von der rumänischen Sprache vermeintlich verschiedene „moldawische“ Sprache sollte eine eigene Identität der Moldawischen Sozialistischen Sowjetrepublik begründen und von Rumänien abgrenzen. Die Zeit in Transnistrien scheint, so suggeriert zumindest das Bild der Hauptstadt Tiraspol, stillzustehen. Die transnistrische Flagge ist rot-grün-rot, mit einem gelben Hammer-und-Sichel-Symbol und einem Stern in der linken oberen Ecke – eine exakte Kopie der (zweiten) Flagge der Moldawischen Sozialistischen Sowjetrepublik, die von 1952 bis 1990 verwendet wurde. Selbst die Währung trägt wie in Russland den Namen Rubel und auf die Münzen ist ein Hammer-und-Sichel-Symbol geprägt.

Transnistrien erklärte 1990 seine Unabhängigkeit von Moldau, dessen eigene Unabhängigkeit im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion schon absehbar war. Transnistrien wird jedoch von der internationalen Gemeinschaft weiterhin als Teil Moldaus betrachtet, selbst Russland folgt dieser Politik. Der Konflikt zwischen Moldau und Transnistrien war 1990 zu einem bewaffneten Konflikt eskaliert, der 1992 in einen kurzen Krieg

mündete. Russische Verbände unterstützten seinerzeit Transnistrien, ein Waffenstillstand wurde noch im selben Jahr vereinbart. Die russischen Einheiten blieben als sogenannte Friedenstruppen in der Region. Derzeit gilt der Konflikt als eingefroren. Sollte Russland jedoch militärische Erfolge in der Ukraine verzeichnen, könnte es von Transnistrien aus versuchen, ganz Moldau zu annektieren.

DROHGEBÄRDEN AUS TIRASPOL

Der russische Einfluss in Transnistrien ist über Marionettenstrukturen weit verbreitet. Ein moldawisches Investigativmedium veröffentlichte 2016 etwa eine Recherche mit dem Titel „Republik Sheriff“, in der die Machenschaften des Konzerns Sheriff nachgezeichnet werden, wie dieser russische Interessen verfolgt und sich maßgeblich in die lokale Politik einmischt, aber auch bestens international vernetzt ist.¹² Ihm gehören nicht nur der bekannte Fußballclub Sheriff Tiraspol, sondern unter anderem auch der Spirituosenhersteller Kvint, diverse Supermärkte, Tankstellen, ein Telekommunikationsunternehmen und ein Sportkomplex.

Die Armut, verbunden mit der Angst vor einer Eskalation des Konflikts in Transnistrien, treibt viele in der separatistischen Region zur Landflucht und Emigration, wodurch die Bevölkerungszahl seit den 1990er Jahren stark zurückgegangen ist. Diese desolante Situation scheint auf der anderen Seite den Frust und somit die Anfälligkeit für russische Propagandanarrative zu verstärken.

Am 28. Februar 2024 fand in Tiraspol ein „Kongress für Abgeordnete aller Ebenen“ statt. Trotz vorheriger Befürchtungen kam es dabei nicht zu einer Bitte um Annexion durch Russland nach dem Muster der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk in der Ukraine. Der US-amerikanische Thinktank Institute for the Study of War hatte zuvor gewarnt, dass Transnistrien möglicherweise ein Referendum über den Anschluss an Russland abhalten könnte, um den russischen hybriden Krieg gegen Moldau zu unterstützen. In der Warnung wird beschrieben, dass die angebliche Notwendigkeit, russische Bürger und Landsleute in Transnistrien vor Bedrohungen durch Moldau oder die NATO zu

¹¹ <https://ria.ru/20230505/moldaviya-1869631418.html>.

¹² Vgl. Vladimir Thorik et al., (rumänisch) 30.6.2016, www.rise.md/articol/republica-sheriff-3.

schützen, den Vorwand für einen solchen Aufruf liefern könnte.¹³ Letztendlich verabschiedete der Kongress in Tiraspol lediglich eine Resolution, in der das russische Parlament darum gebeten wurde, angesichts des zunehmenden Drucks seitens der Republik Moldau Maßnahmen zum Schutz zu ergreifen, und wies darauf hin, dass 220 000 Bürger in Transnistrien russische Pässe besitzen.

Seit Jahresbeginn 2024 ist die Beziehung zwischen der Republik Moldau und dem separatistischen Transnistrien zusätzlich spannungsgeladen. Moldau hatte entschieden, Einfuhrzölle auf aus Transnistrien eingeführte Waren zu erheben, was zu Protesten und Drohgebärden führte, die ebenfalls im Kongress Ende Februar gipfelten. Dass die einzige offene Grenze Transnistriens die moldauische ist und damit Waren nur hier passieren können, bedeutet, dass Moldau die Oberhand hat und ökonomischen Druck aufbauen kann. Diesen scheint die moldauische Regierung zu nutzen, um mit nichtmilitärischen Mitteln Transnistrien wieder zu einer Eingliederung ins Staatsgebiet zu bewegen und so auch eine EU-Integration voranzutreiben.

FAZIT

Separatistische Tendenzen bilden ein gefährliches Einfallstor für die russische Einflussnahme in Moldau. Obwohl Gagausien dünn besiedelt ist – gerade einmal 5 Prozent der moldauischen Bevölkerung lebt dort – wird es von Russland, wie die aktuellen Entwicklungen zeigen, für eine gezielte Destabilisierung genutzt. In Gagausien kann derzeit beobachtet werden, wie prorussische Einflussgruppen geschaffen und eine ablehnende Haltung gegenüber der EU erzeugt wird. Gleichzeitig versucht die Republik Moldau dem entgegenzuwirken, etwa durch die moldauische Justiz, wie der Fall Guțul zeigt.

Auf die Frage hin, ob der Einfluss der Entwicklungen in Gagausien auf die Stabilität des gesamten Landes vielleicht überschätzt wird, sagt Valeriu Pașa von WatchDog: „Vielleicht ein bisschen, aber eben auch in Moskau. Sie brauchen

Gagausien als eine Art Insel mit starker prorussischer Einstellung, denn obwohl es klein ist, hat es einen autonomen Status und eine eigene Verwaltung. Das kann Russland ausnutzen, um Chișinăus Energie dauerhaft dorthin zu kanalisieren, sodass sie an anderer Stelle fehlt.“¹⁴ Ein ernstzunehmendes Problem ist auch, dass die EU zwar in Gagausien und Moldau investiert, dies aber nicht gut erkennbar und transparent kommuniziert, so Pașa. Wissen über EU-Investitionen kommt nicht in den Köpfen der Menschen an, die russische Desinformation schon, die die Welt auf den Kopf stellt: Viele in Gagausien glauben entgegen der tatsächlichen Verhältnisse, dass die meisten Investitionen in ihre Region aus Russland und nicht aus der EU stammen.

Der Fall Transnistrien ist in vielerlei Hinsicht verschieden. Es handelt sich zwar um eine prorussische Exklave mit russischem Militär, zugleich besteht – zumindest bislang – keine Verkehrsverbindung zu Russland. Die Schließung der Grenze zur Ukraine nach Beginn der russischen Großinvasion ermöglicht es der Republik Moldau, durch ökonomischen Druck eine Wiedereingliederung Transnistriens in die Republik Moldau voranzutreiben.

Beide abtrünnigen Territorien bilden zugleich Gefahrenherde für die moldauische Demokratie und die Pläne für eine europäische Integration. Russland unternimmt große Kraftanstrengungen, um durch Desinformation Einfluss zu nehmen – allerdings beschränkt sich diese nicht auf die beiden separatistischen Gebiete, sondern wirkt in der gesamten Republik Moldau. Zugleich versucht Letztere mit Unterstützung der EU und den USA dem entgegenzuwirken und bis 2030 tatsächlich Teil der Union zu werden. Die Präsidentschaftswahlen und das Referendum im Herbst 2024 dürften bestimmend dafür sein. Derzeit zeichnet sich jedenfalls trotz Russlands Bemühungen ein „Ja“ zum EU-Beitritt in der Bevölkerung ab.

Obwohl es viele Ungewissheiten gibt, lässt sich eines mit Sicherheit sagen: Die Zukunft der Republik Moldau wird aktuell nicht nur im Land selbst, sondern auch in der Ukraine entschieden.

YELIZAVETA LANDENBERGER

hat Philosophie, Jüdische Studien und Slawistik studiert und ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Ostslawische Literaturen und Kulturen der Humboldt-Universität zu Berlin tätig. Außerdem arbeitet sie als freie Journalistin.

13 Vgl. George Barros et al., Warning: Transnistria May Organize a Referendum on Annexation to Russia to Support Russian Hybrid Operation Against Moldova, 22. 2. 2024, www.understandingwar.org/backgrounders/warning-transnistria-may-organize-referendum-annexation-russia-support-russian-hybrid.

14 Vgl. Interview mit der Autorin (Anm. 8).

Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



Im Podcast „Aus Politik und Zeitgeschichte“ nehmen wir Sie mit zu unseren Expertinnen und Experten. Wir sind uns sicher, dass Sie und wir nach einer halben Stunde schlauer sind als vorher.

Neue Folgen gibt es einmal im Monat auf [bpb.de/apuz-podcast](https://www.bpb.de/apuz-podcast) und überall, wo Sie Podcasts hören.

STRATEGISCHE WENDE?

EU-Erweiterungspolitik in Südost- und Osteuropa

Barbara Lippert

Die Erweiterungspolitik der EU und ihrer Vorläufergemeinschaften war bis zur Aufnahme der EFTA-Länder 1995 kaum strategisch angelegt.⁰¹ Die EU reagiert, wenn Regierungen einen Antrag auf Aufnahme ihres Landes stellen oder dies ankündigen. An Aspiranten gab und gibt es dabei keinen Mangel. In allen Erweiterungsrounden seit 1973 machten sich zwar einzelne Mitgliedstaaten für den Beitritt des einen oder anderen Landes stark, aber von einer gemeinschaftlichen, proaktiven Strategie gegenüber ausgesuchten europäischen Drittstaaten konnte nicht die Rede sein. So spricht die EU traditionell von Erweiterung im Sinne einer Vergrößerung, jedoch nicht von Expansion, die eine zielgerichtete Aufnahme oder gar Rekrutierung von Ländern verfolgt.⁰² Auch die Praxis, mehrere Länder zum selben Zeitpunkt aufzunehmen, entsprang nicht einem geopolitischen Ansatz, wie es die Bezeichnungen „Nord-“ oder „Süderweiterung“ nahelegen könnten. Ohnehin befasste sich die EU im Zeichen von Grenzabbau und Transnationalität kaum mit der territorial-physischen Dimension des Binnenmarkts oder des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.⁰³

Erst mit Blick auf die nach 1989 möglich gewordene Osterweiterung entwickelte die EU eine umfassende Strategie, die die Europäische Kommission in der „Agenda 2000“⁰⁴ skizzierte. Das lag zum einen an der nie dagewesenen Größenordnung einer Erweiterung um zwölf Länder, die schließlich 2004 beziehungsweise 2007 beitraten. Zum anderen geriet die EU in die Rolle einer Transformationshelferin für die ostmitteleuropäischen Länder, die den Systemwechsel zu Demokratie und Marktwirtschaft mit der Perspektive einer späteren EU-Mitgliedschaft bewerkstelligen wollten. Dazu gab ihnen die EU einen Fahrplan an die Hand, der im Wesentlichen die Übernahme des politischen und rechtlichen Besitzstands der EU (*Acquis*) zum Inhalt hatten und an dessen Ende die Mitgliedschaft mit allen

Rechten und Pflichten stand. EU-Erweiterung war ein normativ-politisches Konzept, und nicht auf die Errichtung von Einflusszonen, Hegemonie oder Machtbildung gegenüber Nachbarn ausgerichtet. Mit Ausnahme des Beitritts von Kroatien 2013 gelang es der EU trotz aller Bemühungen nicht, die Erweiterungsprozesse zu dynamisieren und diese Erfolgsgeschichte in Südost- und Osteuropa fortzuschreiben. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau als Antwort auf Russlands Krieg seit 2022 könnte eine strategische Wende der Erweiterungspolitik einläuten, von der auch die sechs Länder des Westbalkans – Montenegro, Serbien, Nordmazedonien, Albanien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo – profitieren.

ERWEITERUNG UND POSTSOWJETISCHER RAUM

Die Öffnung Osteuropas nach dem Fall der Mauer 1989 brachte erste Anstöße für eine planvolle Erweiterungspolitik. Denn die EU musste sich mit der Perspektive auseinandersetzen, dass im Sinne von Artikel O EUV (Vertrag von Maastricht, heute Artikel 49 EUV) jeder europäische Staat einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen konnte. Angesichts der Transformationsprozesse in den Ländern, die den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und den Warschauer Pakt hinter sich gelassen hatten, wurde prinzipiell eine kontinentale Ausdehnung der EU auf mehr als 30 Länder möglich. Dabei unterließ es die Gemeinschaft bewusst, die Grenzen Europas zu definieren, und betonte vielmehr ihre Entscheidungsautonomie und prinzipielle Offenheit gegenüber Ländern, die ihre Werte – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Minderheitenrechte – und Regelwerke teilen.⁰⁵ Ihr Angebot zur Unterstützung der Transformationsprozesse durch das Hilfsprogramm PHARE richtete die EU zunächst an zehn ostmitteleuropäische Län-

der und dehnte es, ergänzt um das Schwesterprogramm CARDS, sukzessive auf die Nachfolgestaaten Jugoslawiens und Albanien aus. Anfang der 1990er Jahre zeichneten sich damit die Umrisse eines möglichen Erweiterungsraums ab.⁰⁶ Er schloss die drei baltischen Staaten ein, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR ihre wiedererlangte Souveränität durch EU- und NATO-Mitgliedschaft absichern wollten. Die übrigen postsowjetischen Staaten, die sich vorübergehend zu einer von Russland dominierten Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zusammenfanden, zählte die EU nicht dazu und ging auch nicht von Mitgliedschaftsambitionen aus. Das betraf in Südosteuropa auch die zwischen der Ukraine und Rumänien gelegene Republik Moldau, obwohl das Land historisch, kulturell und ethnisch eng mit Rumänien verbunden ist. Aus EU-Sicht war der Raum östlich ihrer Grenzen dreigeteilt: Ostmitteleuropa als unmittelbarer, Südosteuropa bis zur Türkei sowie Zypern und Malta als potenzieller Erweiterungsraum und außerhalb davon die GUS.

Das damalige Drängen der ostmitteleuropäischen Staaten auf rasche Aufnahme setzte die EU unter Zugzwang. Sie antwortete darauf in dem Sinne strategisch, dass sie bisherige Erweiterungsgrundsätze konsolidierte und als Beitrittskriterien von Kopenhagen bekanntgab.⁰⁷ Danach müssen neue Mitglieder den rechtlichen und po-

litischen *Acquis* in toto übernehmen und können nur befristete Übergangsregelungen beanspruchen. Verhandlungen werden bilateral im Rahmen von Regierungskonferenzen auf der Grundlage einer gemeinsamen Position der EU-Staaten geführt. Neue Mitglieder müssen politisch und wirtschaftlich kompatibel, das heißt demokratisch, rechtsstaatlich und marktwirtschaftlich verfasst sein. Auf dem Kopenhagener Gipfel 1993 proklamierten die zwölf Staats- und Regierungschefs, dass assoziierte Länder, die dies wünschen und die die Kriterien erfüllen, Mitglieder der EU werden können. Im Fokus standen somit zunächst jene Länder, mit denen die EU zwischen 1991 und 1996 sogenannte Europaabkommen unterzeichnet hatte oder aushandelte: Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Tschechien, Slowakei, Estland, Lettland, Litauen und Slowenien. Alle wurden 2004 beziehungsweise 2007 EU-Mitglieder.⁰⁸ Darunter war Slowenien der einzige Staat des früheren Jugoslawiens, der nicht in die Zerfallskriege hineingezogen worden war, die sich bis zum Kosovo-Krieg 1999 fortsetzten.

Eine Folge des dortigen NATO-Kampfeinsatzes war, dass auch die EU vom reaktiven Krisenmanagement zu einem strategischeren Engagement in Südosteuropa überging, in EU-Dokumenten seit 1998 auch „Westbalkan“ genannt.⁰⁹ Paradigmatisch steht dafür die 1999 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft initiierte internationale Koordinierungsplattform „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ mit den Schwerpunkten Wiederaufbau angesichts der Kriegszerstörungen sowie Aufbau der politischen Ordnung und Konfliktprävention. Zudem leitete die EU 2000 den regionalen Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess ein, der erstmals auch eine Beitrittsperspektive für die Nachfolgestaaten Jugoslawiens in Betracht zog. Zwischen 2001 und 2008 vereinbarte Brüssel bilaterale Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Kroatien, Albanien, Montenegro, der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) und Bosnien-Herzegowina. Kosovo zog erst 2014 nach. Es wird bis heute

01 Sofern der Bezug zu einem eindeutigen Zeitpunkt fehlt, wird vereinfachend von der EU gesprochen.

02 Gelegentlich wird die EU-Erweiterungspolitik nach 1989 als Ausdruck imperialer Politik behandelt, wobei die Herrschaftsordnung zwischen Zentrum und Peripherie im Inneren im Mittelpunkt steht. Vgl. Timothy Garton Ash, *Postimperial Empire. How the War in Ukraine Is Transforming Europe*, in: *Foreign Affairs* 3/2023, S. 64–75.

03 Vgl. Ludger Kühnhardt, *Raubbegriff und Grenzbewusstsein*, in: Peter Becker/Barbara Lippert (Hrsg.), *Handbuch Europäische Union*, Wiesbaden 2020, S. 289–303.

04 Vgl. Europäische Kommission, *Agenda 2000 – Eine stärkere und erweiterte Union*, KOM(97) 2000 endg., Brüssel, 15. 7. 1997. Auf die dort behandelten Fragen der Aufnahmefähigkeit der EU gehe ich nicht weiter ein.

05 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, *Europa und die Problematik der Erweiterung*, Brüssel, 24. 6. 1992, Punkt 7; siehe ferner Daniel C. Thomas, *The Limits of Europe. Membership Norms and the Contestation of Regional Integration*, Oxford 2021.

06 Für Malta, Zypern und die Türkei stellte die EU eigene Programme auf.

07 Zur sogenannten Erweiterungsdoktrin vgl. Barbara Lippert, *Alle paar Jahre wieder. Dynamik und Steuerungsversuche des EU-Erweiterungsprozesses*, in: *Integration* 4/2007, S. 422–439.

08 Mit der Türkei begannen 2005 die inzwischen eingefrorenen Verhandlungen, nachdem Ankara schon 1987 einen Antrag gestellt hatte.

09 Vgl. Europäischer Rat, *Schlussfolgerungen des Vorsitzes*, Wien, 11./12. 12. 1998.

nicht von Griechenland, Rumänien, Spanien, der Slowakei und Zypern anerkannt. In puncto Freihandel und wirtschaftliche Kooperation sind die SAA weniger ambitioniert als die Europaabkommen und legen zudem einen Schwerpunkt auf Befriedung sowie regionale Kooperation und Stabilität. Bis heute fehlt es an einer selbsttragenden Stabilität in der Region, die auf die zivil-militärische Präsenz und die aktive Diplomatie von EU, NATO, USA und UN angewiesen bleibt. Zwar wurde „Südosteuropapolitik“ Ende der 1990er Jahre zur Beitrittspolitik,¹⁰ allerdings ergänzt um Instrumente der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

SÜDOSTEUROPA UND RESTRIKTIVE WENDE

Die Osterweiterung 2004 war Höhepunkt und zugleich Endpunkt der Erweiterungsdynamik nach 1989. Zwar beeilte sich die EU 2003 in Thessaloniki, diesem Eindruck entgegenzutreten, und gab das Versprechen, dass die Zukunft der Länder des westlichen Balkans in der EU liege. Damit hatte sie sich selbst unter Erfolgsdruck gesetzt, sieben Länder heranzuführen, die angesichts massiver Governance-Defizite, unabgeschlossener Staatsbildungsprozesse und zwischenstaatlicher Konflikte weit von der Beitrittsreife entfernt waren und sind.

Ernüchtert über die eigene Entscheidung zur verfrühten Aufnahme von Rumänien und Bulgarien und absorbiert von den Schwierigkeiten nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags klärten die EU-Staaten 2006/07 untereinander noch einmal die Parameter für die Fortsetzung der Erweiterungspolitik. Der „erneuerte Konsens über die Erweiterung“¹¹ steht für eine restriktive Auslegung der Kopenhagener Kriterien im Sinne einer strikten Konditionalität und der Begrenzung der Beitrittsperspektive auf die Westbalkanländer und die Türkei. Die Botschaft lautete: Keine Ausdehnung des Erweiterungsraums auf Osteuropa.

10 Heinz-Jürgen Axt, Südosteuropapolitik, in: Jan Bergman (Hrsg.), Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden 2022⁶, S. 992.

11 Rat der Europäischen Union, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 14./15. 12. 2006; Europäische Kommission, Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen für den Zeitraum 2006–2007 mit Sonderbericht über die Fähigkeit der EU zur Integration neuer Mitglieder, KOM(2006) 649 endg., Brüssel 8. 11. 2006.

Symptome der Krise der Erweiterung waren mannigfaltig: EU-Mitgliedstaaten blockierten Beitrittsverhandlungen, weil sie bilateral im Streit mit dem betreffenden Kandidaten lagen. Das traf vor allem das heutige Nordmazedonien, dem Griechenland absprach, den Landesnamen „Mazedonien“ zu tragen¹² und von dem Bulgarien verlangt, in seiner Verfassung die bulgarische Minderheit zu erwähnen. Zwischen der ersten Empfehlung der Kommission 2009 und der tatsächlichen Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Skopje 2020 vergingen elf Jahre. Das geringe Tempo und die völlige Unbestimmtheit des Endes der Verhandlungen waren weitere Anzeichen für die Krise der Erweiterungspolitik. Kroatiens Beitritt 2013 (Antrag 2003) gab keine Impulse für die Region. Seit 2012 ziehen sich die Verhandlungen mit Montenegro und seit 2014 mit Serbien hin. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärte bei seinem Amtsantritt 2014, dass er nicht mit einer Aufnahme neuer Mitglieder in seiner Amtszeit, also bis 2019, rechne.¹³ In der Juncker-Kommission wurde die Generaldirektion für Erweiterung aufgelöst und zur Generaldirektion für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen unter einem Kommissar umgewandelt, was als Zeichen der geringen Ambition der EU gewertet wurde. Allenthalben war von Erweiterungsmüdigkeit die Rede, die sowohl die EU-Akteure als auch die Beitrittskandidaten und die öffentliche Meinung erfasste. Das gab auch den Anstoß, wieder stärker über Alternativen zur Mitgliedschaft nachzudenken, wie etwa eine Juniormitgliedschaft oder andere Formen privilegierter Nachbarschaft.¹⁴ Gespeist wurden diese Überlegungen durch die von Anbeginn kontroverse Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei 2005, aber auch durch die 2003 offiziell als Alternative zur Erweiterung lancierte Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP).

Das Interesse der EU an enger Kooperation mit Südosteuropa einschließlich der Türkei belebte sich angesichts des massiven Zustroms von

12 Vgl. Christophe Hillion, The Creeping Nationalisation of the EU Enlargement Policy, Swedish Institute for European Policy Studies (SIEPS), SIEPS Paper 6/2010.

13 Vgl. Jean-Claude Juncker, Political Guidelines for the Next European Commission, Strasbourg 15.7.2014, hier Punkt 9: A Stronger Global Actor.

14 Vgl. Barbara Lippert, Die EU und ihre Nachbarschaftsbeziehungen: etablierte Assoziierungsmodelle und neue Grundformen, in: *Integration* 2/2019, S. 83–96, hier S. 88.

Geflüchteten über die Balkanroute im Krisenjahr 2015. Zugleich nahm die EU eine wachsende geopolitische Konkurrenz mit Russland, China und auch der Türkei wahr, deren Präsenz und wirtschaftlich-politischer Einfluss in der Region stärker wurden. Rat und Kommission argumentierten deshalb, dass die Erweiterungspolitik die „(geo-)strategische Investition in Frieden, Stabilität, Sicherheit und wirtschaftliches Wachstum“¹⁵ sei. Einzelne Mitgliedstaaten wollten daraufhin die Beziehungen dynamisieren: 2014 startete etwa der Berliner Prozess mit dem Schwerpunkt auf regionaler Wirtschaftskooperation und 2018 ergriffen die deutsche und britische Regierung eine Initiative zur Wiederbelebung des Reformprozesses in Bosnien-Herzegowina. Außerdem legte die Kommission 2018 sechs Leitinitiativen vor, die ausdrücklich „eine glaubwürdige Erweiterungsperspektive für und ein verstärktes Engagement der EU gegenüber dem westlichen Balkan“ anvisierten.¹⁶ Im selben Jahr wurde zudem der Westbalkan-Gipfel lanciert, bei dem sich Staats- und Regierungschefs der EU und der sechs Länder treffen. 2020 einigte sich die Gemeinschaft auf eine „neue Methodologie“,¹⁷ um den Erweiterungsprozess dynamischer, glaubwürdiger und berechenbarer zu machen und im Fall von Reformrückschritten der Kandidaten die Unterstützung wieder zu reduzieren. Alle diese Bemühungen signalisierten, dass vor allem die Wirtschaft in den Westbalkanländern nicht schnell und stark genug wuchs. Für ausländische Investoren waren die Rahmenbedingungen angesichts von Korruption, Rechtsunsicherheit, Abwanderung von jungen Menschen, relativ kleinen und fragmentierten Märkten, geringer Kaufkraft der Bevölkerung und unsicheren Entwicklungsperspektiven wenig attraktiv.

Vom möglichen EU-Beitritt der Ukraine und dem derzeitigen neuen Momentum für die Erweiterungspolitik profitieren auch die Staaten des Westbalkans. Österreich und Ungarn stehen dabei an der Spitze der Länder, die eine geografische Balance einfordern. Die Westbalkanländer

sollen sich trotz der unveränderten Beitrittsdefizite nicht abgehängt fühlen und von dem Osteuropa-Trio Ukraine, Moldau und Georgien überholt werden. Als der Europäische Rat im Juni 2022 den Kandidatenstatus an die Ukraine und Moldau vergab, zog das eine gleichgerichtete Entscheidung für Bosnien-Herzegowina im Dezember 2022 nach sich und im März 2024 für die an Vorbedingungen gebundene Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Sarajewo. 2022 gab der Europäische Rat schließlich grünes Licht für die Verhandlungen mit Nordmazedonien und Montenegro.

NACHBARSCHAFTSPOLITIK ALS ABHALTESTRATEGIE

Die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 und die damals lancierte ENP zeigten, dass die EU auf eine Ordnung im „größeren Europa“ hinarbeiten wollte, in der sie selbst von einem „Ring verantwortungsvoll regierter Staaten“¹⁸ umgeben wäre. Diesen Staaten bot die EU alles außer Institutionen an, also so viel funktionale Kooperation und Integration wie unterhalb der Mitgliedschaft möglich wäre, um eine „Zone des Wohlstands und der guten Nachbarschaft“ zu schaffen.¹⁹ Adressaten dieser „Erweiterung light“ im „größeren Europa“ waren die drei Südkaukasus-Staaten sowie die Ukraine, Moldau und mit Einschränkungen Belarus. Russland gehörte auch nach eigenem Willen nicht zu den ENP-Ländern. Zugleich schloss die EU ihrerseits eine punktuelle Mitwirkung Moskaus nicht prinzipiell aus. Brüssel engagierte sich nach dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien auch für die zahlreichen regionalen Kooperationsinitiativen unter Schwarzmeer-Anrainerstaaten, darunter Russland und die Türkei.²⁰

Die ENP sollte insbesondere die Ukraine und andere davon abhalten, Mitgliedschafts-

15 So die Formel des Rats seit 2016 mit fortlaufendem Zusatz. Vgl. Council of the EU, Presidency Conclusions, 13. 12. 2016, 15536/16.

16 Europäische Kommission, Eine glaubwürdige Erweiterungsperspektive für und ein verstärktes Engagement der EU gegenüber dem westlichen Balkan, COM(2018) 65 final, 6. 2. 2018.

17 Dies., Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan, COM(2020) 57 final, 5. 2. 2020.

18 Rat der Europäischen Union, Ein sicheres Europa in einer besseren Welt – Europäische Sicherheitsstrategie, 12. 12. 2003.

19 Romano Prodi, A Wider Europe – A Proximity Policy as the Key to Stability, Sixth ECSA-World Conference, 5./6. Dezember 2002; vgl. Europäische Kommission, Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn, Kom(2003)104 endg.

20 Vgl. Barbara Lippert, Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Diskussion – Konzepte, Reformvorschläge und nationale Positionen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007, <http://library.fes.de/pdf-files/id/04736.pdf>, S. 13 ff.



Cirpești, 18. September 2013
© Andrea Diefenbach

anträge zu stellen. Innerhalb der EU setzten vor allem Polen und andere ostmitteleuropäische Staaten auf die Reformkräfte, die die „Rosenrevolution“ in Georgien und die „Orange Revolution“ in der Ukraine 2003/04 getragen hatten, und drängten auf eine Mitgliedschaftsperspektive für die Länder. Dem kam die EU weder in den durch vertiefte und umfassende Freihandelsbestimmungen ergänzten Assoziierungsabkommen (AA/DCFTA) mit der Ukraine, Georgien und Moldau noch durch ein mit den Gipfelinhalten von Thessaloniki vergleichbares Versprechen nach. Gleichzeitig führten die manifesten Konflikte, die zumeist von Moskau ausgingen, mehrfach zur Revision der ENP: Der georgisch-russische Krieg 2008 brachte die Östliche Partnerschaft (ÖP) mit Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine auf den Weg und beschleunigte die Verhandlungen über AA/DCFTA mit der Ukraine, die 2008 und mit Georgien und Moldau 2010 begannen. Armenien konnte wegen des Drucks aus Moskau nur ein abgespecktes „Umfassendes und vertieftes Partnerschaftsabkommen“ mit der EU vereinbaren. Belarus mit der größten Nähe zu Russland war bis 2021 nur punktuell in multilaterale Formate der ÖP einbezogen. Aserbaidschan strebt eine rein transaktionale Beziehung mit Brüssel an.

Die EU entwickelte also vor 2022 eine differenzierte Politik für das externe Regieren gegenüber den ÖP-Ländern. Im Mittelpunkt stand nicht Transformation, sondern Stabilität in der Region, verbunden mit einer Option zur politischen Assoziierung und wirtschaftlichen Integration.²¹ Mit dieser Offerte machte die EU einerseits klar, dass sie die Beziehungen zu den ÖP-Ländern nicht länger als Unterfall der Russlandpolitik behandeln will. Aber die Gemeinschaft ignorierte, welche Folgen es für die assoziierten Länder haben würde, wenn sie sich normativ, politisch und wirtschaftlich auf die EU zubewegen und damit in einen Gegensatz zum russischen Regime und seinem imperialen Machtanspruch geraten. Dass dieser Ansatz auf eine Pufferzone zwischen EU und Russland hinauslief, wurde in der EU kaum reflektiert. Wie der Erweiterungspolitik fehlte auch der ENP eine außen- und sicherheitspolitische Komponente, was sich angesichts eines zu-

nehmend antagonistischen Umfelds als gravierendes Defizit herausstellen sollte.²² Brüssel wich einer Auseinandersetzung mit Moskau über ihre gegenläufigen Ordnungsvorstellungen in den Nachbarschaftsländern aus. Erst Russlands Drohungen und politische Intervention gegen den Abschluss des AA/DCFTA mit der Ukraine 2013 und die nachfolgende völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014 bedeuteten einen geopolitischen Weckruf. Die Rivalität mit Moskau wurde zur Grundlage der ÖP, wozu Sanktionen gegen Moskau und eine Intensivierung der Kooperation mit den ÖP-Ländern gehörten.

KRIEG ALS GAMECHANGER

Dennoch steuerte die EU bis zur russischen Vollinvasion in der Ukraine ihre Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik auf zwei getrennten Gleisen. Als Antwort auf den russischen Angriffskrieg vollzog sie im Juni 2022 einen Kurswechsel und setzte Moldau, die Ukraine und Georgien auf das Erweiterungsgleis. Die Erweiterung wird seitdem vor allem sicherheitspolitisch begründet (Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine) und dient dazu, den Einfluss Russlands einzudämmen und ihm entgegenzuwirken. Sicherheitspolitische Grauzonen sollen in Europa verhindert oder minimiert werden. Da Russland gleichermaßen die Sicherheit der EU- und NATO-Länder bedroht, ist der neu abgesteckte Erweiterungsraum zu einem Raum gemeinsamer Sicherheit beziehungsweise Unsicherheit geworden. Diese geopolitische Logik diktiert ein hohes Erweiterungstempo. Die EU bekräftigt andererseits, dass es keine Schnellspur zum Beitritt und keinen Rabatt auf die Beitrittskriterien geben soll. Hier stoßen Geo- und Integrationspolitik aufeinander. Offen ist, ob die EU nicht nur deklaratorisch auf eine primär „strategische Erweiterung“²³ umschwenkt.

²² Vgl. Barbara Lippert, EU-Erweiterungspolitik in der Zeitenwende: Zäsur oder business as usual?, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 3/2023, S. 475–485; dies., Eine geopolitisch wachgerüttelte EU und ihre osteuropäischen Nachbarn: mehr Realismus, mehr Investitionen, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 62/2019.

²³ Vgl. Sören Keil/Bernhard Stahl, EU Enlargement in Times of Crisis: Strategic Enlargement, the Conditionality Principle and the Future of the „Ever-Closer Union“, in: Mechthild Roos/Daniel Schade (Hrsg.), The EU Under Strain? Current Crises Shaping European Union Politics, Berlin–Boston 2024, S. 155–172.

²¹ Vgl. Europäische Kommission, Überprüfung der Nachbarschaftspolitik, JOIN 2015(50) endg.

Wenn die EU ihre „strategische Verantwortung“²⁴ herausstellt, dann bedeutet das etwa, die Komplementarität von EU- und NATO-Mitgliedschaft künftig zu einem wichtigen Gesichtspunkt der EU-Erweiterungspolitik zu machen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie künftig die Sicherheit der Ukraine zu gewährleisten ist. Bis dato wurde die Sicherheit eines neuen EU-Mitglieds in den meisten Fällen durch dessen vorhergehenden Beitritt zur NATO gewährleistet, was etwa für Montenegro, Nordmazedonien und Albanien zutreffen würde und eine Option für die übrigen Westbalkanstaaten bleibt. Angesichts dieser Ausgangskonstellation kam dem EU-Beistandsartikel 42 (7) EUV kaum Bedeutung zu. Das ist mit Blick auf die Ukraine und Georgien anders, weil sie in absehbarer Zeit nicht NATO-Mitglied werden dürften und Moldau eine Kooperation mit der NATO unterhalb einer Mitgliedschaft anstrebt. Selbst wenn die EU den Beistandsmechanismus vorab auf diese Kandidaten ausdehnen würde, wäre es doch zentral, dass sie ein solches Versprechen mit glaubwürdigen militärischen Fähigkeiten und dem politischen Willen untermauert, tatsächlich Hilfe leisten zu können.

Vor diesem Hintergrund und unabhängig davon, wer in den USA ab Januar 2025 regieren wird, werden die Europäer erheblich mehr Verteidigungslasten übernehmen müssen. Damit könnten sie in Zukunft selbst zu Sicherheitsanbietern werden, sei es im NATO- oder auch im EU-Rahmen. Mit Blick auf die künftige Sicherheit der Ukraine und Moldau haben die vier europäischen G7-Staaten Anfang 2024 bilaterale Vereinbarungen über die Sicherheitskooperation mit der Ukraine geschlossen. Die EU hat kürzlich mit Moldau eine politische Erklärung über die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft abgeschlossen, in der es unter anderem um die Abwehr hybrider Bedrohungen geht. Die Union unterstützt zudem über die Europäische Friedensfazilität und andere Programme Waffenlieferungen von EU-Staaten an die Ukraine und die Produktion beziehungsweise die Beschaffung von Munition. Insgesamt wird die Erweiterungspolitik also stärker in die Entwicklungsziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich

der Verteidigung eingebettet, für deren Umsetzung die Kommission in den vergangenen zwei Jahren eine Serie von konkreten Vorschlägen auf den Weg gebracht hat.²⁵ Sie bezieht etwa die Ukraine ein in aktuelle Pläne für die Stärkung der verteidigungstechnologischen-industriellen Basis, um den Aufbau von militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten zu beschleunigen und abzustimmen. Dies ist ein Beispiel für die schrittweise Integration, die sich nun auch auf die Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihren Unterbau bezieht.

SCHRITTWEISE INTEGRATION

In den meisten Ländern des Westbalkans ist – anders als in Moldau und selbst unter Kriegsbedingungen in der Ukraine – wenig Momentum für Reformen zu erkennen. Auch deswegen entwickelt die EU ihre Erweiterungsmethode inkrementell weiter. Sie stellte im Juni 2022 etwa die Weichen für eine gradualistische Erweiterungspolitik, um „die schrittweise Integration zwischen der Europäischen Union und der Region [dem Westbalkan] bereits während des Erweiterungsprozesses auf umkehrbare und leistungsorientierte Weise weiter voranzubringen“.²⁶ Durch solche Zwischenschritte sollen Fortschritte in einzelnen Sektoren unmittelbar, also vor dem förmlichen Beitritt eines Landes, durch Finanzhilfen, Zugang zu Teilen des Binnenmarkts sowie die Teilhabe an Programmen und Agenturen der EU belohnt werden. Schon die AA/DCFTA haben diese Möglichkeiten eröffnet, aber die EU will dies nun für alle Kandidaten systematischer betreiben. Der neue Wachstumsplan für den Westbalkan mit seinen vier Pfeilern geht in diese Richtung.²⁷ Erwartet wird so eine schnellere wirtschaftliche Integration basierend auf EU-Regeln und Standards im Gemeinsamen Regionalen Markt, der 2020 im Rahmen des Berliner Prozesses vereinbart wurde. Allerdings geht die EU nicht zu einem regionalen Ansatz über, sondern hält am „Regatta-Prinzip“ fest, sodass jedes Land einzeln das Ziel erreichen muss. Dabei konkur-

²⁵ Vgl. Markus Kaim/Ronja Kempin, Von Zeitenwende zu Zeitenwende – die Neuvermessung der amerikanisch-europäischen Sicherheitsbeziehungen, SWP-Studie 15/2024.

²⁶ Europäischer Rat, Schlussfolgerungen, EUCO 24/2, 24.6.2022.

²⁷ Vgl. Europäische Kommission, New Growth Plan for the Western Balkans, Brüssel 2023, COM(2023) 691 final.

²⁴ Josep Borrell, Sicherheit und Verteidigung der EU – ein Ausblick, 8.8.2022, www.eeas.europa.eu/eeas/sicherheit-und-verteidigung-der-eu-%E2%80%93-ein-ausblick_de.

rieren die sechs Westbalkanländer untereinander und mit der Ukraine und Moldau um Aufmerksamkeit, Ressourcen und politische Unterstützung, was in einigen Westbalkanstaaten konsequentere Reformen befördern könnte.

Es fehlt allerdings noch an konkreten Plänen, wie die schrittweise Integration der Beitrittsländer in den Binnenmarkt ohne Friktionen bewerkstelligt werden kann. Zudem dürfte die schrittweise Übernahme des Binnenmarkt-Acquis mit erheblichen Finanztransfers einhergehen. Die Regierungen der Westbalkanländer haben in den zurückliegenden zehn Jahren die Governance-Defizite in ihren Ländern nicht abgebaut, worin das Haupthindernis für schnellere Beitritte liegt. Die EU kündigt nun an, Prozesse auch umkehren zu wollen, also ihre Unterstützung bei ausbleibenden oder rückläufigen Reformen in einem Beitrittsland zu reduzieren. Als politisches Signal kann das sinnvoll sein, praktisch und auch politisch dürfte sich diese Maxime aber weder zügig noch treffsicher umsetzen lassen. Schrittweise Integration böte aber ein Sicherheitsnetz, sollten Beitrittsverhandlungen stillstehen oder gar scheitern.

AUSBLICK

Eine geopolitische Wende in der Erweiterungspolitik sollte keinen Bruch mit der Konditionalitätspolitik herbeiführen. Denn das wäre integrationspolitisch brisant und würde die Funktionsfähigkeit und den Zusammenhalt der EU gefährden. Die Europäische Kommission hat seit Februar 2022 die geopolitische Dimension der Erweiterungspolitik und die Verzahnung der GSVP mit den Gemeinschaftspolitiken vorangetrieben. Dennoch ziehen die EU-27 nicht an einem Strang und setzen die Prioritäten zwischen geo- und integrationspolitischen Zielen unterschiedlich. Die vereinbarte schrittweise Integration ist eine Kompromissformel, die die Unterschiede abmildern und zugleich die Beitrittsprozesse beschleunigen könnte. Für die Beitrittsverhandlungen im engeren Sinne bringt die EU, vor allem die Kommission und der Rat, viel Erfahrung und Lösungskompetenz mit. Die Hürden liegen neben der Erfüllung der „fundamentals“ seitens der Aspiranten im sicherheitspolitischen Umfeld.

Grundsätzlich wird die EU ihre künftige Erweiterung gegen Russland verfolgen und mili-

tärisch – aus eigener Kraft und in Kooperation mit der NATO – begleiten und absichern müssen. Dabei geht es um eine qualitativ und materiell völlig andere Dimension als das sicherheitspolitische Engagement auf dem Westbalkan über die vergangenen Jahrzehnte. Auch die Mittel für den Wiederaufbau in der Ukraine und Moldau spielen sich in einer neuen Größenordnung ab und müssten schon gegenwärtig mit der schrittweisen Integration in die EU verbunden werden. Das erfordert über einen sehr langen Zeitraum hinweg enorme Steuerungskapazitäten seitens der EU, für die sie eine überzeugende und umsichtige politische Führung benötigt.

BARBARA LIPPERT

ist promovierte Politikwissenschaftlerin und Forschungsdirektorin des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf Fragen der Erweiterung und Reform der EU sowie der deutschen Europapolitik.

APuZ-
Newsletter
abonnieren
www.bpb.de/newsletter

Der Newsletter informiert Sie etwa 30 mal im Jahr per E-Mail über die Beiträge der aktuellen Ausgabe sowie über kommende Themenschwerpunkte, den jährlichen „Call for Papers“ und Veranstaltungen.

MOLDAU ON THE MOVE

Migrationsbewegungen gestern, heute und morgen

Jana Stöxen

Einige der Passagiere im Reisebus nesteln nervös an ihren Pässen, bevor die Grenzkontrolle nach Rumänien kommt. Das Land ist so nah und dennoch beginnt hier die Europäische Union. Während in Moldau ihre Staatsangehörigkeit nebensächlich bleibt, ist sie für die EU ein Eintrittskriterium, das darüber entscheidet, ob die Grenzüberquerung mit mehr oder weniger Aufwand verbunden ist. Viele der Passagiere sind auch – wenn auch nicht ausschließlich – Europäer:innen. Ihr Herkunftsort, die Republik Moldau, steht allerdings derzeit noch außerhalb der politischen Gemeinschaft, die Schutz, aber auch die Einbindung in beispielsweise Verkehrs- und Arbeitsinfrastrukturen verspricht.

Diese Szene trägt sich täglich in den Bussen zu, die Moldauer:innen nach Berlin, Bremen, Baden-Baden, Bologna oder Barcelona bringen; sie transportieren Menschen und ihr Gepäck. Diese Menschen sind in vielen Fällen Arbeitsmigrant:innen, die ihr Heimatland übergangsweise verlassen, um anderswo Geld zu verdienen. Wo genau dieses „Anderswo“ liegt, ist dabei nicht genau festgelegt, zu sehr wird ihre Mobilität von verschiedenen inneren und äußeren Faktoren beeinflusst. Was zählt, ist jedoch, dass sie ihr Leben und das ihrer Angehörigen durch einen gewissen Grad an Mobilität bestreiten. Dank jenen, die das Land verlassen, oft aber auch immer wieder zurückkehren, ist Moldau *on the move*.

Migration wird in Debatten häufig populistisch aufgeladen und auf wirtschaftliche Motivationen zurückgeführt. Während sie binär in Kategorien von „Erfolg“ oder „Scheitern“ eingeordnet wird,⁰¹ sind individuelle Verläufe über die Rolle des „homo oeconomicus“ allein kaum zu erklären.⁰² Ideen darüber, was ein „gutes Leben“ ausmacht, wie Sicherheit aussieht, wie man beides zu erlangen gedenkt und wie groß die eigene Ri-

sikobereitschaft ist, haben ebenfalls ihren Anteil daran, sodass die mechanisch wirkende Einteilung in „Push-“ und „Pull-Faktoren“⁰³ zwar einen ersten, aber doch keinen tiefeschürfenden Erklärungsansatz bietet.

WARUM, WOHER, WOHIN UND WIE WEITER?

Wenn von Migration im moldauischen Kontext gesprochen wird, geht es nahezu immer um die Abwanderung, die zwar auch temporär und unvollständig sein kann, aber immer doch zunächst einen Schritt weg vom Heimatland bedeutet. Die Republik Moldau weist hier einige Gemeinsamkeiten mit anderen, vormals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas auf, sodass sich eine strukturelle Anlehnung an die unterschiedlichen Phasen anbietet, die der Kulturanthropologe Pietro Cingolani für die rumänisch-italienische Migrationsverbindung⁰⁴ vorschlägt: Während in der „Discovery-Phase“ der 1990er Jahre zunächst neue Länder als Arbeitsmärkte entdeckt und erschlossen wurden und in dieser Zeit vor allem Männer als „Pioniere“ migrierten, konsolidierte sich diese Entwicklung um die Jahrtausendwende nach und nach, indem bestehende Migrationsmuster ausgebaut und verstärkt wurden. Migration diversifizierte sich im Hinblick auf Tätigkeitsfelder sowie Zielgruppen, da nun auch mehr Frauen migrierten. Fortan intensivierten sich die Möglichkeiten zirkulärer Migration immer mehr. Schließlich fielen 2007 für viele Moldauer:innen mit doppelter Staatsangehörigkeit durch den Beitritt Rumäniens zur EU auch zahlreiche Zugangsbeschränkungen weg, wobei insbesondere die Arbeitnehmer:innenfreizügigkeit, die – je nach EU-Land – in den folgenden sieben Jahren erlangt wurde, eine weitere Erleichterung darstellt. Indes waren

die Corona-Pandemie und der anhaltende russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit 2022 erhebliche Zäsuren für die moldauische Mobilität sowie für die geopolitische Position des Landes insgesamt.

Entlang dieser Einteilung in *gestern* – die 1990er und frühen 2000er Jahre, die Jahre der „Entdeckung“ und „Konsolidierung“ der Migrationsbewegung –, *heute* – den aktuellen Status quo – und *morgen* – die Aussichten – lassen sich Entwicklungen, Konsequenzen und Perspektiven des moldauischen Migrationsgeschehens skizzieren sowie in größere, politische, ökonomische, soziale und kulturelle Zusammenhänge einbetten. Diese Aspekte sind sodann in der Lage, das Land, das häufig als Peripherie vor den Toren der EU gerahmt wird, und seine Themen vergleich- und anknüpfbar zu machen.

Gestern

Das Staatsgebiet der Republik Moldau war bis 1991 Teil der Sowjetunion. Deren Zerfall weckte zwar zahlreiche Hoffnungen, entfachte aber mindestens ebenso viele Krisen: Demokratie und Marktwirtschaft ließen sich nicht einfach überstülpen. Durch die Leerstelle, die das vergangene System hinterließ, entstanden politische Instabilität und wirtschaftliche Fragilität, die sich in Form von Arbeitslosigkeit, Armut, Korruption und undurchsichtigen Strukturen auch sozial erheblich auswirkten. Demnach war der Schritt vorwärts in die Unabhängigkeit gleichermaßen ein erheblicher Rückschritt.⁰⁵ Die öffentliche Hand war nun deutlich schwä-

cher ausgebildet, der Zugang zu sozialer Sicherung verkomplizierte sich und etwa das Bildungs- und das Gesundheitswesen litten, sodass trotz der weit größeren Freiheiten eine erhebliche Verschlechterung des Lebensstandards eintrat.

Die wenigstens temporäre Mobilität in Form der Arbeitsmigration bot für zahlreiche Menschen einen Ausweg aus dem sozioökonomischen Abstieg; die Praxis, zumindest zeitweise etwas Geld im Ausland zu verdienen oder den eigenen (Bildungs-)Weg dort fortzusetzen, entwickelte sich daher unter dem enormen Druck im Land zu einer Bewältigungsstrategie⁰⁶ und auch die Landflucht – deren Folge etwa die Überalterung in ländlichen Gebieten ist – kann in diesem Licht verstanden werden. Zwischen 1999 und 2005 verließen laut offiziellen Schätzungen knapp eine halbe Million Menschen das Land, darunter etwa doppelt so viele Männer wie Frauen – die Dunkelziffer mag insgesamt jedoch noch weit darüber liegen; bis zu einer Million Menschen, die zeitweise migrierten, sind denkbar.⁰⁷

Die Systemtransformation der Republik Moldau und die Entwicklung dieser Migrationsbewegung stehen also in direktem Zusammenhang. Dem Phänomen der Migration kann für die moldauische Gesellschaft eine mindestens ebenso starke Prägkraft zugeschrieben werden wie dem sowjetischen Einfluss, der zuvor auf allen Ebenen gewirkt, seine einhellige Deutungsmacht aber verloren hatte. Dies zeigt sich auch an der Wahl der Zielländer: Während zunächst die GUS-Staaten (insbesondere Russland) präferiert wurden, rückten dann Südeuropa (etwa Italien, Spanien) und die Türkei – sicherlich auch aus Gründen der sprachlichen und zum Teil kulturellen Nähe – auf. Um die Jahrtausendwende wurden auch die Staaten Zentraleuropas (etwa Deutschland, Österreich, die Niederlande) wegen des deutlich höheren Lohnniveaus und der zunehmend besseren Erreichbarkeit immer beliebtere Ziele. Den Weg dahin ebnete jeweils die Kettenmig-

01 Vgl. Klaus Roth, *Returning Home to a Foreign Country: Southeast European Migrants' Return to the Life-World of Post-Socialism – The Example of Bulgaria*, in: Caroline Hornstein Tomić/Robert Pichler/Sarah Scholl-Schneider (Hrsg.), *Remigration to Post-Socialist Europe: Hopes and Realities of Return*, Wien–Zürich 2018, S. 73–93, hier S. 81.

02 Vgl. Caroline Hornstein Tomić/Robert Pichler/Sarah Scholl-Schneider, *Hopes and Realities of Return: Contexts, Approaches and Conceptual Considerations*, in: dies. (Anm. 1), S. 11–41, hier S. 18.

03 Vgl. Caroline Hornstein Tomić, „The World Doesn't Owe You Anything“: A Family's (Re-)Migration From and to Croatia, in: Hornstein Tomić/Pichler/Scholl-Schneider (Anm. 1), S. 95–129, hier S. 97.

04 Vgl. Pietro Cingolani, „The Romanians in Italy“, *Transnational Communities in a Globalized World*, Strasbourg 2007, S. 19.

05 Vgl. Sergiu Musteață, 1991: A Chronology of Moldova's Independence, in: *Euxeinos* 15–16/2014, S. 92–103, hier S. 103.

06 Vgl. Toman Omar Mahmoud et al., *The Effect of Labor Migration on the Diffusion of Democracy: Evidence From a Former Soviet Republic*, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA), IZA Discussion Paper 7980/2014, S. 8.

07 Vgl. Anton Cosa/Burkhard Haneke, *Armut – Migration – Frauenhandel: Das Beispiel der Republik Moldau*, in: *Politische Studien* 413/2007, S. 41–46.

ration,⁰⁸ die sich häufig nach einer initiierten Pioniertätigkeit entlang von Verwandtschafts- oder Bekanntschaftsnetzwerken vollzog und so Verbundenheit, aber ebenso Abhängigkeiten schuf. Entgegen verbreiteten Sichtweisen sind es daher auch zumeist nicht die Ärmsten der Armen, die migrieren – stattdessen ist es eine breite, nach oben und unten ausfransende Mittelschicht, die das soziale und finanzielle Kapital aufbringt, um in der Mobilität eine Chance sehen zu können.⁰⁹

Die dabei prominenteste Form ist wohl die Arbeitsmigration, die tendenziell und insbesondere gegenüber der Flucht als freiwillige Migration eingeordnet wird, aber dabei doch ökonomischen Zwängen unterliegt und daher kaum eindimensional betrachtet werden kann.¹⁰ Die Historikerin Maren Möhring spricht in Anlehnung an den Soziologen Serhat Karakayalı von „Flucht aus sozialen Verhältnissen“¹¹. Dass dabei insbesondere zu Beginn der Migrationsströme aus Moldau aus Ingenieuren Hilfsarbeiter auf Baustellen und aus Pädagoginnen Putzkräfte wurden, ist keine Seltenheit und zeigt, wie Mobilität soziale Gefüge auf den Kopf stellen kann. Ganze Biografien erhielten durch diese Neuverhandlung individueller Positionen in neuen Räumen andere Richtungen; häufig waren diese zunächst oder gar dauerhaft mit einem Abstieg in den Bereich der ungelernten Arbeit verbunden.

Ein allgemein verbreitetes Muster der Pioniergenerationen, das sich bis heute fortsetzt, ist außerdem die „incomplete labour migration“.¹² In dieser zirkulären, gewissermaßen unvollständigen Abwanderung bleibt der Herkunftskontext als Hauptbezugsrahmen erhalten, während dem Migrationsland als mit der Arbeit konno-

tierter Raum lediglich eine zeitlich und sozial eng begrenzte Rolle zugeschrieben wird – es ist gegenüber dem Bezug zu Familie und gewohnter Umgebung deutlich nachrangig. Diese Art der Migration besitzt daher eine gewisse Unschärfe: Sie lässt sich nur rückblickend durch die Praxis selbst einordnen, hat aber in Form der Hirten- und Gesellenwanderung, den „Schwabenkindern“ und „Hollandgängern“ sowie zum Teil auch der sogenannten „Gastarbeit“ einige historische Vorbilder.¹³ Ihre Kerneigenschaft ist allerdings die stete Rückkehr, die unterdessen durch weit ausgebaute Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen abgefedert wird.

Insofern ist die vielfach aus der Not geborene Mobilitätstechnik, die stets auch ein individuelles Risiko barg, für Moldauer:innen von der Pionieraktivität immer weiter zu einer gewohnten Strategie der Lebensgestaltung¹⁴ geworden, die sich insbesondere um die Jahrtausendwende durch die Verstetigung der Mobilitätskanäle in der Gegenwart etablierte.

Heute

Migration greift als Massenphänomen erheblich in das Zeitgeschehen in Moldau ein: Es scheint vor Ort niemanden zu geben, der keine Verwandten im Ausland hat oder selbst Migrationserfahrung aufweisen kann. Kaum eine Taxifahrt in Chişinău, der moldauischen Hauptstadt, vergeht, ohne dass – angesprochen auf den deutschen Akzent – die Fahrer ihrerseits die Geschichten ihrer Söhne und Töchter in Italien, Deutschland, den USA oder anderswo hervorholen. Nichts davon ist unmittelbar nachprüfbar, doch alles daran spricht wiederum für eine erhebliche Präsenz des Themas. Dies zeigt sich auch an der migrationspezifischen Phasierung des moldauischen Kalenders, wenn das Land gerade um das orthodoxe Osterfest oder in den Sommerferien viel belebter ist, weil Kinder und Enkelkinder sich auf den Weg *acasă*, nach Hause, „in die Heimat“ gemacht haben. Auch die Wirtschaft wird durch die transnationalen sozialen Verbindungen erheblich beeinflusst, womög-

08 Vgl. Andreas Oskar Kempf, *Biographien in Bewegung: Transnationale Migrationsverläufe aus dem ländlichen Raum von Ost- nach Westeuropa*, Wiesbaden 2013, S. 22.

09 Vgl. Leyla J. Keough, *Worker–Mothers on the Margins of Europe. Gender and Migration Between Moldova and Istanbul*. Washington, D.C.–Bloomington 2015, S. 42f.

10 Vgl. Maren Möhring, *Jenseits des Integrationsparadigmas? Teil II: Forschungen zur transnationalen Arbeitsmigration in Europa nach 1945*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 59/2019, S. 445–494, hier S. 446.

11 Ebd., S. 447, zit. nach Serhat Karakayalı, *Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland*, Bielefeld 2008, S. 83.

12 Remus Gabriel Anghel/Anatolie Coşciug, *Patterns and Mechanisms of Return Migration to Romania*, in: Hornstein Tomić/Pichler/Scholl-Schneider (Anm. 1), S. 319–342, hier S. 325.

13 Vgl. Heinz Fassmann, *Zirkuläre Arbeitsmigration in Europa – eine kritische Reflexion*, in: Klaus Friedrich/Andrea Schultz (Hrsg.), *Brain Drain oder Brain Circulation? Konsequenzen und Perspektiven der Ost-West-Migration*, Leipzig 2008, S. 21–29, hier S. 21 ff.

14 Vgl. Dumitru Sandu, *Migrația circulatorie ca strategie de viață*, in: *Sociologie Românească* 2/2000, S. 5–29.

lich sogar erhalten. Die Sendungen von Kindern an ihre Eltern oder andersherum – die sogenannten (materiellen) Remittances oder Rücküberweisungen¹⁵ – werden oft auf informellen Wegen transportiert und enthalten Geld, aber auch Güter des täglichen Gebrauchs wie Elektrogeräte oder Medikamente. Gerade zu Beginn der Migrationsbewegung war dies eine erhebliche Erleichterung für das Land: Die Sendungen federten den lokalen Markt und das Sozialsystem ab und entlasteten den Staat. Im Umkehrschluss sorgen sie aber auch dafür, dass unter Umständen weniger lokal gefertigte Produkte konsumiert werden und die Wertschätzung ausbleibt. Sie stellen sich so als äußerst zweischneidige Angelegenheit dar – gleichzeitig als individueller Investitionsmotor und potenziell kollektives Investitionshemmnis. Das Hauptproblem des Landes, seiner Volkswirtschaft und seines sozialen Gefüges ist jedoch, dass es vor allem die junge und mittlere Generation – die sonst vor Ort berufstätige Altersschicht – ins Ausland zieht und so das Land auch erheblich mit dem demografischen Wandel kämpft.

Der Weg ins Ausland scheint für viele Moldauer:innen oft wenigstens temporär unumgänglich und auch die Infrastrukturen sind da, um diese Route einzuschlagen: Die Schlangen vor dem rumänischen Konsulat, um dort einen EU-Pass¹⁶ zu beantragen, sind lang. Nicht umsonst werben Tafeln und Flyer überall im Land für die zeitweise Auswanderung und verheißen wenigstens den bescheidenen Wohlstand eines eigenen Zuhauses – zentral in einer Gesellschaft, für die Eigentum wichtig geworden ist. Wie viele dieser Angebote tatsächlich zum Ziel führen, steht jedoch auf einem anderen Blatt. Auch auf die Frage, ob nicht auf die Dauer die permanente Migration einen insgesamt attraktiveren Weg darstellt, lässt sich keine einhellige Antwort finden, die glei-

chermaßen die individuellen Lebensverläufe und das Wohl des Landes einbezieht. Wenngleich ein Großteil der Menschen vor Ort zahlreiche, dadurch entstandene Verwandtschaftsbeziehungen ins Ausland hat und es hier viele Erfolgsgeschichten oder zumindest solche eines Ankommens und Akklimatisierens zwischen zwei Räumen zu erzählen gibt: Für viele Moldauer:innen ist es nach wie vor die zirkuläre Migration, die ihren Alltag bestimmt.

Was den Migrant:innen, die sich in der Pendelbewegung zwischen Herkunfts- und Arbeitsbeziehungsweise Residenzkontext einrichten, und ihren Angehörigen dabei gemein ist, ist der Spagat der diesem transnational angelegten Lebensstil innewohnt: Durch ihren räumlich-sozialen Zwiespalt, ihre „double embeddedness in social relations, both in the origin and destination societies“,¹⁷ werden Identitätskonstruktionen auf die Probe gestellt. Die Frage, wer wo zugehörig ist, scheint im globalen Diskurs in den Hintergrund gerückt zu sein, wird aber insbesondere dann relevant, wenn die Antwort darauf keine einhellige mehr ist. Durch die Migration wird nicht nur die räumliche Distanz zwischen Mobilien und vor Ort Verbliebenen vergrößert, auch die soziale nimmt zu. Soziale Medien und (gegenseitige) Remittances als Care-Handlungen – des sich Kümmerns um die Nächsten – können dies zwar zum Teil abmildern, ersetzen aber den direkten Kontakt, etwa zwischen Eltern und Kindern, Enkelkindern und Großeltern, kaum, sodass Beziehungen und Verantwortungen neu verhandelt werden.¹⁸ Insofern bedeutet Migration zum einen den Transfer von Arbeitskraft, der besonders für die Zielländer bedeutsam ist, zum anderen aber auch den Export einer sozialen Ressource und eines (Human-)Kapitals, das dann in den Herkunftskontexten oft schmerzhaft fehlt.¹⁹

Markant ist dieser Umstand besonders im familiären Kontext: Die Familie als vertrautester Fixpunkt des Privaten und zumeist auch Ausgangspunkt der Migrationsentscheidung bietet zwar nach wie vor emotionalen Halt, ist jedoch als Raum von Gemeinschaft und Nähe auch von der

15 Vgl. Supriya Singh/Anuja Cabraal/Shanti Robertson, *Remittances as a Currency of Care – A Focus on „Twice Migrants“ Among the Indian Diaspora in Australia*, in: *Journal of Comparative Family Studies* 41/2010, S. 245–263.

16 Rumänien vergibt auf Basis territorialer und kultureller Zugehörigkeit Pässe an Ausländer:innen, die nachweisen können, dass ihre Vorfahren auf dem Gebiet des ehemaligen Großrumäniens – für Moldau zwischen 1918 und 1940 in Bessarabien – gelebt haben. Seitdem Rumänien der EU angehört, ist die Beantragung eines solchen Passes oftmals weniger eine politische oder emotionale Entscheidung als vielmehr eine pragmatische Erwägung des legalen Zugangs zum europäischen Arbeitsmarkt über die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaats.

17 Vgl. Remus Gabriel Anghel, *Romanians in Western Europe: Migration, Status Dilemmas, and Transnational Connection*, Plymouth 2013, S. 156.

18 Vgl. Keough (Anm. 9), S. 33f.

19 Vgl. John Berger/Jean Mohr, *Der siebte Mensch. Eine Geschichte über Migration und Arbeit in Europa*, Frankfurt/M. 2016 [1975], S. 77.



Ćirpešći, 11. Juli 2015
© Andrea Diefenbach

erhöhten Mobilität deutlich beeinflusst. Durch die Öffnung des Migrationsgeschehens für die den „Pionieren“ nachfolgenden Generationen hat sich die Bewegung zudem stark feminisiert, sodass sich Rollenverteilungen ändern können: Migration ist keineswegs Männersache geblieben, wenngleich zahlreiche Jobangebote aufgrund zugeschriebener physischer Fähigkeiten immer noch stark auf sie zugeschnitten sind. Auffällig ist jedoch, dass Frauen anders migrieren beziehungsweise zu anderen Zeiten: Sie sind häufig als junge, kinderlose Frauen oder aber im gesetzteren Alter, nachdem die Kinder erwachsen sind, Teil einer mobilen Arbeiter:innenschaft – dazwischen übernehmen sie zu meist ein Gros der (volkswirtschaftlich unsichtbaren) Sorgearbeit im Herkunftskontext und sind so durch die Abwesenheit ihrer Partner oft mehrfach belastet: „Wir weinen zwei Mal,“ erzählte mir eine junge Frau über sich und ihren kleinen Sohn im Hinblick auf die Migration ihres Mannes: Einmal vergossen sie Tränen, wenn er nach Deutschland zum Arbeiten fährt, und einmal – vor Freude – wenn er wiederkommt, in eine ländliche, arme Gegend Südwestmoldaus, in der es kaum andere Perspektiven gibt. Der Abschied ist bei der Heimkehr immer wieder vorprogrammiert – ihr Leben verläuft in diesen engen Takten, die die Rahmung von Arbeitsmigration als zwanglose Bewegung abermals infrage stellen.

So wie diese Familie haben zahlreiche Moldauer:innen Migration zu einem wesentlichen Teil ihrer (Erwerbs-)Biografie gemacht. Sie ist eine Notwendigkeit der Daseinsbewältigung, ermöglicht aber auch das Erfüllen des ein oder anderen Konsumwunsches und wirkt sich so materiell oft weit positiver als sozial auf den Lebensstandard aus. Die Republik Moldau ist dadurch derart geprägt von der (zirkulären) Migration ihrer Bürger:innen und den daraus entstehenden transnationalen Verwobenheiten, dass die Gesellschaft ohne diese Charakteristika kaum mehr denkbar ist – weder politisch noch wirtschaftlich, kulturell oder sozial.

Morgen

Migration hat politische Folgen.²⁰ Der Wahlsieg Maia Sandus 2020 als Präsidentin ist unter an-

derem auf ihre Popularität unter den Moldauer:innen mit Migrationserfahrung zurückzuführen. Auch sie hat im Studium und später in ihrer Tätigkeit für die Weltbank einige Jahre im Ausland gelebt und kennt den Blick von außen auf ihr Herkunftsland. Sowohl diese Perspektive als auch ihre Agenda zur Korruptionsbekämpfung, die sie bereits zuvor als Bildungsministerin eingeleitet hatte, verschaffen ihr große Sympathie. Dass diese unter den Auslandsmoldauer:innen mit am höchsten ist, darf auch angesichts des Auftretens ihres prorussischen Gegenkandidaten und Vorgängers wenig wundern: Igor Dodon nannte diese Gruppe abschätzig „Parallelwählerschaft“ und sprach ihnen damit das Recht auf eine legitime politische Teilhabe in Moldau ab.²¹

Die Verunglimpfungen, die sich im Wahlkampf auftraten und die die politische Debatte vor Ort bis heute begleiten, sind charakteristisch für das mit Erwartungen und starken Emotionen aufgeladene Verhältnis, das das Land zu seinen Bürger:innen im Ausland hat: Auf der einen Seite fehlen sie vor Ort und sind zum Teil durch Mehrfachzugehörigkeiten nicht mehr allein für die Republik Moldau zu reklamieren. Auf der anderen Seite tragen sie durch Remittances sowie zum Teil auch durch die Rückkehr und eigene Geschäftsideen zum Wohl des Landes bei. Außerdem ist der Grad ihrer Vernetzung hoch, sodass sich in verschiedenen europäischen Städten inzwischen moldauische Kultur- und Wohltätigkeitsvereine sowie Kirchengemeinden finden lassen. In jedem Fall weisen die Auslandsmoldauer:innen als diverse, von verschiedenen Migrationsformen und -bedingungen geprägte Gruppe im Sinne einer moldauischen Diaspora das Potenzial auf, Ressource zu sein – sowohl politische als auch ökonomisch.

Die Republik Moldau begegnet dem inzwischen durch eine Policy, die versucht, die moldauische Diaspora – insbesondere in Europa und Nordamerika, aber auch in Russland sowie im arabischen und ostasiatischen Raum – und selbst jene, die lediglich entfernte Wurzeln haben, (wieder) mit dem Land zu verbinden. Ihre grenzüberschreitenden Aktivitäten sind es schließlich, die

20 Vgl. Tim Judah, *Bye-Bye, Balkans: A Region in Critical Demographic Decline*, 14. 10. 2019, <https://balkaninsight.com/2019/10/14/bye-bye-balkans-a-region-in-critical-demographic-decline>.

21 Vgl. Dumitru Minzarari, *Moldovan Presidential Elections Driven by Insecurity Not Geopolitics: Resident-Elect Sandu May Have Found a Cure Against Populism*, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Comment 59/2020, S. 2.

ihre Familien, aber eben auch das Land selbst in größere Kontexte einbetten und insofern transnationale Teilhabe herstellen.²² Dass dabei neben den Pendelmigrant:innen insbesondere diejenigen, die sich längst dauerhaft im Ausland angesiedelt haben, angesprochen werden, spricht für einen breiten, aber auch wenig spezifischen Ansatz, in dem bisher unter anderem Wirtschaftsförderung und Entrepreneurship, aber auch Jugendprogramme und sogenannte „Diaspora-Festivals“ eine Rolle spielen.

Auch im Rahmen der im Mai 2023 stattfindenden *Adunarea Națională „Moldova Europeană“* (Nationalversammlung „Europäische Moldau“) war „die Diaspora“ mit Transparenten sowie in Redebeiträgen präsent: Sie skandierte unter den rund 80000 Teilnehmer:innen ebenfalls „Europa este Moldova – Moldova este Europa“ („Europa ist Moldau – Moldau ist Europa“). Und auch in diversen europäischen Städten fanden parallel dazu proeuropäische Kundgebungen statt, sodass der Zuspruch zu Maia Sandus Kurs überwältigend deutlich wurde. Gleichwohl werden mit dieser Art von Veranstaltung vor allem Menschen angesprochen, die sich dieses Engagement neben ihrer eigenen Daseinsvorsorge überhaupt leisten können, sodass sich trotz der breiten Ausrichtung die Zielgruppe erwartbar verkleinern dürfte, wenn es um größere, zumal politische Aktivitäten geht. Das Schaffen von Grundbedingungen der Partizipation wie flächendeckenden Mehrfach-Staatsangehörigkeiten und einer Vereinfachung von Wahlhandlungen aus dem Ausland würde das diasporapolitische Projekt Moldaus demgegenüber noch weiter befeuern und alle an Migrationsprozessen Beteiligten milieuunabhängig betreffen.

Vergessen werden darf jedoch auch angesichts des aktuell stark proeuropäischen Kurses nicht, dass der Migrationsdruck im Land nach wie vor hoch ist: Arbeits- und mithin Perspektivlosigkeit sind trotz Reformen und der Bemühung, Unternehmen ins Land zu holen, weiterhin Themen, insbesondere unter jüngeren Menschen. Daneben ist die Republik Moldau zwar inzwischen EU-Beitrittskandidatin, der Weg dorthin ist jedoch noch weit und von eini-

gen potenziellen Widrigkeiten wie der aggressiven russischen Geopolitik und der Sonderrolle Transnistriens geprägt.

Welchen Weg Moldau einschlägt, wird in der näheren Zukunft entschieden – unter anderem in den Wahlen im Herbst 2024, womöglich auf Schlachtfeldern in der Ukraine und in globalen politischen Formationen, aber auch durch die Gestaltung der Mobilitätspraxen der Bürger:innen des Landes. Durch ihre Pässe sind viele von ihnen längst Europäer:innen, durch ihr Pendeln aber weiterhin ebenso der Republik Moldau verbunden. Absehbar ist, dass sie – wie Maia Sandu es immer wieder deutlich macht – für sich und ihr Land „das Sagen behalten“ wollen. Moldau ist letztlich nicht nur ein Land, das seinen Platz im Nachklang der Sowjetunion zwischen zwei weiterhin dominanten Einflusssphären zugeschrieben bekommen hat, sondern auch eines, das nach wie vor an seiner Staats- und Identitätsbildung arbeitet. Die Moldauer:innen im Ausland und ihre Verbindungen, die das Land über seine Grenzen hinaus in weitreichende Großkontexte einweben und gleichzeitig nach Moldau selbst zurückwirken, sind dabei ein Baustein, über dessen Tragfähigkeit noch kein abschließendes Urteil zu fällen ist.

MIGRATIONSLAND MOLDAU

Die Republik Moldau und ihre Migrationsgeschichte liefern Einblicke in Wechselwirkungen, die weit über die persönlichen Lebensverläufe und die Grenzen des Landes hinausgehen. Sie berühren unter anderem Fragestellungen von Zugehörigkeit, Pluralismus und Partizipation, die die Situation Moldaus und seiner Bevölkerung zu einem Analysefall für global relevante Herausforderungen machen, da sich die Konsequenzen eines Lebens in und mit der Mobilität im kulturellen, aber ebenso politischen und ökonomischen Gefüge der Transformationsgesellschaft Moldaus besonders bemerkbar machen.

23 Maren Möhring, *Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 58/2018, S. 305–330, hier S. 311.

24 Vgl. Anghel (Anm. 17), S. 174f.

25 Vgl. Cingolani (Anm. 4), S. 19.

26 Vgl. Jannis Panagiotidis, *Postsowjetische Migration in Deutschland. Eine Einführung*, Bonn 2021, S. 141 sowie 188ff.

27 Vgl. Keough (Anm. 9), S. 77.

22 Vgl. Alexander Clarkson, *Die Macht der Diaspora. Die unbekannteste Geschichte der Emigranten in Deutschland seit 1945*, Bonn 2023, S. 23.

Moldau ist ein Migrationsland und als solches aufs Engste mit den Zieldestinationen seiner Bürger:innen verbunden. Migration als Antwort auf Krisen, aber auch als ein sich nach und nach einschleifendes Lebensmodell, bestimmt schließlich den Alltag; sie ist ein „Gesellschaft konstituierender und verändernder Faktor“²³, der das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben (neu) organisiert.²⁴ Insofern stellt sie eine Verbindung zwischen individuellen Praxen, Erwartungen sowie Wünschen, aber auch Ängsten,²⁵ ist dadurch so vielgesichtig wie die Bevölkerung selbst und somit keinesfalls einhellig thematisierbar.²⁶

Was deshalb insbesondere dann nicht aus dem Blick geraten darf, wenn Übersichtsdarstellungen wie diese die Bewegungen und ihre Effekte in Schemata einzuordnen und Analysebegriffe für Lebensrealitäten zu finden versuchen, ist, dass es um einzelne Menschen und Familien geht. Während eines der vielen Busunternehmen, das Moldauer:innen zwischen Chişinău, Cottbus, Córdoba und vielen weiteren, kleinen und größeren

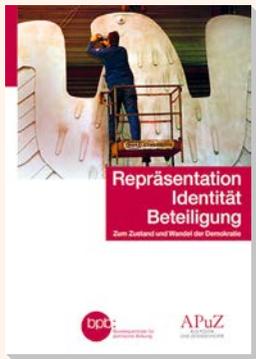
Orte dazwischen verbindet, mit dem Spruch *Noi unim Europa* – „Wir vereinen Europa“ wirbt, sind es letztlich doch die Passagiere, die nicht zuletzt durch ihre Arbeit, ihren Transfer und ihre Remittances ein Netzwerk bilden, das Verbundenheit und neue Vergemeinschaftungsformen zulässt. Diese Menschen unterwegs sind als *people on the move* keine passiven Spielbälle, sondern Akteur:innen,²⁷ deren Handlungsmacht das Phänomen ausmacht, es gestaltet und zu einem Forschungsgegenstand werden lässt, der so dynamisch ist wie ihre Beweggründe und deren Umsetzung selbst.

JANA STÖXEN

ist Kulturwissenschaftlerin. Sie promoviert an der Universität Regensburg zu transnationaler Migration zwischen der Republik Moldau und Deutschland.

APuZ EDITION

Zum Wieder- und Weiterlesen



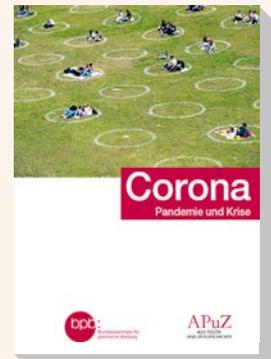
2022
Bestell-Nr. 10871



2022
Bestell-Nr. 10799



2021
Bestell-Nr. 10751



2021
Bestell-Nr. 10714

Hier bestellen
oder kostenfrei herunterladen

bpb.de/
shop





TOTALI PREZIDENȚIALE

Prima femeie președintă. Cine a ales-o?

Peste hotarele țării, în cadrul tur al alegerilor prezidențiale din 15 noiembrie 2020, s-a votat scrutinul cu **57,72%**, devenind astfel prima femeie președintă în istoria R. Moldova. Mai mult decât atât, s-a înregistrat un record în cadrul unui scrutin prezidențial, obținut de Igor Dodon și Petru Lucinschi în 1996.

Prima femeie președintă a fost aleasă de **943 006** de votanți. Mai mult decât atât, s-a înregistrat un record în cadrul unui scrutin prezidențial, obținut de Igor Dodon și Petru Lucinschi în 1996. Mai mult decât atât, s-a înregistrat un record în cadrul unui scrutin prezidențial, obținut de Igor Dodon și Petru Lucinschi în 1996. Mai mult decât atât, s-a înregistrat un record în cadrul unui scrutin prezidențial, obținut de Igor Dodon și Petru Lucinschi în 1996.

Cel mai activi votanți în cadrul tur al alegerilor prezidențiale din 15 noiembrie 2020 sunt cei mai activi au fost votanții de 26-40 de ani. În turul II al alegerilor prezidențiale din 15 noiembrie 2020, cele care au votat peste hotarele țării au vârste cuprinse între 26-40 de ani. Pe teritoriul R. Moldova, cei mai activi au fost votanții de 56-70 de ani (**31,1%**).

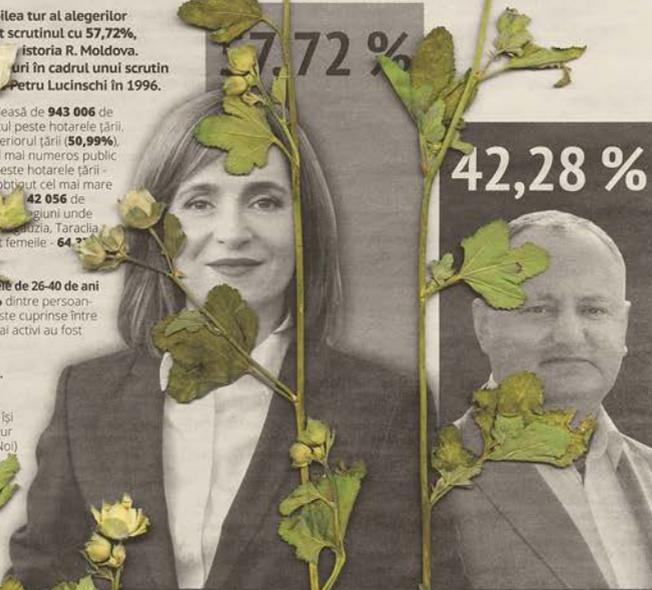
Maia Sandu a câștigat în diaspora și 18 raioane ale țării. În 5 raioane în care Maia Sandu a ieșit învingătoare în turul II, majoritatea votanților își dăduse votul pentru Igor Dodon și Petru Lucinschi (Ungheeni, Rezina, Cahul, Căușeni și Telenesti Noi).

Igor Dodon a ieșit învingător în 18 raioane din țară. În turul II al alegerilor prezidențiale din 15 noiembrie 2020 numărul votanților din stânga Nistrului a fost aproape dublu comparativ cu turul II al alegerilor prezidențiale din 2016.

Toate suburbiile mun. Chișinău și cele 5 sectoare ale orașului au votat pentru Maia Sandu. Sectorul Botanica, cunoscut pentru opțiunea pro-rusă mereu exprimată, a votat în turul II al alegerilor prezidențiale pentru candidatul pro-europeană. Din totale votanți din mun. Chișinău femeile au constituit **55,9%** iar bărbații - **44,10%**.

Top trei raioane unde Maia Sandu a obținut cel mai mare scor. Cel mai mare scor obținut de lidera PAS a fost în raionul Ialoveni - **80,37%**, urmat de Strășeni - **73,16%** și Telenesti - **72,18%**. În aceste raioane, au votat în total **54 101** femei și **48 698** de bărbați.

Top trei regiuni unde cel mai mare scor l-a obținut Igor Dodon. Igor Dodon a obținut cele mai multe voturi în UTA Găgăuzia - **94,59%**, Taraclia - **92,95%** și în stânga Nistrului - **85,5%**. Aici au votat în total **64 378** de femei și **54 007** de bărbați.



57,72 %

42,28 %

RECORDURI ÎNREGISTRATE ÎN TURUL II AL ALEGERILOR PREZIDENȚIALE DIN 15 NOIEMBRIE 2020:

262 103 de cetățeni moldoveni și-au ales președintele la secții de votare deschise în străinătate - cel mai mare număr de voturi din diaspora exprimat vreodată la alegerile din R. Moldova. 92,94% dintre voturi au fost pentru Igor Dodon și Petru Lucinschi, iar pentru Igor Dodon au votat 7,06%.

31 072 - cel mai mare număr de voturi exprimat de votanții din stânga Nistrului la un scrutin prezidențial, aproape dublu față de cel înregistrat la alegerile prezidențiale din 2016, însă mai mic comparativ cu alegerile parlamentare din 2019.

943 006 de voturi a obținut Maia Sandu în turul II al alegerilor prezidențiale - cel mai bun rezultat obținut de un președinte. În 1996 Petru Lucinschi era ales președinte al țării cu votul a 919 831 de alegători. Sandu, însă, a depășit recordul acestuia cu 23 175 de voturi.

50,64% sau 36 587 de voturi a obținut Maia Sandu în sectorul Botanica din orașul Chișinău, cunoscut pentru opțiunea pro-rusă, mereu exprimată. În turul II, toate suburbiile mun. Chișinău și toate cele 5 sectoare, au fost câștigate de candidata pro-europeană.

The First Female President: Who Elected Her?, 19. November 2020

© Andrea Diefenbach

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28. Juni 2024

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Bjarne Hansen (Praktikant)
Jacob Hirsch (Volontär)
Julia Günther
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink
Martin Schiller (verantwortlich für diese Ausgabe)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International. Die Fotografien von Andrea Diefenbach sind davon ausgenommen.



APuZ

Nächste Ausgabe
30–32/2024, 20. Juli 2024

GENFER KONVENTIONEN



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz